

**Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2001
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Rheinland-Pfalz**

**„Programm der F.D.P. Rheinland-Pfalz
zur Landtagswahl 2001“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Emmelshausen am 28. Oktober 2000)

Quelle/Zitierweise:

http://www.fdp-rlp-aktuell.de/neu/downloads/ltw_programm2001.pdf; 20.04.2005
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-83

Programm der F.D.P. Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2001

**Beschlossen auf dem Landesparteitag
am 28. Oktober 2000 in Emmelshausen**

Präambel

In der mehr als 50-jährigen Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz war dessen Politik stets auf eine bürgerliche Mitte hin orientiert. Mit diesem Kurs, der in vielen Jahren von der **F.D.P.** mitgeprägt wurde, ist das Land bisher stets gut gefahren. Durch eine Politik umsichtiger Modernisierung ist es gelungen, die Leistungsfähigkeit des Landes kontinuierlich zu steigern und Rheinland-Pfalz in die Spitzengruppe der 16 deutschen Länder zu bringen. Politische Pendelschläge und Entwicklungskrisen blieben dem Land erspart. Die **F.D.P.** will mit ihrer Politik erreichen, dass dieser Kurs der Mitte auch in den kommenden Jahren eingehalten wird.

- Rheinland-Pfalz braucht auch künftig eine marktwirtschaftliche Politik, die der überwiegend mittelständisch geprägten Wirtschaft Entfaltungsmöglichkeiten gibt, mit der auch die Arbeitslosigkeit abgebaut und mit der neue Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden. Diese marktwirtschaftliche Politik will die **F.D.P.** fortsetzen.
- Rheinland-Pfalz muss seinen Weg zu einer bedeutenden europäischen Hochschul- und Wissenschaftsregion weiter beschreiten. In der relativ kurzen Geschichte des Landes sind 23 neue Standorte für Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen entstanden. Aus ihnen bezieht Rheinland-Pfalz entscheidende Impulse für seine Innovationskraft und die Fähigkeit, den technologischen und wissenschaftlichen Strukturwandel erfolgreich zu gestalten. Die **F.D.P.** will diese Einrichtungen im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes ausbauen und neue schaffen.
- Rheinland-Pfalz hat in den letzten zehn Jahren entscheidende Schritte zur landesweiten Entwicklung einer modernen Verkehrsinfrastruktur und zu einem Verkehrsmittel übergreifenden Mobilitätsangebot getan. Ein beschleunigter Ausbau der Straßeninfrastruktur hat dazu ebenso beigetragen wie die Durchsetzung des "Rheinland-Pfalz-Taktes", der auf einer klaren Konzeption des Schienenpersonennahverkehrs und des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) insgesamt beruht. Diese Mobilitätspolitik wurde von der **F.D.P.** entwickelt und kann am besten von ihr fortgeführt werden.
- Rheinland-Pfalz bekommt sein strukturelles Profil durch seine ländlichen Räume in zumeist kulturhistorisch und geologisch anerkannten Landschaften. Gleichzeitig gehören verschiedene Regionen des Landes zum Einzugsbereich von großstädtisch geprägten, wirtschaftlichen Ballungsräumen auch in den Nachbarländern, von denen eine starke ökonomische Sogwirkung ausgeht. Dies verpflichtet jede rheinland-pfälzische Landesregierung, durch eine "Politik für den ländlichen Raum" die wirtschaftliche Chancengleichheit für alle Bürger zu gewährleisten. Für diese Aufgabe nimmt das von der **F.D.P.** geführte Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau als "Strukturministerium" eine Schlüsselstellung ein.

- Rheinland-Pfalz hat in der Innen- und Rechtspolitik in den vergangenen Legislaturperioden einen Prozess der Modernisierung durchlaufen. In diesem Zeitraum ist es der **F.D.P.** gelungen, den Rechtsstaat zu stärken, die innere Sicherheit zu gewährleisten und die Verwaltung, z.B. durch Abschaffung der Bezirksregierungen, zu erneuern. Durch diese Erfolge fühlt sich die **F.D.P.** ermutigt, auch diese Politik in der Regierungsverantwortung fortzusetzen.
- Rheinland-Pfalz ist durch den Ausbau von Bürgerrechten demokratischer geworden. Die **F.D.P.** hat die Direktwahl von Landräten und Bürgermeistern durchgesetzt und durch die Einführung des Kumulierens und Panaschierens bei Kommunalwahlen den Einfluss der Wähler auf die Zusammensetzung der Kommunalparlamente verstärkt. Ein weiterer Ausbau der Bürgerrechte, der die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger auf die Gestaltung der Politik steigert, wird von der **F.D.P.** mit Nachdruck verfolgt.
- Rheinland-Pfalz braucht mehr Generationengerechtigkeit. Dies kann nur gelingen, wenn die Staatsverschuldung abgebaut wird. Durch eine stärkere Konzentration der staatlichen Ausgaben auf Schwerpunktaufgaben muss der Staat schlanker werden. Abbau der konsumtiven Ausgaben bei Aufrechterhaltung der Generationen übergreifenden Infrastrukturinvestitionen ist die Devise. Nach Auffassung der **F.D.P.** kann nur so vermieden werden, dass die jüngere Generation und die ihr nachfolgenden weiterhin finanziell überlastet werden. In der kommenden Legislaturperiode von 2001 bis 2006 wird es daher die zentrale Aufgabe der Landespolitik sein, die jährlich staatliche Neuverschuldung möglichst auf Null auszurichten.

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn Rheinland-Pfalz seine wirtschaftliche Leistungskraft im Rahmen einer größer werdenden Europäischen Union im globalen Wettbewerb behauptet und steigert. Dies setzt voraus, dass Bildung und Erziehung, betriebliche und wissenschaftliche Ausbildung noch stärker in den Mittelpunkt der Landespolitik gerückt werden. Bildung und Erziehung haben sich zu einer wirtschaftlichen und sozialen Kernaufgabe des 21. Jahrhunderts entwickelt. An dieser Aufgabe entscheiden sich die Zukunftsperspektiven des Landes.

Frei von Ideologien ist die **F.D.P.** für die Bewältigung dieser Herausforderungen in besonderer Weise gerüstet. Wenn aus dem Programm der **F.D.P.** auch in den nächsten Jahren durch Regierungsverantwortung praktische Politik werden kann, geht Rheinland-Pfalz weiterhin einen erfolgreichen Weg in der Mitte nach vorn.

Schwerpunkte der Regierungspolitik der **F.D.P.** in der nächsten Wahlperiode werden sein:

- die Sicherung und der Ausbau der Mobilität – nicht nur auf den Verkehrswegen, sondern auch bei der Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken,
- die Bildungspolitik mit dem besonderen Akzent auf der beruflichen Bildung und
- die Jugendpolitik.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Die Schwerpunkte der F.D.P. Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2001	
MOBILITÄT BEDEUTET FREIHEIT- UND AUFSCHWUNG FÜR DIE WIRTSCHAFT ..	5
BILDUNG: ONLINE – INTERNATIONAL – WETTBEWERBSORIENTIERT	7
ZUKUNFT GESTALTEN – CHANCEN FÜR JUNGE MENSCHEN SICHERN	12

Die Aussagen zu den einzelnen Politikbereichen

TECHNOLOGIE.....	15
MITTELSTAND	19
MITTELSTANDSFREUNDLICHES STEUERRECHT	28
ENERGIE	30
TOURISMUS	34
VERKEHR	37
MEDIEN.....	45
 INNEN UND RECHT	49
KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG	60
 LANDWIRTSCHAFT, WEINBAU UND FORSTEN	62
UMWELT	70
 SCHULE - HOCHSCHULE - WEITERBILDUNG - KULTUR.....	81
JUGEND	93
SOZIALES	100
FRAUEN	112
SPORT	118
 BAUWESEN, RAUMORDNUNG UND STÄDTEBAU	123
HAUSHALT UND FINANZEN	128
 EUROPA.....	130
INDEX.....	133

MOBILITÄT BEDEUTET FREIHEIT- UND AUFSCHWUNG FÜR DIE WIRTSCHAFT

Zeit ist kein Geld. Zeit ist wertvoller. Deswegen bedeutet Mobilität auch Freiheit. Wer seine wertvolle Zeit im Stau auf den Straßen opfern muss, wer Stunden braucht, um mit dem Bus oder mit der Bahn von einem Ort zum anderen zu kommen, wird seiner Freiheit beraubt.

Die Sicherung der Mobilität bedeutet aber mehr als die Sicherung der Freiheit für den Einzelnen. Gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist die Sicherung der Mobilität auch für Unternehmen und Betriebe eine zentrale Herausforderung. Mobilität ist deshalb unverzichtbarer Teil einer liberalen Wirtschafts-, Verkehrs- und Gesellschaftspolitik. Neben den herkömmlichen Verkehrswegen muss die Mobilitätsgarantie aber auch die Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken umfassen.

Die **F.D.P.** fordert deshalb eine Mobilitätsoffensive, durch die zusätzliche Mittel für die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen bereitgestellt werden. Hierzu wird ein Mobilitätsfonds gebildet. Dem Fonds soll in der nächsten Legislaturperiode ein Gesamtbetrag von einer Milliarde Mark zugeführt werden. Pro Jahr stehen somit durchschnittlich 200 Millionen Mark zusätzlich zur Sicherung und zum Ausbau der Mobilität zur Verfügung.

Die Mobilitätsoffensive darf aber nicht zu einer weiteren Verschuldung des Landes führen. Grundlage muss die intelligente Verwertung des Immobilienvermögens des Landes sein: Mit Immobilien mobil werden!

Nur mit mehr Mobilität wird es auch gelingen, die Wirtschaft in Schwung zu bringen und zu halten. Zu dieser Mobilität gehört auch die gedankliche Mobilität.

Neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu sichern ist eine der wichtigsten Aufgaben der rheinland-pfälzischen Liberalen. Rheinland-Pfalz ist mit seiner marktwirtschaftlichen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik, die maßgeblich von der **F.D.P.** geprägt wurde, auf einem guten Weg. Dies wird belegt durch die rheinland-pfälzische Exportquote, der höchsten aller Bundesländer, durch die hohe Produktivität der Beschäftigten, durch das Wirtschaftswachstum und durch die im Vergleich der Bundesländer sehr niedrige Arbeitslosenquote. Dennoch müssen die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Die Instrumente des Beschäftigungssystems in Deutschland sind nach wie vor „stumpfe Waffen“. Nur durch Modernisierung können Staat und Tarifpartner neue Arbeitsplätze in ausreichendem Umfang schaffen.

- Die Steuern müssen weiter gesenkt werden, insbesondere für den Mittelstand. Wir brauchen ein einfaches, klares und transparentes Steuersystem mit einem Eingangssteuersatz von 15, einem mittleren Steuersatz von 25 und einem Höchststeuersatz von 35 Prozent und dafür möglichst wenig Steuersubventionen.

- Das Tarifrecht muss entrümptelt werden. Die Tarifpartner sind aus gesellschaftlichen Gründen verpflichtet, niedrigere Einstiegstarife zu vereinbaren, damit diejenigen, die nicht weiter qualifiziert werden können, bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben. Für die unteren Lohngruppen muss bei niedrigen Einstiegstarifen die Möglichkeit von befristeten und begrenzten Lohnzuschüssen geschaffen werden. Die **F.D.P.** ist der Überzeugung, dass die Betriebsräte und die Unternehmen vor Ort sehr viel besser ihre Tarife vereinbaren können als Funktionäre in fernen Zentralen. Deshalb müssen die Flächentarifverträge auf den Prüfstand, um betriebsadäquate Abschlüsse erreichen zu können.
- Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und andere Maßnahmen sind exorbitant gewachsen. Die Arbeitslosigkeit ist gleichwohl nicht entsprechend zurückgegangen. Deshalb ist es notwendig, die Sozialversicherungssysteme zu reformieren.
- Die Lohnzuschranken müssen drastisch gesenkt werden. Sie liegen bei rund 45 Prozent des Bruttogehaltes. Das ist viel zu hoch und ein Grund für die boomende Schwarzarbeit. Die **F.D.P.** fordert den Abbau der Lohnzuschranken durch Entlastung der Sozialversicherungssysteme von versicherungsfremden Leistungen. Arbeitnehmer versichern sich gegen Arbeitslosigkeit. Weiterqualifizierungsmaßnahmen und ABM müssen anders finanziert werden. Dadurch können alle Qualifizierungsprogramme flexibler auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes zugeschnitten werden.
- Beschäftigungsprogramme müssen zeitlich befristet, Weiterqualifizierungs- und Umschulungsprogramme betriebsnah durchgeführt werden. Umschulung und Weiterqualifizierung im Betrieb sind in der Regel kostengünstiger und zugleich die beste Gewähr für die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis.
- Die Sozialsysteme müssen insgesamt auf den Prüfstand. Insbesondere das Lohnabstandsgebot muss neu definiert werden. Es darf nicht sein, dass Sozialleistungen plus Schwarzarbeit im Ergebnis mehr netto bedeuten als Erwerbsarbeit.
- Des weiteren ist es erforderlich, Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung zu stärken. Die umlagefinanzierten Versicherungssysteme sind nicht mehr finanzierbar.

Der Abbau investitionshemmender Bürokratie und die Senkung kostentreibender Regulierungsstandards bleiben weiterhin eine wichtige Aufgabe der Politik. Insbesondere der Mittelstand wird durch Überregulierungen stranguliert. Deshalb müssen staatliche Regulierungen vermindert werden, müssen Kosten der staatlichen Bürokratie für die Wirtschaft gegebenenfalls durch den Staat ersetzt werden.

BILDUNG: ONLINE – INTERNATIONAL – WETTBEWERBSORIENTIERT

Junge Menschen bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu fördern, ihren individuellen Ansprüchen auf Bildung gerecht zu werden, ihnen aber auch den notwendigen Freiraum zu gewähren, ist Aufgabe der Bildungspolitik. Junge Menschen sollen befähigt werden, ihre unterschiedlichsten Begabungen und Fertigkeiten so einzusetzen, dass sie ihren Lebensweg eigenverantwortlich gestalten können.

Drei Aufgaben haben für alle Bildungseinrichtungen Vorrang. Sie bauen auf dem klassischen Bildungssystem auf, werden es inhaltlich und strukturell verändern und qualitativ weiterentwickeln, um es für künftige Anforderungen fit zu machen. Die **F.D.P.** wird die Bildungseinrichtungen bei diesem Wandel besonders unterstützen.

1. Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken müssen allen vertraut gemacht werden, weil sie die Arbeitswelt und die Gesellschaft völlig verändern.
2. Die internationale Zusammenarbeit der Unternehmen, der Staaten und der Bildungs- und Forschungseinrichtungen muss in allen Bildungsgängen berücksichtigt, Bildung und Ausbildung müssen "internationaler" werden.
3. Die Übernahme von Verantwortung und Selbstständigkeit müssen früh geübt, faires Wettbewerbsverhalten muss als Schlüsselqualifikation vermittelt werden.

Bildung Online - Notebook statt Ranzen

Um schon die Schüler im Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechniken fit zu machen, werden die Liberalen folgende Ziele verfolgen:

- In allen Schulen wird die Arbeit mit Computer und Multimediatechnik zur Routine, steht allen Schülern eine solide und aktuelle PC-Ausstattung zur Verfügung.
- Jeder Lehrstellenbewerber verfügt mit seiner Berufsreife (Abschluss 9. Schuljahr) auch über ausreichende Grundfertigkeiten im Umgang mit dem PC und für die Nutzung von Standardprogrammen.
- Alle Lehrkräfte sind mit ihrem Ausbildungsabschluss auch für die Nutzung von Multimediatechnik qualifiziert.
- In allen Schulen kann Lernsoftware für den Unterricht in Fremdsprachen, im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich oder in künstlerischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern systematisch eingesetzt werden.
- In den Berufsbildenden Schulen (BBS) wird die Ausbildung in den informationstechnischen Berufen verstärkt. Die BBS werden hierfür modern

ausgestattet, damit auch in dieser Hinsicht schulische und betriebliche Praxis besser zusammenpassen.

- Ein leistungsfähiges Konzept zur Netzwerkbetreuung und Anwendungsbetreuung wird als gemeinsame Aufgabe von Land und Schulträgern aufgebaut.
- Neben Computerlaboren werden ergänzend Notebooks für den mobilen Einsatz in den Klassenräumen erworben. Das erspart hohe Kosten für Labormöbel und sorgt für den flexiblen PC-Einsatz im Klassenraum.
- Neben dem traditionellen Unterricht werden schrittweise Online-Angebote entwickelt, die vor allem im berufsbildenden Bereich sowie in der Weiterbildung attraktiv sind. Sie ermöglichen eine neue, individuell gesteuerte, ortsunabhängige Form des Lernens.
- Um die Schulen in möglichst kurzer Zeit mit moderner und leistungsfähiger Informationstechnik auszustatten, wird über die Laufzeit der nächsten Legislaturperiode hinaus die PC-Ausstattung in den Schulen als ein ergänzender Faktor der Lernmittelhilfe vorgesehen. Orientiert an der Quote der Lernmittelhilfe erhalten die Schulen bzw. die Schulträger einen Zuschuss für die Ausstattung der Schulen mit dieser Informations- und Kommunikationstechnik.

Bildung Rheinland-Pfalz – "world wide"

Die Internationalisierung betrifft alle und alles, ganz besonders auch Bildung und Ausbildung. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass

- Partnerschaften mit ausländischen Schulen als wichtige Vorbereitung für kulturelles Verständnis und für den späteren beruflichen Alltag ausgebaut werden,
- der Austausch von Lehrkräften zwischen Partnerschaftsschulen und Partnerschaftsregionen erleichtert wird,
- der Schulbesuch im Ausland erleichtert sowie Leistungsnachweise darüber unbürokratischer anerkannt werden,
- der Fremdsprachenunterricht in der Berufsausbildung erweitert, das europäisch-wirtschaftliche Zusammenwirken stärker in die berufsfachliche Ausbildung einbezogen wird,
- der Erwerb ausländischer Hochschulberechtigungen als freiwillige Zusatzmodule verstärkt angeboten wird,
- bilinguale Züge für die Sekundarstufen I und II in möglichst vielen weiterführenden Schulen eingerichtet und vor allem in den späteren Studiengängen die Studienangebote im Hauptstudium international - also englischsprachig - aufgebaut werden,

- die internationale Ausrichtung der Hochschulen durch Verträge mit ausländischen Universitäten verstärkt wird,
- Online-Studien aus Rheinland-Pfalz weltweit abgerufen werden können,
- modular gegliederte Studiengänge so angeboten werden, dass Einzelmodule/Zertifikate sowohl für das Erststudium, als auch für die fachwissenschaftliche berufliche Weiterbildung abrufbar sind.

Begabung fördern - Selbstständigkeit erfahren - Wettbewerb üben - Elite bilden

Im Bildungssystem soll wieder eine stärkere Leistungskultur gelten, es darf nicht nur gefördert, sondern es muss auch gefordert werden. Nur so können deutsche Absolventen im internationalen Wettbewerb souverän bestehen.

- Hochbegabte müssen schon in der Grundschule systematisch gefordert und somit auch gefördert werden. Verhaltensstörungen wegen Unterforderung dürfen nicht erst der Anlass für schulische Reaktionen auf Hochbegabte sein. Auch kann die Verkürzung der Schulzeit nicht die einzige oder überwiegende Form der Begabtenförderung bleiben.
- Damit in Rheinland-Pfalz Hochbegabte in den unterschiedlichsten Fächern gefördert werden können, soll für sie eine Eliteschule eingerichtet werden. Zusätzlich zu der Eliteschule sollen Sommerakademien eingerichtet werden.
- Für besonders leistungsfähige Studierende aus Rheinland-Pfalz wird in Ergänzung zum BAföG ein landesspezifisches Studienförderprogramm geschaffen. Die Mittel sollen möglichst über einen Fonds aufgebracht werden.
- Mit einer Professur für Hochbegabtenförderung sollen die weltweit bestehenden Systeme untersucht und fachliche sowie methodische Ansätze in die Lehrerausbildung integriert werden.

Eigenverantwortung und Entbürokratisierung

In einem schulbezogenen Profil soll jede Schule ihr eigenes - über die Pflichtangebote hinausgehendes - Profil entwickeln können. Die Genehmigungsvorbehalte der Schulbehörde gegenüber den Schulen werden im Interesse einer schulischen Planungssicherheit zur Profilbildung abgebaut. Die Schulleitungen erhalten verantwortliche Mitwirkungs- und Initiativrechte für die Personalentwicklung an ihren Schulen. Die bisherigen Verfahren für Neueinstellungen und für die Besetzung von Funktionsstellen werden verkürzt.

Selbstständigkeit und Existenzgründung - ein Ziel

Unterrichts- und Lehrangebote sollen über stärkere Eigenverantwortung hinaus in Bildungseinrichtungen so entwickelt werden, dass am Ende einer Ausbildung auch

Selbstständigkeit und Existenzgründung als Ziel stehen können. Deshalb müssen Schulen und Hochschulen auch stärker unternehmerisch arbeiten können, damit solche Erfahrungen Impulse für eine spätere unternehmerische Selbstständigkeit geben können. Die Zusammenarbeit mit Unternehmen als Orientierung für berufliche Felder und unternehmerische Chancen soll deshalb ausgebaut werden.

Wirtschafts- und volkswirtschaftliches Verständnis lehren

Das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge, die wichtigsten Elemente einer Volkswirtschaft, die unternehmerischen Chancen und Risiken sowie die eigenen Handlungsmöglichkeiten innerhalb dieser Wirtschaft sollen in die Lehrpläne für die Schulen aufgenommen werden. Hierfür empfiehlt sich die Fächerkombination Wirtschaft-Sozialkunde (WiSo).

Wettbewerb - eine Tugend

Der internationale Wettbewerb verändert auch den Bildungsbereich, weil die Bildungsangebote und deren Ergebnisse international verglichen und ausgewertet werden. Die Angebote werden transparenter, amerikanische Hochschulen werden durch Dependances und vor allem durch Online-Angebote in Deutschland zunehmend attraktiver. Unsere Bildungseinrichtungen müssen sich mit ihren Leistungen auf diesen Wettbewerb einlassen, ihn als Herausforderung statt als Plage verstehen und mit jungen Menschen sehr früh die Bewährung in einem fairen Wettbewerb üben. Wettbewerbsfähigkeit verbindet im Sport Völker und Nationen. Vergleichbares ist auch in der Bildung möglich und notwendig.

Bildungsgutscheine zur Hochschulfinanzierung und Eigenverantwortung

Die Finanzierung der Hochschulen muss unter Leistungs- und Wettbewerbskriterien verändert werden. Die Studierenden erhalten einen Bildungsgutschein, den sie der Hochschule geben, in der sie ihr Studium absolvieren. Dadurch finanzieren sie die Hochschulen, die für ihre Bedürfnisse die besten Leistungen erbringen. Die abgegebenen Gutscheine sind die Grundlage für die Verteilung staatlicher Mittel an die Hochschulen. Zugleich übernehmen die Studierenden die Verantwortung für den Verbrauch ihres öffentlich finanzierten "Studierguthabens", das sich an der Regelstudienzeit sowie einem interdisziplinären Zusatz orientiert.

Berufliche Bildung - erste Wahl

Die Vielfalt der Bildungswünsche und Bildungswege behindert zu oft den Blick auf die Bildung erster Wahl, die duale berufliche Bildung. Mit der Dualen Oberschule haben die Liberalen erstmals eine Korrektur zugunsten der dualen Ausbildung erreicht. Es ist eine neue Schule, die solide Allgemeinbildung, berufliche Orientierung und duale berufliche Ausbildung miteinander verzahnt. Für die Tüchtigsten stehen alle Wege bis zur Hochschule offen, ohne dass sie ihren Betrieb verlassen müssen. Die Erprobung an elf Standorten in Rheinland-Pfalz findet große Unterstützung bei den Eltern und den Vertretern der betrieblichen Ausbildung. Die Duale Oberschule muss Regelschule werden.

Imagepflege Bildung

Der Wert unseres Bildungssystems sowie dessen Leistung werden in der öffentlichen Diskussion zum Teil unterschätzt. Die Spitzenleistungen junger Menschen, die in zahlreichen Neuentwicklungen und innovativen Unternehmen ihren Niederschlag finden, verlieren ihre Aufmerksamkeit in den teils überzogenen Klagen über die Schwächen unseres Systems. Wir sollten öfter die Spalten zum Thema und Maßstab machen. Wenn wir auf Dauer ein gutes und leistungsfähiges Bildungssystem sichern wollen, müssen wir für bessere Leistungen und für ein besseres Image gleichzeitig kämpfen und auch die pädagogischen, fachlichen und gesellschaftlichen Leistungen der Lehrenden an Schulen, Hochschulen oder Weiterbildungseinrichtungen anerkennen. Bildung braucht ein gutes Image, um auch leistungsorientierte junge Menschen für die Arbeit in diesem System zu gewinnen. Mit dem Unternehmen "Bildung Rheinland-Pfalz" muss man sich identifizieren wollen. Wir tun dies und räumen der Bildung unserer Kinder höchste Priorität ein.

... und deshalb ein Bildungsfonds

Weil der **F.D.P.** Bildung und Ausbildung so wichtig sind, will sie einen Bildungsfonds in Höhe von 300 Millionen Mark bilden. Mit den Mitteln aus diesem Fonds soll unter anderem die fachliche, personelle und technische Ausstattung der Schulen sichergestellt und dafür gesorgt werden, dass – insbesondere an den Berufsschulen – kein Unterricht ausfällt. Aus dem Fonds sollen auch praxiserfahrene Fachleute aus der Wirtschaft für den beruflichen Unterricht finanziert werden. Aus ihm können auch in diesem Sinne von der Wirtschaft durchgeführte Weiterbildungsmaßnahmen finanziert werden. Selbstverständlich ist auch die Wirtschaft eingeladen, sich an dem Fonds zu beteiligen, der ergänzend zum Landshaushalt eingerichtet werden soll.

ZUKUNFT GESTALTEN – CHANCEN FÜR JUNGE MENSCHEN SICHERN

Die Politik muss die Bedürfnisse junger Menschen in ihre Entscheidungen einbinden. Denn Zukunftsgestaltung kann nur im gemeinsamen Miteinander der Generationen funktionieren.

Generationengerechtigkeit

Politik muss grundsätzlich alle künftigen Entscheidungen am Prinzip der Generationengerechtigkeit ausrichten. Investitionen müssen prinzipiell am Nutzen für die Zukunft orientiert sein und im Verhältnis zu Kosten und Folgekosten stehen. Politik von heute hat die Verantwortung für die Finanzen von morgen. Deshalb fordert die **F.D.P.** eine konsequente Fortsetzung des Sparkurses und Schuldenabbaus in Rheinland-Pfalz. Entscheidungen in der Renten- und Gesundheitspolitik müssen zügig und auf der Basis tragfähiger Zukunftskonzepte gefällt werden, die die demographische Entwicklung berücksichtigen und für alle Generationen gerecht sind.

Chancen durch Bildung

Bildung ist das Fundament für die Zukunft der heranwachsenden Generation. Allgemeine und berufliche Bildung sind gleichwertig und müssen den Anforderungen des gesellschaftlichen Wandels entsprechen. Jugendliche, insbesondere im ländlichen Raum, müssen ein differenziertes, breit gefächertes Bildungsangebot vor Ort vorfinden, damit sie entsprechend ihrer individuellen Begabungen und Neigungen optimal ihre Chancen nutzen können. Das Angebot in der beruflichen Bildung, duale Ausbildungsgänge und Fachhochschulen müssen verstärkt und die Duale Oberschule zur Regelschule werden, um die Qualifikation zu kompetenten Fachkräften in den immer komplexer werdenden Arbeitsprozessen zu ermöglichen.

Qualitätsmanagement in und mehr Autonomie für Schulen sind ebenso wichtig wie ein größeres und teilweise verpflichtendes Weiterbildungsangebot für Lehrkräfte. In der schulischen Bildung müssen unterschiedliche Werte und Kulturen erlebt und vermittelt werden können. Hierzu gehören auch Ganztagsangebote.

Das originäre Recht der Eltern auf die eigene Erziehung ihrer Kinder begründet auch eine Erziehungspflicht der Eltern vor dem Staat. Sollten Eltern dieser Verantwortung nicht nachkommen, sind sie entsprechend ihres Einkommens oder Vermögens finanziell an eventuellen staatlichen Erziehungshilfen zu beteiligen.

Kinder und Jugendliche mit besonderen Begabungen müssen besser gefördert werden. Auf freiwilliger Basis soll ein Schulbesuch bereits ab dem 5. Lebensjahr ermöglicht werden. Für besonders begabte Schülerinnen und Schüler soll deshalb eine eigene Schule mit Internatsangebot gegründet werden.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien werden den Schulalltag grundlegend verändern. Der selbstverständliche Einsatz Neuer Medien muss auch verstärkt im Unterricht Eingang finden. Die **F.D.P.** fordert deshalb, dass jeder Schüler

sein eigenes Notebook erhalten soll, wenn die Schule ein stimmiges Konzept für den Einsatz der Neuen Medien im Unterricht vorlegt.

Im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit der jungen Menschen auf dem europäischen Markt muss die Qualität unserer Bildungsgänge gesteigert, die Dauer der Ausbildung bis zum Hochschulabschluss verkürzt werden. Bildungsabschnitte, die im Ausland absolviert werden, müssen künftig gegenseitig anerkannt werden. Die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) soll abgeschafft werden: Hochschulen sollen Studierende nach eigenen Kriterien aufnehmen. Dazu muss es eine wettbewerbsorientierte Finanzierung geben; jeder Student soll Bildungsgutscheine erhalten, die er ganz individuell wann und welcher Hochschule auch immer für seine Ausbildung gibt. Zur Finanzierung ihres Studiums soll für besonders leistungsfähige Studierende zusätzlich zum BAföG ein landesspezifisches Studienförderprogramm geschaffen werden.

Ausbildung und zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Fläche

Um junge Menschen für eine Zukunft in Rheinland-Pfalz und speziell im ländlichen Raum zu gewinnen, müssen wir ihnen Zukunftschancen bieten. Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen bietet in Rheinland-Pfalz vor allem der Mittelstand, der deshalb optimale Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vorfinden muss.

Die **F.D.P.** setzt sich für die weitere Zahlung von Ausbildungsprämien für Existenzgründer, Mobilitätshilfen für Jugendliche und die Förderung von Ausbildungsverbünden ein.

High-Tech und Kompetenz im Umgang mit neuen Technologien

Technische und naturwissenschaftliche Innovationen sind eine entscheidende Grundlage unserer Lebensqualität, unserer Wettbewerbsfähigkeit, unseres Arbeitsmarktes und nicht zuletzt der Chancen für die kommenden Generationen. Die Förderung von Talenten in diesem Bereich ist eine Zukunftsinvestition.

Die Einführung von Multimedia-techniken ist für die **F.D.P.** ein wichtiges Anliegen. Hierzu gehört vor allem auch die flächendeckende Ausstattung von Schulen mit PCs und Internetanschlüssen und die entsprechende Qualifikation der Lehrkräfte. Schulisch und außerschulisch, gerade im ländlichen Raum, müssen Medienkompetenz und der Einsatz Neuer Medien in Lehr- und Lerntechniken selbstverständlich werden.

Trotz vieler neuer Ausbildungsplätze in diesem Bereich gilt es, noch mehr junge Menschen in Rheinland-Pfalz in IT-Berufen auszubilden. Die **F.D.P.** setzt sich verstärkt für die Schaffung von Studienplätzen im Bereich neuer Technologien an Fachhochschulen ein und für ein landesweites Technologienetzwerk, mit dessen Hilfe der Technologietransfer organisiert wird.

Mobilität im ländlichen Raum

Für die Zukunftsperspektiven der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz ist eine intakte Verkehrsinfrastruktur unabdingbar. Gerade junge Menschen sind auf ein hohes Maß an Mobilität angewiesen. Die von der grün-roten Bundesregierung eingeführte „Öko-Steuer“ bedeutet einen hohen Mobilitätsverlust gerade für den ländlichen Raum, erzeugt Wettbewerbsnachteile und mindert somit die Zukunftschancen junger Menschen. Der ÖPNV ist gerade im ländlichen Raum mit dem Rheinland-Pfalz-Takt besonders für Jugendliche unverzichtbar. Das Angebot, gerade im Busverkehr, muss dieser positiven Entwicklung in Zukunft noch stärker Rechnung tragen.

Attraktive Freizeitangebote

Die junge Generation ist aktiv und zeigt Initiative. Sie möchte sich nach ihren Interessen und Neigungen weiterentwickeln – und natürlich auch Spaß haben. Gerade im ländlichen Raum muss deshalb ein breites Freizeitangebot gesichert werden. Unzählige Vereine, Verbände, Jugendorganisationen und -initiativen leisten hierzu einen unverzichtbaren Beitrag. Die **F.D.P.** fordert deshalb, diese – meist ehrenamtliche – Arbeit weiterhin auf hohem Niveau zu unterstützen. Vor Ort muss vor allem die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stehen. Junge Menschen, die selbst aktiv werden, müssen vor Ort Ansprechpartner haben, die ihnen schnell und unbürokratisch helfen.

TECHNOLOGIE

Die **F.D.P.** sieht Technik und Naturwissenschaften als eine wesentliche Grundlage unserer Gesellschaft, sie möchte mit ihrer Technologiepolitik in Rheinland-Pfalz eine Zukunft mit Lebensqualität schaffen.

Unsere als selbstverständlich angenommene Lebensqualität wird von der Technikentwicklung bestimmt, die auf Forschung und Entwicklung und letztlich auf Bildung angewiesen ist. Ohne technischen Fortschritt und Innovation kann es keinen Wohlstand, keine ausreichende Beschäftigung und keine lebenswerte Umwelt geben. Technisch-wissenschaftliche Innovationen von heute schaffen die Chancen für die nächste Generation. Angesichts der Probleme auf dem Arbeitsmarkt müssen die Chancen und Möglichkeiten der Technikentwicklung erkannt und zielorientiert genutzt werden. Der liberale Ansatz geht davon aus, dass sich in einer freien, sozialen und ökologischen Marktwirtschaft auch bei der Technikentwicklung eigenständiges Handeln und Gestalten lohnen.

Die **F.D.P.** fordert eine Politik, welche die Eigeninitiative des Bürgers in unserer technologieorientierten Wirtschaft fördert und ihm genügend Freiräume für Kreativität und Innovationen schafft. Diese Politik soll kreative Menschen ermuntern, ihre innovativen Ideen umzusetzen. Bereits in der Schule soll dazu motiviert werden, diese Begabungen in der Praxis zu testen.

Innovation und Fortschritt können nur entstehen, wenn Bildung und Ausbildung der heranwachsenden Generation die Voraussetzungen dafür schaffen. Deshalb setzt sich die **F.D.P.** dafür ein, ein positives Verständnis von Technik und Naturwissenschaften zu vermitteln. Gerade auf dem Gebiet der Forschung und Technologie ist die Förderung von Talenten eine Zukunftsinvestition.

Innovations- und Investitionshemmnisse müssen abgebaut werden. Damit muss die Politik die Voraussetzung zur Nutzung des technisch-wissenschaftlichen Potenzials und zur Sicherung der technologischen Leistungsfähigkeit in unserem Land schaffen.

Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Wirtschaft können nur dann gesichert und neu eingerichtet werden, wenn Produkte und Dienstleistungen einem hohen technologischen Standard entsprechen. Die **F.D.P.** sieht die Aufgabe des Staates darin, die Unternehmen bei ihrem Einstieg in neue Technologiefelder zu begleiten und durch langfristig verlässliche, in Politik und Gesellschaft akzeptierte Rahmenbedingungen zu fördern.

Die Dynamik der Wirtschaft hängt wesentlich von einem effektiven Informationsaustausch mit moderner Kommunikationstechnik ab. Die durchgängige Einführung von Multimedia-Techniken ist ein Anliegen der **F.D.P.**, weshalb sie sich für die Fortführung der erfolgreichen Aktionen des Landes Rheinland-Pfalz, wie den Multimedia-Wettbewerb, einsetzt.

Neue Aufgaben im Umweltschutz, im Gesundheitswesen, im Verkehr, bei der Energienutzung, im Kommunikationswesen und in allen anderen Bereichen erfordern

stetige Innovationen. Deren Umsetzung in Produkte und Dienstleistungen führt zu dem notwendigen technologischen Fortschritt in der Wirtschaft unseres Landes. Auch hier sind langfristig verlässliche Rahmenbedingungen durch die Politik Voraussetzung für das Engagement von Unternehmen.

Die Liberalen sind sich der Chancen, der Risiken und der ethischen Probleme der Gentechnologie bewusst. Den Bedenken muss durch notwendige ethisch begründete Selbstkontrolle in der Forschung und durch ausreichende Sicherheitsmaßnahmen in der Produktion sowie durch hohe Sicherheitsstandards in der Anwendung Rechnung getragen werden. Die **F.D.P.** will die Chancen der Gentechnologie nutzen, die besonders am Chemie- und Pharmaziestandort Rheinland-Pfalz zukunftssichere und hochwertige Arbeitsplätze bieten kann. Die Liberalen bekennen sich zu einer verantwortungsbewussten Nutzung der Gentechnik. Dies muss mit Aufklärung der Bevölkerung und Transparenz einhergehen.

In der Medizin kann die Gentechnologie mit der Entwicklung neuer Medikamente, Diagnose- und Therapieverfahren lebenswichtige Hilfe leisten. Die **F.D.P.** wird sich deshalb gerade hier für eine intensive Forschung einsetzen.

Bedeutung der Technik und der technologischen Innovation

Die **F.D.P.** setzt sich dafür ein, dass wissensintensive und kreative Leistungen, wie das Erfinden, Entwickeln und Fertigen technologisch anspruchsvoller Produkte, den hohen Stellenwert, den sie in der Wirtschaft haben, auch in der Gesellschaft erhalten.

Die **F.D.P.** verfolgt eine Politik des Fortschritts auf allen Gebieten in dem Bewusstsein, dass eine Gesellschaft, die technischen Fortschritt ablehnt, wirtschaftlich ins Hintertreffen geraten wird.

Die **F.D.P.** setzt sich dafür ein, dass die Ingenieur-, Natur- und Sozialwissenschaften im Sinne einer gemeinsamen, glaubwürdigen und objektiven Technik-Bewertung zusammenfinden.

Die **F.D.P.** betreibt eine Politik, mit der mehr Technologie-Investoren in unser Land geholt werden. Durch einfachere Genehmigungsverfahren und innovationsfreundliche Regelungen möchte die **F.D.P.** in Rheinland-Pfalz das Klima für eine ungestörte technologische Entwicklung schaffen. Zur Verbesserung des Technologietransfers setzt sich die **F.D.P.** für die Schaffung eines Technologienetzwerkes ein.

Die Technologieförderung soll zu Lasten von Erhaltungssubventionen wesentlich gesteigert werden.

Langfristig verlässliche, ordnungspolitische Rahmenbedingungen und ein ausreichendes Potenzial an qualifizierten Arbeitskräften sind eine Voraussetzung für erfolgreiche Entwicklungsplanungen von Unternehmen. Nur so ist eine dauerhafte Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten erreichbar.

Genehmigungsverfahren für Investitionsprojekte müssen dereguliert und dadurch beschleunigt werden.

Die **F.D.P.** sieht die Aufgabe staatlicher Innovationspolitik darin, für Erfinder und Entwickler Anreize zu schaffen, damit sie ihre Entwicklungsergebnisse verwerten und zügig in die Praxis umsetzen. Hierfür sind die Förderinstrumente im Vorfeld von Unternehmensgründungen weiterzuentwickeln und transparenter zu gestalten.

Das erfolgreiche Konzept der rheinland-pfälzischen Technologiezentren muss nach Ansicht der **F.D.P.** mit dem nötigen Augenmaß weiterentwickelt werden. Die Kommunikationstechnologien legen nach Vorstellung der **F.D.P.** eine Fortentwicklung zu virtuellen Zentren nahe, in die Service- und Beratungsleistungen für den Aufbau junger Firmen unter Nutzung der Multimedia-technik einfließen. Die örtlich festen Einrichtungen sollten ergänzt werden durch Technozentren, für deren Aufbau die Mediennetze genutzt werden.

Die **F.D.P.** tritt für die weitere Intensivierung der Förderung von Technologiepionieren durch die Bereitstellung von Investitionszuschüssen und Wagniskapital ein.

Die **F.D.P.** erwartet von der Innovations-Management-Gesellschaft, dass freie Erfinder bei der wirtschaftlichen Verwertung ihrer Erfindungen wirksam unterstützt werden.

Technologie-Förderung des Mittelstandes

Den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fällt bei der raschen Umsetzung neuer Technologien in die Praxis eine wesentliche Rolle zu. Neue Arbeitsplätze entstehen heute vor allem in den KMU. In Deutschland arbeiten fast 20 Millionen Menschen im Mittelstand. Sie sind die Stützen der Wirtschaft, die über das Land verteilt einen bedeutenden Beitrag zum Wirtschaftsgeschehen leisten.

Aber auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen können nur mit einem technologisch hohen Standard Arbeitsplätze dauerhaft sichern bzw. neu schaffen. Dazu benötigt der Mittelstand langfristig verlässliche, akzeptable Rahmenbedingungen.

Eines der Hauptziele der Technologie-Politik der **F.D.P.** in Rheinland-Pfalz ist es, die KMU bei ihren Bemühungen um Innovation und Entwicklung zu unterstützen. Die **F.D.P.** tritt für wirksame staatliche Förderinstrumente für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der KMU ein. Damit soll die technologische Basis fortschrittlicher KMU verbessert werden, um sie im Wettbewerb mit Großunternehmen zu stärken. Dazu können auch die Hochschulen mit ihren regional gestreuten Aktivitäten ihren Beitrag leisten. Ihre Transferaktivitäten sollten mit den Aktivitäten der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und anderer Einrichtungen im Lande, insbesondere unter Nutzung der modernen Kommunikationstechnologien, noch stärker gebündelt werden.

Die Technik im Bildungswesen

Innovationen und Fortschritte in der Technik können nur entstehen, wenn das Bildungswesen bei den heranwachsenden Generationen die Voraussetzungen dafür schafft. Das Bildungswesen muss die komplexen Zusammenhänge in einer mehr denn je von der Technik geprägten Gesellschaft wesentlich stärker als bisher berücksichtigen.

Mit zielgerichteter Förderung der Bildung und Ausbildung soll die von der modernen Technik verlangte anspruchsvolle Qualifikation der späteren Arbeitskräfte gewährleistet werden. Bereits in der Schule soll dazu ermuntert werden, Erfindungen zu machen und ihre Umsetzung zu erproben. Entsprechende Begabungen sollen früh gefördert werden.

Den praktischen Berufen misst die **F.D.P.** einen hohen Stellenwert bei. Gerade bei der Berufsbildung müssen deshalb die Naturwissenschaften stärker berücksichtigt werden, um die von der modernen Technik verlangte anspruchsvolle Qualifikation der späteren Arbeitskräfte zu gewährleisten.

Wirtschaftsunterricht in der Schule

Die **F.D.P.** fordert die Einführung des Schulfachs Wirtschaft im Rahmen des Sozialkundeunterrichts „WiSo“. Im Unterricht soll verstärkt auf die Unterstützung aus der Wirtschaft, Kammern und Verbänden zurückgegriffen werden. Zudem muss bei der Lehreraus- und -fortbildung verstärkt auf wirtschaftliche Belange Rücksicht genommen werden.

Das Schul- und Bildungskonzept muss auf die wachsenden Anforderungen unserer technologisch orientierten Wirtschaft neue inhaltliche und organisatorische Antworten finden.

Notwendig ist ein theoretisch fundiertes, praxisrelevantes Basiswissen, das in kurzen und gut strukturierten Ausbildungszeiten gewonnen werden muss. Die Weiterbildung, vor allem die berufliche Weiterbildung, gewinnt erheblich an Bedeutung. Sie sichert die Innovation. In diesem Sinne muss unser Bildungssystem erneuert werden.

Innovation ist eine unerschöpfliche Ressource, die auf dem Können und dem unternehmerischen Wirken vor allem der Technikgestalter aufbaut. Deren Förderung ist ein Grundanliegen der **F.D.P..**

MITTELSTAND

Freiraum für den Mittelstand

Der Mittelstand ist das Rückgrat der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Die **F.D.P.** setzt deshalb auf den Mittelstand in unserem Land.

Die mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer in Rheinland-Pfalz tragen durch ihre Leistungsbereitschaft, ihre Kreativität und ihren unternehmerischen Mut entscheidend dazu bei, die Kräfte in unserer Gesellschaft freizusetzen, die wir zur Zukunftsgestaltung für uns und für die uns nachfolgenden Generationen benötigen. Diese Unternehmerpersönlichkeiten in den mittelständischen Betrieben setzen eigenes Kapital risikobewusst ein und sind so eine der stärksten Triebfedern unserer Wirtschaft. Wir Liberale vertrauen insbesondere auf diese Menschen in unserem Land, da sie bereit sind, Wagnisse einzugehen und Verantwortung zu übernehmen.

Die Marktnähe und das unmittelbare Gespür für Markterfordernisse tragen dazu bei, dass der Mittelstand besonders innovativ ist. Der Wettbewerb lebt von der Findigkeit und dem Ideenreichtum kleiner und mittlerer Unternehmen. Gerade die zukunftssträchtigen und innovativen Branchen des Dienstleistungssektors werden von kleinen, leistungsfähigen Unternehmen geprägt.

In Rheinland-Pfalz sind von 143.000 umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen über 99 Prozent dem Mittelstand zuzurechnen. Der Mittelstand trägt mit rund 60 Prozent zur Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz bei und ist somit die Basis des Wohlstandes in unserem Land. Die mittelständische Wirtschaft beschäftigt 80 Prozent aller Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz. Ein sicherer Arbeitsplatz ist seit jeher die beste Voraussetzung, um Menschen ein selbstbestimmtes Leben und damit soziale Sicherheit zu ermöglichen – der Mittelstand schafft hierfür die Grundlage. Darüber hinaus bildet der Mittelstand in unserem Land rund 90 Prozent aller Auszubildenden aus. Dies ist ein aktiver Beitrag für junge Menschen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten und sich aktiv in Wirtschaft und Gesellschaft zu betätigen.

Der rasante technologische Wandel und die Globalisierung des Wettbewerbs stellen gerade die kleinen und mittleren Betriebe vor besondere Herausforderungen. Hinzu kommt für rund 18.000 Familienunternehmen in Rheinland-Pfalz aktuell die Vorbereitung der Unternehmensübergabe an die junge Generation.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die **F.D.P.** auch weiterhin dafür ein, die Bedürfnisse des Mittelstandes in der Landespolitik mit besonderem Gewicht zu berücksichtigen. Der Mittelstand muss angesichts seiner hohen Bedeutung Bedingungen vorfinden, die es ihm ermöglichen, seine Potenziale im Interesse der Gesellschaft und einer funktionierenden Marktwirtschaft voll zu entfalten. Seinen Beitrag zur Stabilität unseres Gemeinwesens kann der Mittelstand in Zukunft nur dann erbringen, wenn er auf eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung vertrauen kann. Insgesamt sind Reformen in den unterschiedlichen Politikfeldern dringend notwendig. Dazu gehört die konsequente Beschränkung staatlicher Wirtschaftstätigkeit auf die Daseinsvorsorge, um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten des Mittelstandes auszuschließen.

Stabile Sozialversicherungssysteme – geringe Lohnzusatzkosten

Kleine und mittlere Unternehmen haben nicht in dem Maße die Möglichkeit, im Ausland zu produzieren, wie die großen Konzerne. Für sie sind daher die Höhe der Lohn- und insbesondere der Lohnzusatzkosten von besonderer Bedeutung. Die **F.D.P.** fordert nachhaltige Reformen der sozialen Sicherungssysteme, damit die Beiträge gesenkt und stabilisiert werden können. Stabilität und Leistungsfähigkeit unserer Sozialversicherungssysteme sind auch wesentliche Voraussetzung für den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft.

Der Rentenversicherung kommt dabei besondere Bedeutung zu. Die **F.D.P.** setzt sich vor diesem Hintergrund bei der Reform unseres Rentensystems für folgende Punkte ein:

- Beitragsdeckelung mit freiwilliger Zusatzabsicherung,
- Förderung rentenwirksamer Vermögensbildung,
- Anpassung der Eckrentenjahre und flexibler Renteneintritt.

Die Arbeitslosenversicherung ist in erster Linie eine Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind deshalb aus dem Versicherungssystem herauszunehmen und aus dem Steueraufkommen zu finanzieren. Dies senkt die Lohnzusatzkosten, ist ordnungspolitisch systematischer und steigert die Effizienz dieser Maßnahmen.

Unnötige Bürokratielasten abbauen/Deregulierung

Der Staat bedient sich in vielfältiger Hinsicht der Hilfe von Unternehmen. So verlagert er Verwaltungsaufgaben auf sie und verpflichtet sie, diese unentgeltlich zu erbringen. Klassische Verlagerungsfelder sind das Sozialrecht, das Steuerrecht, das Umweltrecht und die amtliche Statistik. Studien belegen, dass z.B. Kleinunternehmen 120 Arbeitsstunden pro Monat einkalkulieren müssen, um staatliche Verwaltungsarbeit zu erledigen. Besonders bedenklich ist, dass kleine und mittlere Unternehmen durch Bürokratiekosten stärker belastet werden als Großunternehmen. Der Mittelstand trägt 96 Prozent der Gesamtbelaustung. Bezogen auf den einzelnen Beschäftigten ist die Kostenbelastung um ein Vielfaches höher als bei Großunternehmen. Die Folgen sind Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten des Mittelstands und eine Behinderung von Existenzgründungen.

Hier wird der Unternehmer zum Lastesel des Staates. Unternehmen in einer Marktwirtschaft brauchen Freiraum für ihre Arbeit. Der Staat soll sich im Wesentlichen auf die Schaffung von Rahmenbedingungen und eines günstigen Klimas für Innovation und Beschäftigung konzentrieren.

Die **F.D.P.** tritt deshalb für das konsequente Durchforsten der Gesetze und Verordnungen mit dem Ziel ein, unnötige Regelungen abzuschaffen und notwendige Regelungen und Verfahren zu vereinfachen. Hierzu gehört auch die weitere schrittweise Lockerung des Ladenschlussgesetzes.

Folgende Entlastungsfelder werden von der **F.D.P.** vorgeschlagen:

- Unternehmen ist zukünftig ihr Aufwand bei der Inkassotätigkeit zu vergüten, der ihnen von staatlicher Seite aufgebürdet wird. In einem ersten Schritt ist dies bei der Änderung von Vorschriften und Verfahren für Sozialversicherungsträger und Finanzbehörden einzuführen.
- Einführung von behördenübergreifenden Unternehmer-Servicezentren (one-stop-agencies), also von Stellen, die als gemeinsamer Ansprechpartner mehrerer Behörden für das Unternehmen vor Ort zur Verfügung stehen. Verwaltungsfragen (z.B. im Zusammenhang mit Kommunalverwaltung, Finanzamt, Gewerbeaufsicht, Sozialversicherungsträger usw.) sollten so für Unternehmen effizient und kundenfreundlich beantwortet werden können. Über eine solche Stelle kann ein Existenzgründer oder ein anderes Unternehmen zum Beispiel seine Gewerbeanmeldung, seine Baugenehmigung oder aber auch Fragen des Finanzamts abwickeln. Der Datenschutz ist zu beachten. Ziel ist es, bereits einmal erhobene Informationen „laufen“ zu lassen, statt die Unternehmen von Verwaltungsstelle zu Verwaltungsstelle zu schicken. Die Voraussetzung dafür muss geschaffen werden durch die Fortsetzung der laufenden Verwaltungsreformen und durch die weitere Einführung moderner Technologien im Verwaltungsaltag.
- Antragstellungen über Internet und E-Mail gilt es konsequent einzuführen bzw. auszubauen.
- Stammdaten von Unternehmen bei der Beantragung von Fördermitteln bei staatlichen Stellen sind künftig nur noch einmal zu erheben.
- Bei der Erklärung der Antragsteller, die einschlägigen Gesetze und Vorschriften zu beachten, müssen alle unterschiedlich lautenden Erklärungen zu ein und dem selben Tatbestand abgeschafft werden.
- Bagatellgrenzen müssen der allgemeinen Entwicklung regelmäßig angepasst werden.
- Die Verlängerung der Umsatzsteuervoranmeldung von einem auf drei Monate wird vorgeschlagen. Auf diese Weise ließe sich die Flut von rd. 1,8 Millionen Voranmeldungen im Jahr auf 600.000 reduzieren.
- Abschaffung der Umsatzsteuerjahresmeldung. Die Jahresmeldung ist lediglich eine Zusammenstellung der Voranmeldungen. Sie ist in Europa einmalig. Ihre Abschaffung würde zusammen mit der Verlängerung des Voranmeldezeitraumes selbst bei Unternehmen, die im verwaltungsintensiven europäischen Handel stehen, zu einer Verringerung des Formularaufwandes bei der Umsatzsteuer um 30 Prozent beitragen.
- Entwicklung einer einheitlichen und behördenübergreifenden Verdienstbescheinigung. Derzeit existiert ein Nebeneinander von weit über 20 unterschiedlichen Verdienstbescheinigungen für über 60 Anforderungsgründe. Eine einheitliche, behördenübergreifende Verdienstbescheinigung könnte hier erhebliche Entlastungen herbeiführen.
- Deregulierungen bei Arbeitsmarkt und Arbeitszeiten (z.B. Arbeitszeitkonten, Lebensarbeitszeit) sind insbesondere für den Mittelstand voranzutreiben.
- Wir wollen die Dynamik neuer und innovativer Berufsfelder z.B. in der Telekommunikation und Mikrotechnik erhalten und stärken. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass bürokratische Hemmnisse bei der Begründung von Ausbildungsverhältnissen abgebaut werden.

- Es ist zu prüfen, wie der Mittelstand, insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen, zielgerichtet von den Pflichtdiensten so weit wie möglich befreit werden kann. Dies kann z.B. über längere Erhebungsfristen beim Steuereinzug oder großzügigere Begrenzungen bei der amtlichen Statistik geschehen und über die weitere Einführung von Geringfügigkeitsgrenzen und Pauschalierungen.

Reform des Flächentarifvertrags

Der Flächentarifvertrag, der die Arbeitsverhältnisse bis ins Detail bundeseinheitlich regelt, passt nicht mehr in die Landschaft. Undifferenzierte Einheitsregelungen missachten die betriebliche Wirklichkeit und gefährden auf diese Weise Arbeitsplätze sowie unternehmerische Existenzen. Sie wirken investitionsemmend und sind insbesondere bei Unternehmensgründungen kontraproduktiv.

Deshalb haben die Tarifparteien in den letzten Jahren vermehrt das Instrument der tariflichen Öffnungsklauseln eingesetzt. Die Interessen kleiner Unternehmen spiegeln sich z.B. in so genannten Kleinbetriebsklauseln wider. Aber die Reform des Flächentarifvertrags, insbesondere die stärkere Berücksichtigung der Interessen des Mittelstands, muss beschleunigt werden. Die Tarifparteien bleiben aufgefordert, den Spielraum zu tariflichen Öffnungsklauseln im Interesse von mehr Beschäftigung noch häufiger zu nutzen.

Darüber hinaus ist aber auch der Gesetzgeber aufgefordert, seinen Beitrag zur Reform der Tarifverträge durch Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu leisten. Durch Änderung des Tarifvertragsgesetzes ist das so genannte Günstigkeitsprinzip in Richtung Beschäftigungssicherung zu erweitern. Danach wäre die Abweichung vom Tariflohn nach unten dann zulässig, wenn dadurch Arbeitsplätze gesichert werden. Was Holzmann diesbezüglich zugebilligt wurde, nämlich aus dem Flächentarif auszusteigen, muss für den Mittelständler erst recht erlaubt sein. Mehr Chancen für den Mittelstand bedeutet mehr tarifpolitische Maßnahmen und keine Konfektionsware. Arbeitsplätze und betriebliche Existenzen werden damit gesichert.

Die staatliche Verordnung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ist abzuschaffen. Es fällt auf, dass in der Vergangenheit Allgemeinverbindlichkeitserklärungen vor allem in Branchen mit einer hohen Zahl von Kleinbetrieben abgegeben wurden. Durch eine Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung erhöht sich der Druck auf die Tarifparteien, bei ihren Abschlüssen die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen stärker zu berücksichtigen. Das Recht und die Pflicht, soziale und arbeitsrechtliche Standards zu setzen, ist Aufgabe des Gesetzgebers.

Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden begrenzen

Die **F.D.P.** hat sich nachdrücklich gegen eine Ausweitung des gesetzlichen Spielraums für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ausgesprochen. Deshalb hat Rheinland-Pfalz die gesetzliche Regelung, wonach Kommunen nur dann ein wirtschaftliches Unternehmen errichten dürfen, wenn sie belegen, dass die Aufgabe

von privaten Dritten nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt wird werden kann. Darüber hinaus fordert die **F.D.P.**, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks, des Handels, der Freiberufler sowie der mittelständischen Wirtschaft beizutragen sowie auf faire Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Regionen zu achten.

Privatisierung öffentlicher Aufgaben voranbringen

Die staatlichen Aufgaben gehören in einer marktwirtschaftlichen Ordnung permanent auf den Prüfstand. Die Privatisierung ist insofern als ordnungspolitische Daueraufgabe zu begreifen, die der Ausschöpfung von Effizienzpotenzialen dient. Privatisierung ist eine Investition in Wettbewerb, Innovation und Effizienz. Sie dient der Stärkung des Standortes Rheinland-Pfalz und damit des Standortes Deutschland.

Nach der in den letzten Jahren erfolgreich angelaufenen Privatisierung von öffentlichem Beteiligungsbesitz insbesondere auf Bundesebene muss nun verstärkt das Augenmerk auf Aufgabenprivatisierungen gelegt werden. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben ist gleichbedeutend mit der Stärkung mittelständischer Unternehmen. Die öffentlichen Serviceleistungen werden vielfach durch Private bereits angeboten und sind in erster Linie Betätigungsfelder kleiner und mittlerer Unternehmen.

Besondere Privatisierungspotenziale gibt es nach wie vor auf kommunaler Ebene. Dabei bleibt auch die Privatisierung von Beteiligungen der Kommunen auf der Tagesordnung. Insbesondere sind kommunale Anteile an überregionalen Energieversorgungsunternehmen zu veräußern.

Im Kammerwesen eigene Angelegenheiten der Wirtschaft ohne Eingriff des Staates regeln

Die Pflichtmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Wirtschaft eigene Angelegenheiten ohne Eingriff des Staates effizient und kostengünstig regelt. Seit 1999 gibt es beim Kammerbeitrag einen Grundfreibetrag für Kleingewerbetreibende mit jährlichen Erträgen von nicht mehr als 10.000 Mark. Der Freibetrag bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ist auf 30.000 Mark verdoppelt worden. Die Zahl der befreiten Unternehmen kann auf ein Drittel aller Kammermitglieder begrenzt werden. Damit ist sichergestellt, dass „wirkliche Kleinbetriebe“ von den Zahlungen befreit werden, gleichzeitig aber die breite Basis zahlender Mitglieder erhalten bleibt. Weiterhin setzt sich die **F.D.P.** dafür ein, das Kammergesetz so zu reformieren, dass Doppelmitgliedschaften bei Handwerkskammern einerseits und Industrie- und Handelskammern andererseits ausgeschlossen werden.

Kultur der Selbstständigkeit ausbauen - Existenzgründungen fördern

Strukturerneuerung durch innovationsorientierte Unternehmensgründungen ist der beste Weg zu neuen Arbeitsplätzen. Jede Existenzgründung in Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz schafft im Durchschnitt drei bis vier Arbeitsplätze. Würden sich nur fünf Prozent mehr selbstständig machen, hätten wir allein in Westdeutschland 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze.

Gerade die kleinen und mittleren Betriebe, darunter insbesondere die Neugründungen, sind in der Lage, auf eine rasch wechselnde Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen vor Ort flexibel zu reagieren. Ihnen gehört im regionalen Wirtschaftsgeschehen die Zukunft.

Deutschland braucht neue Unternehmer dringender denn je. Die Selbstständigenquote ist im europäischen Vergleich sehr niedrig. Unser Potenzial ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Die **F.D.P.** fordert daher, in Wirtschaft und Gesellschaft eine Kultur der Selbstständigkeit zu fördern, in der der Einzelne mehr Verantwortung für sich und andere trägt und in der er das nicht als Last, sondern als Chance begreift. Dies gilt insbesondere für die Unternehmen, denn heute und in Zukunft muss sich die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft in einer gesteigerten Innovationsfähigkeit erweisen.

Entscheidend ist ein gesellschaftliches Klima, das unternehmerische Leistungen anerkennt. Nur wenn junge Menschen das Gefühl haben, dass ihre Leistung und Eigeninitiative als Selbstständige gesellschaftliche Anerkennung findet, werden sie auch motiviert, das Risiko der Selbstständigkeit einzugehen. Die Diskussion um die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhebung einer Mindeststeuer hat exemplarisch gezeigt, wie weit die grün-rote Politik vom Neidgedanken geleitet wird. Aber eine solche Politik ist Gift für den Mittelstand.

Bereits in der Ausbildung muss Selbstständigkeit als erstrebenswertes Ziel vermittelt und die Ausbildung an Schulen und Hochschulen stärker darauf ausgerichtet werden, z. B. um durch die Förderung von Existenzgründerlehrstühlen und durch vorbildliche Ausbildungskonzepte das Gründen eines Betriebs zu lernen und junge Menschen zu ermutigen, sich selbstständig zu machen. Unter diesem Gesichtspunkt ist beispielsweise die Ausweitung der Studienangebote an den Fachhochschulen anzustreben mit dem Ziel, den Studenten in besonderem Maße während des Studiums Einblicke in betriebliche Abläufe zu geben.

Unternehmensgründungen müssen leichter werden. Ansatzpunkte hierfür sind insbesondere Information, Beratung und Genehmigungserteilung aus einer Hand, um unnötige Such- und Informationskosten zu vermeiden, Abbau überflüssiger Vorschriften und statistischer Meldepflichten sowie die Zusammenfassung des komplexen Umweltrechts zu einem Umweltgesetzbuch, damit die Unternehmen sich auf ihre eigentlichen Tätigkeiten konzentrieren können.

Neue Arbeitsplätze entstehen in Deutschland und Rheinland-Pfalz vor allem in dynamischen, innovativen mittelständischen Unternehmen und durch Existenzgründungen. Doch Zukunftstechnologien wie die Bio- und Gentechnologie

werden immer wieder verteufelt und zum Teil ins Ausland abgedrängt, Privatisierungen werden als Jobkiller bezeichnet. Der technologische Wandel darf nicht blockiert werden. Gerade unter den hohen deutschen Sicherheitsstandards sind Hochtechnologien in unserem Lande weiter zu halten und weiter zu entwickeln.

Neben dem Ausbau der Kultur der Selbstständigkeit sind die direkten Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, wie der erleichterte Zugang zu Wagniskapital, Landesbürgschaften, Zinszuschüssen und Beratungsförderung für Existenzgründungen und Existenzsicherungen fortzusetzen. Die Arbeit, die unter Führung des liberal geführten Wirtschaftsministeriums zusammen mit der neu gegründeten Investitions- und Strukturbank in Rheinland-Pfalz geleistet wird, ist zwischenzeitlich Vorbild für den Aufbau ähnlicher Strukturen in vielen Bundesländern geworden. Die Entscheidung zur Förderung richtet sich in Rheinland-Pfalz allein an dem Vorhaben aus. Die rheinland-pfälzische **F.D.P.** setzt sich dafür ein, dass dieser erfolgreiche Kurs fortgesetzt wird.

Bessere Rahmenbedingungen für die betriebliche Ausbildung schaffen

Von der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen durch die Wirtschaft profitiert die ganze Gesellschaft. Unser System der beruflichen Bildung ist der beste Garant dafür, dass die Jugendlichen eine persönliche Lebensperspektive erhalten und dem Arbeitsmarkt qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus werden die Jugendarbeitslosigkeit reduziert, soziale Probleme verringert und teure staatliche Ausbildungsprogramme überflüssig. Zur dualen Berufsausbildung gibt es keine annähernd gleichwertige Alternative.

Für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft ist es von besonderer Bedeutung, dass Existenzgründer und junge innovative Unternehmen ausbilden, weil sie die sicheren Arbeitsplätze von morgen schaffen. Gerade für junge und kleine Unternehmen ist aber die Ausbildung besonders belastend und teuer. Durch Ausbildungsprämien für Existenzgründer und junge Unternehmen wird die Schaffung zukunftsträchtiger Ausbildungs- und Arbeitsplätze nachhaltig unterstützt.

Zu prüfen ist, ob das Eigenkapitalhilfeprogramm der Deutschen Ausgleichsbank zur Förderung selbstständiger Existenz durch das Förderkriterium „Zusätzliche Ausbildungsplätze“ ergänzt werden kann. Die Belohnung der Ausbildungsleistung des Existenzgründers würde dann an der vielfach zu knappen Kapitalbasis junger Unternehmen ansetzen.

Völlig verfehlt wäre die Einführung einer Ausbildungsabgabe. Durch sie werden Unternehmen abgestraft und zusätzlich belastet. Sie gefährdet damit bestehende Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die Ausbildungsplatzabgabe verursacht neue, unübersehbare Bürokratiebelastungen und schafft Anreize, sich durch Zahlung der Abgabe von der Ausbildungsleistung freizukaufen. Die **F.D.P.** lehnt eine solche Abgabe daher strikt ab.

Mittelstandsorientierte Arbeitsmarktpolitik

In der Beschäftigungspolitik ist eine Umorientierung notwendig. Dabei müssen die Bedürfnisse des Mittelstandes als bedeutendstem Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber ausdrückliche Berücksichtigung finden.

Der Weg, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) auf Dauer massiv auszuweiten, führt in die falsche Richtung. Durch ABM werden die strukturellen Probleme der Arbeitslosigkeit nicht gelöst, sondern nur verdeckt und zudem staatlich subventionierte Konkurrenz für den Mittelstand geschaffen und somit ein effizienter Einsatz von Mitteln verhindert. Das beschäftigungspolitische Instrumentarium muss stärker auf die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen ausgerichtet werden. Notwendig ist eine an den realen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtete Qualifizierung von Arbeitslosen. Darüber hinaus muss durch die Einführung einer Negativsteuer ein Anreiz zur Aufnahme von Arbeit geschaffen werden und das Lohnabstandsgebot stärker als bisher Berücksichtigung finden. Das System der Negativsteuer eröffnet neue Chancen der Beschäftigung im Niedriglohnbereich und erhöht die Transparenz unserer Sozialbürokratie.

Unternehmensnachfolge

In vielen mittelständischen Betrieben unseres Landes stehen weit reichende Entscheidungen an: Insgesamt werden in den kommenden fünf Jahren ca. 18.000 rheinland-pfälzische Betriebe einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin finden müssen. In diesen Betrieben sind rund 220.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hier müssen die Politik, die Kammern und das Bankenwesen gemeinsame Beratungs- und Finanzierungskonzepte, speziell zugeschnitten auf die Herausforderungen einer Betriebsnachfolge, entwickeln und anbieten.

Regelungen gegen so genannte Scheinselbstständigkeit und geringfügig Beschäftigte zurücknehmen – Flexibilisierung der Arbeit und der Arbeitszeit

Wie erste Erfahrungen mit dem Gesetz gegen die so genannte Scheinselbstständigkeit zeigen, behindern die darin enthaltenen Regelungen massiv die Gründung von Existenz. Zudem werden bisher Selbstständige und Freiberufler bei der Vergabe von Aufträgen ohne Not ausgeschlossen und verlieren dadurch die Grundlage für ihren Lebensunterhalt.

Vor allem die Beschränkung auf nur wenige Klassifikationsmerkmale hat zu der unverhältnismäßigen Ausweitung des Kreises der so genannten Scheinselbstständigen und der arbeitnehmerähnlichen Selbstständigen durch den Gesetzgeber geführt. Nach diesem Katalog gilt jeder als scheinselbstständig, der in seinem Betrieb keinen weiteren Beschäftigten hat oder nur für einen einzigen Auftraggeber arbeitet. Dies ist aber gerade bei Existenzgründungen in der Startphase die Regel.

Die **F.D.P.** fordert die Bundesregierung daher auf, den geltenden Katalog zur Erfassung von so genannten Scheinselbstständigen umgehend aufzuheben. Zudem

spricht sich die F.D.P. dafür aus, die jetzt als Übergangsregelung mögliche Befreiung von Existenzgründern von der Versicherungspflicht in den gesetzlichen Kassen auf Dauer einzuführen.

Bereits drei Wochen nach der Neuregelung bei den 630-Mark-Jobs haben viele Nebenbeschäftigte die Arbeitsverhältnisse beendet, auch weil sich für sie Leistung nicht mehr lohnt. Für viele fleißige Bürger und ihre Familien ist dadurch eine wichtige reguläre Zusatzeinnahmequelle verschüttet. In den betroffenen Branchen wird viel Arbeit nicht mehr erledigt und die Flexibilität der Betriebe erheblich eingeschränkt. Der volkswirtschaftliche Schaden, auch durch die zunehmende Schwarzarbeit, ist nicht abzusehen.

Gerade für viele mittelständische Unternehmen sind flexibel einsetzbare Mitarbeiter die Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Existenz. Dies gilt insbesondere für den großen Bereich der Dienstleistungen und des Handwerks. Dienstleistungen lassen sich oft nicht auf Halde produzieren. Sie müssen dann erbracht werden, wenn sie gebraucht werden.

Rheinland-Pfälzisches Mittelstandförderungsgesetz

Auch künftig sollen Landesmittel für die Ziele des Mittelstandförderungsgesetzes bereitgestellt werden. Dies gilt insbesondere für

- Anreize zur Gründung unternehmerischer Existzenzen,
- die Verbesserung der Eigenkapitalbasis (beispielsweise Venture Capital) und der Möglichkeit zur Fremdfinanzierung (z.B. Zinszuschussprogramm),
- den Transfer von Wissen und Technologien aus den Hochschulen und Forschungs- und Entwicklungsinstituten,
- die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren,
- die Betriebsberatung zur Leistungsverbesserung,
- die Kooperation von Unternehmen zur Stärkung ihrer Marktposition,
- Aus- und Weiterbildung in Unternehmen zur Sicherung und Erhaltung ihrer Substanz.

MITTELSTANDSFREUNDLICHES STEUERRECHT

Die mittelständischen Unternehmen in Rheinland-Pfalz benötigen eine Einkommens- und Unternehmenssteuerreform, die den Namen auch tatsächlich verdient und für alle Bürger eine echte Nettoentlastung bringt. Die F.D.P. Rheinland-Pfalz fordert eine Steuerreform aus einem Guss – niedrig, einfach und gerecht.

Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, erhalten Unternehmen, Selbstständige, Freiberufler und Unternehmensgründer die notwendigen finanziellen Freiräume, um Investitionen in Produkt, Verfahren und Markt zu tätigen und damit Innovationen voranzutreiben. Nur dann sind sie in der Lage, ihre Wettbewerbsfähigkeit in den globalisierten Märkten zu erhalten und auszubauen. Unternehmensgründer erhalten durch eine grundlegende Steuerreform vermehrte Anreize, ihre Unternehmensidee tatsächlich zu realisieren. Eine Steuerreform – niedrig, einfach und gerecht – schafft neue Arbeitsplätze und sichert vorhandene.

Die F.D.P. Rheinland-Pfalz unterstützt den Steuerreformvorschlag der Bundespartei mit folgenden Kernpunkten:

Einheitlicher und einfacher Dreistufen-Steuertarif

Wir wollen einen einheitlichen und einfachen Dreistufen-Steuertarif (15 Prozent, 25 Prozent, 35 Prozent) für alle Einkommensarten – bei Steuerfreiheit des Existenzminimums. Er soll für die private Einkommensphäre der Bürger ebenso gelten wie für den gewerblichen/betrieblichen Bereich der Selbstständigen, Land- und Forstwirte, Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften. Die Unterscheidung zwischen Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Gewerbeertragssteuer kann entfallen. Das Ehegattensplitting bleibt ebenso erhalten wie die Kombination aus Kindergeld und Kinderfreibeträgen. Betriebsausgaben und Werbungskosten als Aufwendungen, die der Einkommenserzielung dienen, können abgezogen werden ("Nettoprinzip").

Abschaffung der Gewerbeertragsteuer

Für die Gewerbesteuer, die Unternehmen und damit insbesondere Arbeitsplätze belastet, ist bei diesem einheitlichen Stuftentarif kein Platz mehr. Sie ist abzuschaffen. Das ist Voraussetzung dafür, dass alle Steuerpflichtigen unter Einbeziehung der Unternehmen gleich behandelt werden können. Die Gemeinden erhalten zur Bewahrung ihrer Finanzautonomie und als finanziellen Ausgleich ein eigenes Hebesatzrecht auf ihren Anteil am Einkommensteueraufkommen und einen auf die Wirtschaftskraft bezogenen Anteil an der Umsatzsteuer.

Solidarität mit den neuen Bundesländern erhalten

Die Solidarität mit den neuen Bundesländern bleibt eine zentrale Aufgabe deutscher Politik. Zur Schaffung vergleichbarer Lebensverhältnisse werden noch auf längere Zeit

Transferzahlungen an die neuen Bundesländer erforderlich sein. Die Finanzierung erfolgt über den Bundeshaushalt. Tarifzuschläge und Sonderabgaben wie der bisher erhobene so genannte Solidaritätszuschlag widersprechen dem Sinn eines einheitlichen Steuertarifs. Der Solidaritätszuschlag muss deshalb abgeschafft werden.

Ungleichbehandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften beseitigen

Die Ungleichbehandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften, wie sie durch die Steuerreform der grün-roten Bundesregierung zum Nachteil der Personengesellschaften eingeführt wurde, muss wieder abgeschafft werden. Gerade Mittelstand und Freiberufler werden dadurch stark benachteiligt.

Einführung Abgeltungssteuer von einheitlich 25 Prozent auf Zinseinkünfte

Im Interesse hoher Wettbewerbsfähigkeit deutscher Arbeitsplätze durch gute Kapitalausstattung und im Interesse des Finanzstandorts Deutschland fordert die F.D.P. eine Abgeltungssteuer von einheitlich 25 Prozent, die bei Kleinsparern auf Antrag angerechnet wird. Die Erfahrungen unseres Nachbarlandes Österreich zeigen, dass eine Abgeltungssteuer, die generell und anonym erhoben wird, von den Bürgern akzeptiert wird und den Kapitalmärkten erhebliche Mittel zum Nutzen der Volkswirtschaft zuführt.

Finanzierung der Reform

Da die Höhe der Abgaben- und Steuerquote wie auch die Verschuldung das vertretbare Maß längst erreicht haben, muss der Staat sich zurücknehmen, um Mittelstand und private Haushalte nachhaltig entlasten zu können. Zur Finanzierung der Reform schlägt die F.D.P. im Einzelnen vor:

• Strikte Sparpolitik aller öffentlichen Haushalte

Der Steuerverschwendungen sagen wir den Kampf an. Die Ausgaben werden in ihrem Gesamtvolumen eingefroren. Die erwarteten Steuer-Mehreinnahmen stehen voll zur Finanzierung der niedrigeren Steuersätze zur Verfügung.

• Verbreiterung der Bemessungsgrundlage

Durch den konsequenten Abbau von steuerlichen Ausnahmetbeständen wird die Bemessungsgrundlage verbreitert. Ausnahmetbestände sind bei niedrigen Steuersätzen überflüssig.

• Selbstfinanzierung der Steuerentlastung

Niedrigere Steuertarife werden zu einem wirtschaftlichen Aufschwung unserer Volkswirtschaft führen. Neue Investitionen und Arbeitsplätze werden die Steuerbasis breiter und verlässlicher machen. Arbeit wird billiger, Investitionen werden lohnender, neue Arbeitsplätze reduzieren staatliche Transferleistungen und schaffen mehr Steuerzahler. Dadurch wird sich die Steuerentlastung weitgehend selbst finanzieren.

ENERGIE

Eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung ist für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz von existentieller Bedeutung. Energie zu marktwirtschaftlichen Preisen sichert Arbeitsplätze, Wohlstand und die Qualität des Wirtschaftsstandortes.

Die F.D.P. sieht es als Aufgabe des Staates an, dafür zu sorgen, dass die Energieversorgung langfristig gesichert bleibt, indem alle technischen, ökonomischen und politischen Optionen offen gehalten werden. Es soll auch weiterhin ein ausgewogener Energieträgermix erhalten bleiben. Die Erschließung neuer Energietechniken muss gezielt gefördert werden. Um die Umweltbelastungen aus der Energieumsetzung so gering wie möglich zu halten und unnötigen Energieverbrauch zu vermeiden, ist eine rationelle und regenerative Energienutzung in allen Verbrauchssektoren notwendig und an vorbildlichen Modellvorhaben zu demonstrieren.

Die F.D.P. setzt sich aus der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen ein:

- Für einen sparsamen und rationalen Umgang mit den Energiressourcen;
- für staatliche Rahmenbedingungen, die sicherstellen, dass Energie nachfragegerecht angeboten wird und dass der Zugang zu jeder Art von Energierrource offen bleibt;
- für gleiche Entwicklungschancen aller technologischen Optionen, auch der Kernenergie, im Interesse des Fortschritts und der Wirtschaftlichkeit;
- für die Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte auf allen Stufen der Energieversorgung;
- für den Grundsatz der Nachhaltigkeit; sie wirkt im politischen Raum auf eine Anerkennung dieses Grundsatzes hin, indem sie den richtigen Umgang mit Energie als eine Generationen übergreifende Aufgabe der Gesellschaft durchgängig in die politischen Aktivitäten einbezieht.

Die F.D.P. in Rheinland-Pfalz setzt sich für eine sichere, wettbewerbsfähige und umweltschonende Energieversorgung ein und fordert dazu auf, den Ausbau der rationalen und regenerativen Energienutzung in allen Verbrauchssektoren in Rheinland-Pfalz mit gezielten Aktionen zu fördern.

Im Einzelnen vertritt die F.D.P. folgende Positionen:

Die positiven Effekte der von der F.D.P. bewirkten Liberalisierung des Energiemarktes müssen bis zum Endkunden durchdringen. Die dadurch wegfallenden Mittel zur Quersubventionierung des ÖPNV und anderer kommunaler Aufgaben machen einen marktgerechteren Betrieb der damit beauftragten Stadtwerke erforderlich. Diese nach wie vor notwendigen kommunalen Aufgaben müssen weiterhin von der Gesellschaft finanziert werden, allerdings nicht durch eine Verteuerung der Energie. Die jetzt erzielte Transparenz und Steigerung der Wirtschaftlichkeit kommunaler Einrichtungen ist daher eine gewünschte Folge der Liberalisierung des Energiemarktes.

Die F.D.P. spricht sich gegen das von der grün-roten Bundesregierung geschaffene „Öko-Steuer“-Gesetz aus, weil dieses weder eine ökologisch sinnvolle

Lenkungsfunktion hat, noch eine Systematik bei der Berücksichtigung effizienter Energieanwendungen enthält und weil sich diese so genannte „Öko-Steuer“ insgesamt negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auswirkt.

Die **F.D.P.** setzt sich dafür ein, dass Abgaben auf Energie, wie Steuern und Sonderabgaben nur mit dem Ziel der Energieeinsparung und Emissionsminderung und nur mit zeitlicher Begrenzung eingesetzt werden. Die eingesetzten ökonomischen Instrumente müssen in ihrer Wirkung kontinuierlich überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden.

Die **F.D.P.** fordert eine laufende Überprüfung des Strom einspeisegesetzes hinsichtlich seiner Wirkung zur optimalen Förderung regenerativer Energien. Dies soll dafür sorgen, dass die regenerative Energienutzung an optimalen Standorten bevorzugt wird und die Einbindung der regenerativen Energien in integrierte Energiesysteme zu ihrer möglichst optimalen Nutzung beiträgt. Es darf keine Dauersubvention geben, schon gar nicht von Systemen ohne ausreichende Rentabilität oder ohne Zukunftsaussichten.

Die **F.D.P.** unterstützt das von Deutschland ausgesprochene Klimaschutzversprechen (CO₂-Ziel), das über der im Protokoll von Kioto vereinbarten Marke liegt.

Die **F.D.P.** fordert eine europaweite Harmonisierung der politischen Rahmenbedingungen für die Umweltpolitik, um einseitige ökonomische Nachteile zu vermeiden. Es soll eine marktwirtschaftliche Lösung zur Berücksichtigung ökologischer Auswirkungen herangezogen werden, zum Beispiel handelbare Emissionszertifikate, wie sie im Protokoll von Kioto vorgesehen sind. Daraus könnte auch die Anschubförderung rationeller und regenerativer Energiesysteme finanziert werden.

Die **F.D.P.** setzt sich dafür ein, dass die Kraft-Wärme-Kopplung noch intensiver als bisher eingesetzt wird, weil ihr Potenzial zu einer weiteren Verbesserung der energiewirtschaftlichen Leistung sehr groß ist. Für die durch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen reduzierten Emissionen sollten Gutschriften erteilt werden, solange ihre herausragende Rolle bei der Ressourcenschonung nicht durch Kohlendioxidemissionsrechte oder andere Instrumente betriebswirtschaftlich berücksichtigt wird. Dies gilt für jede Art effizienter Kraft-Wärme-Kopplung, also auch für die Anwendung dieser Technik in der Industrie.

Die **F.D.P.** begrüßt neue Organisationsformen bei der Investition in Energiesysteme wie Contracting, die zur Ressourcenschonung und Einführung neuer Techniken nach marktwirtschaftlichen Regeln beitragen.

Die **F.D.P.** begrüßt die in Eigenverantwortung geschaffenen freiwilligen Programme, wie die "grünen Stromtarife" oder das Angebot von "Naturstrom", die gezielt zur Förderung regenerativer Energien beitragen.

Die **F.D.P.** setzt sich für eine Förderung von Verkehrssystemen ein, deren spezifischer Primärenergieverbrauch besonders niedrig ist, wie den ÖPNV, den schienengebundenen Verkehr oder Verkehrsverbünde und fordert einen verstärkten Einsatz energieeffizienter Antriebssysteme.

Die **F.D.P.** sieht Möglichkeiten zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen durch dezentrale Energieanlagen und dezentrale Energieeinsparmaßnahmen. Dezentrale Strukturen sollen in modellhaften Energievorhaben gefördert werden. Dabei sollen jene bevorzugt werden, mit denen Arbeitsplätze in den Regionen geschaffen werden.

Die **F.D.P.** sieht es als staatliche Aufgabe an, das Wissen über den qualitativen Umgang mit Energie zu fördern. Die Kenntnis über den Energieverbrauch und das Wissen um die Möglichkeiten, diesen zu reduzieren, muss im Laufe der Ausbildung bereits in den Schulen, aber auch in der Weiterbildung für Architekten, Ingenieure, Handwerker und durch stetige Beratung und Information der Haushalte gefördert werden. Auch an den Hochschulen soll die rationelle und regenerative Energienutzung stärker betont werden.

Die **F.D.P.** sieht zur systematischen Bearbeitung dieser Aufgabe einen Aktionsplan vor. Ein Ziel des Aktionsplanes ist es, private Haushalte, Kleinverbraucher, Unternehmen und Verkehrsteilnehmer zur rationalen und regenerativen Energienutzung zu motivieren. Dazu sollen für die verschiedenen Verbrauchssektoren Kommunikationsplattformen in Städten und Regionen eingerichtet werden (z.B. "Ökoprofit"). Beim Energieverbraucher soll das Bewusstsein für den Umgang mit Energie durch Informationsaktionen sensibilisiert und das Wissen über den quantitativen Umgang mit Energie gefördert werden.

Weiterhin sollen Produktions-, Handwerks- und landwirtschaftliche Betriebe bei der Einführung neuer Energiesysteme unterstützt werden. Die **F.D.P.** sieht für die mittelständische Wirtschaft eine Einstiegsberatung in betriebliche Energiekonzepte mit rationeller Energienutzung vor.

Die **F.D.P.** sieht auch für öffentliche Einrichtungen ein Aktionsprogramm vor. Grundlage für das Aktionsprogramm sind Energieentwicklungskonzepte. Damit sollen die anderen Aufgabenfelder, die Einfluss auf den Energieverbrauch haben, berücksichtigt werden. Das sind die Abfallwirtschaft, die Bauwirtschaft, die Land- und Forstwirtschaft, die Raumplanung, der Verkehr und der Umweltschutz.

Die Landesmittel für die Förderung rationeller und regenerativer Energiesysteme sollen nach Prioritäten gemäß nachvollziehbaren Effizienzkriterien erhöht werden. Notwendig ist eine kontinuierliche Förderung, wenn auch mit niedrigeren Fördersätzen. Infolge der erhöhten Einspeisevergütung hat die Windenergie-Nutzung auch in Rheinland-Pfalz eine rasante Entwicklung genommen. Der Einsatz der Landesfördermittel könnte sich deshalb auf andere regenerative Energiesysteme, wie Wasserkraft, Solarthermie, Biomasse usw. ausrichten. In der Photovoltaik soll vor allem auf das 100.000-Dächer-Programm der Bundesregierung zurückgegriffen werden.

Forschung und Entwicklung an Hochschulen sollen auf speziellen Energietechnologiefeldern wie regenerative Energien und rationelle Energienutzung gefördert werden.

Die Entwicklung regenerativer Energiequellen und deren Einsatz soll weiter gefördert, in den Regionen sollen Modellprojekte realisiert werden. Rheinland-Pfalz, das unter

den Bundesländern die prozentual größte Waldfläche hat, sollte insbesondere Maßnahmen mit Energieholznutzung fördern.

Die rheinland-pfälzischen KMU sollen bei der Einführung der energetischen Restholznutzung beratend unterstützt werden.

Die Entwicklung der Holzenergieverstromung an den Hochschulen soll weiter gefördert werden. Rheinland-Pfalz kann sich auf diesem Spezialgebiet hervortun und die technische Umsetzung der Entwicklungen in regionalen Unternehmen unterstützen.

Es ist zu begrüßen, dass die Energieagentur des Landes Rheinland-Pfalz "Effizienzoffensive Rheinland-Pfalz (EOR)" im Unterschied zu den Energieagenturen anderer Bundesländer auf der Eigenverantwortung der Wirtschaft aufbaut. Sie bietet den am Markt Tätigen die Möglichkeit der aktiven Einbindung.

Die **F.D.P.** begrüßt die Durchführung der Energietage Rheinland-Pfalz und schlägt einen jährlichen Energietag als dauerhafte Einrichtung für das Land vor. Diese Energietage sollen, ergänzt durch spezielle Energeworkshops, dazu beitragen, in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und in den Kommunen das Wissen darüber zu erweitern, wie die Energieversorgung auch in Zukunft sicher, rationell, umweltfreundlich und bezahlbar gestaltet werden kann.

TOURISMUS

Tourismus entwickelt sich in unserem Land zu einem immer bedeutsameren Wirtschaftsfaktor.

Wir müssen den Wandel im Tourismus verstärkt als Chance zur Gestaltung der Regionen nutzen.

Im Tourismus haben in den letzten Jahren große Umwälzungen stattgefunden: Stark veränderte Wettbewerbssituationen, neue Technologien, neue Vermarktsstrategien, Konzentration der Reisevermittler und zunehmende Reiseerfahrung der Gäste bei größerer Transparenz und besserer Vergleichbarkeit der Angebote bestimmen heute die Arbeit in dieser Branche.

Bei weiter steigender Tendenz bietet die Tourismusbranche in Rheinland-Pfalz mit durchschnittlich 20 Millionen Übernachtungen und einem jährlichen Umsatz von sieben Milliarden Mark derzeit jeden zwölften Arbeitsplatz.

Servicebereitschaft und Preis-Leistungsverhältnis liegen auf einem guten Niveau. Die touristischen Regionen In Rheinland-Pfalz sind mit ihren Landschaften, Kulturgütern und insbesondere dem Wein, aber auch zahlreichen anderen regionaltypischen Produkten die wesentlichen Bausteine, um den stets neuen Herausforderungen des globalen Wettbewerbs erfolgreich begegnen zu können.

Für die weitere erfolgreiche Entwicklung des Tourismus in Rheinland-Pfalz fordert daher die **F.D.P.**

- die professionelle Vermarktung der Regionen durch Regionalagenturen: Sie sollen dem Touristen schnell buchbare und kundenorientierte Angebote unterbreiten sowie die einzelnen Angebote für Erlebnistourismus vermarkten;
- den raschen Ausbau der neu gegründeten Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH: Sie soll als Dach der Regionalagenturen und damit überregional marktgerechtes Destinations- und Themenmanagement wie z.B. Kultur- und Fahrradtourismus vorantreiben;
- die bessere Nutzung neuer Angebotswege wie Direktvertrieb über Reservierungszentralen, e-commerce, Reiseveranstalter und Reisebüros,
- die Verbesserung des Erfahrungsaustausches zwischen touristischen Forschungsinstituten wie dem Europäischen Tourismus Institut (ETI) in Trier und den im Tourismus Tätigen durch Expertenpools und Qualifizierungsmaßnahmen,
- die grenzüberschreitenden öffentlichen und privaten Kooperationen zu fördern, weil der Tourismus eine Vorreiterfunktion für das Zusammenwachsen von Regionen und Staaten in der EU besitzt,

- den Aufbau einer Marketingstrategie für die Kurorte unseres Landes zu ihrer besseren Positionierung auf dem Markt des Gesundheitstourismus,
- den Aufbau und die Weiterentwicklung von National- und Naturparks,
- die Verbesserung touristischer Angebote für Menschen mit Behinderungen, damit auch im Freizeit- und Gesundheitsbereich deren Integration sichergestellt wird,
- die Erweiterung der Möglichkeiten des Familientourismus,
- attraktive Einrichtungen für den aktiven Individualtouristen (Zweiturlauber),
- den Ausbau seniorengerechter Urlaubsformen,
- eine Offensive für Urlaub auf dem Land: familienfreundliche und naturnahe Tourismusangebote haben hier eine wichtige Funktion zum Erhalt der Kulturlandschaft und der regionalen Profile,
- die Privatisierung der Staatsbäder in der Verantwortung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau als wirtschaftspolitische Herausforderung, weil deren Leistung von privaten Anbietern ebenso erbracht werden kann,
- Tourismusschwerpunkte auch in der Verkehrsplanung noch stärker zu beachten durch
 - aktive Mithilfe des Landes bei der Erhaltung touristisch bedeutsamer Bahnstrecken,
 - Entlastung der Tourismusorte vom Durchgangsverkehr und
 - Ausbau des Radwegenetzes.

Alle genannten Forderungen dienen dazu, die mittelständische Struktur der rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe zu sichern und auszubauen.

Dem gleichen Ziel dient auch die Forderung, staatliche Fremdenverkehrseinrichtungen zu privatisieren.

Weiterhin tritt die **F.D.P.** im wohlverstandenen Interesse des Fremdenverkehrs dafür ein,

- den Fremdenverkehr als Lobbyisten der Umwelt zu nutzen;
- zu großen Belastungen der Umwelt in einzelnen Fremdenverkehrsorten oder - gebieten vorzubeugen;
- touristische Großprojekte wie Feriendorfer oder Freizeitparks einer Umweltverträglichkeitsprüfung unter Berücksichtigung der ökologischen Vorbelastung zu unterziehen;
- den Natur- und Landschaftsschutz zu verstärken sowie
- Fremdenverkehrsmaßnahmen mit den Erfordernissen des Denkmalschutzes und einer bewahrenden Stadt- und Dorferneuerung in Einklang zu bringen.

Aktive Tourismuspolitik nach den Vorstellungen der **F.D.P.** schafft auch Arbeitsplätze in einer aufstrebenden und ausbaufähigen Zukunftsbranche unseres Landes.

Zur Verbesserung des touristischen Angebots in Rheinland-Pfalz gehört es auch, die Gaststättenverordnung den heutigen Anforderungen anzupassen:

Die rheinland-pfälzische Gaststättenverordnung soll dahingehend geändert werden, dass

- die allgemeine Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten um 5.00 Uhr beginnt und um 6.00 Uhr endet,
- in der Nacht zum Samstag, zum Sonntag und zu einem gesetzlichen Feiertag die Sperrzeit aufgehoben wird,
- die Entscheidungskompetenz, welche Sperrzeit den Gegebenheiten vor Ort am besten entspricht, auf die kommunale Ebene verlagert wird.

VERKEHR

Eine innovative Verkehrspolitik, die sich an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientiert, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung der Lebensqualität und die Stärkung der Wirtschaftskraft in Rheinland-Pfalz.

Unter der Verantwortung der F.D.P. hat sich unser Land einen Spitzenplatz in der deutschen Verkehrspolitik erarbeitet: Der Ausbau des Straßennetzes, die Einführung des "Rheinland-Pfalz-Taktes", die Neustrukturierung des öffentlichen Personennahverkehrs mit landesweiten Verkehrsverbünden (ÖPNV), die Einrichtung von Güterverkehrszentren, der Flughafen Hahn, der Ausbau des Nürburgrings zum führenden europäischen Motorsport-Zentrum, die führende Rolle in der Verkehrssicherheit und der Ausbau des Radwegenetzes in großräumigen Zusammenhängen sind Beispiele für die erfolgreiche Verkehrspolitik. Und diese Politik will die F.D.P. fortsetzen.

Am Beginn des neuen Jahrhunderts stehen wir vor großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Gerade für das Land Rheinland-Pfalz im Herzen Europas ist die zukünftige Verkehrspolitik von zentraler Bedeutung. Durch die Einrichtung eines Mobilitätsfonds will die F.D.P. dieser Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur Rechnung tragen. Um die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz zu gewährleisten, sollen in der nächsten Legislaturperiode jährlich 200 Millionen Mark für diese Aufgabe bereitgestellt werden.

Ziele liberaler Verkehrspolitik

- Liberale Verkehrspolitik gewährleistet die freie Wahl der Verkehrsmittel in den Grenzen, die durch die Belastung von Mitbürgern und Umwelt gezogen werden müssen. Aufgabe des Staates ist es aus liberaler Sicht, die Mobilität der Bürger verantwortungsbewusst zu ermöglichen, der Wirtschaft eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen und die Umwelt vor vermeidbaren Belastungen zu schützen. In diesem Rahmen kommen marktwirtschaftlichen Strategien der Verkehrsvermeidung, der Stärkung umweltfreundlicher Verkehrsmittel sowie der intelligenten Verkehrslenkung eine große Bedeutung zu. Die Liberalen lehnen eine Diskriminierung des Straßenverkehrs ab.
- Die Grundsätze der Marktwirtschaft müssen auch im Verkehr gelten. In diesem Zusammenhang ist eine gerechte Anrechnung der tatsächlichen Wegekosten für jeden Verkehrsträger unerlässlich. Auch die Umweltverträglichkeit der Verkehrsmittel muss sich in den Kostenbelastungen widerspiegeln.
- Der Ausbaustandard der Verkehrswege in Rheinland-Pfalz hat grundsätzlich inzwischen ein hohes Niveau erreicht. Dennoch sind zur Anpassung der Verkehrswege an die veränderten ökologischen, wirtschaftlichen, städtebaulichen und technologischen Erfordernisse insbesondere im Hinblick auf den Standort Rheinland-Pfalz im internationalen und nationalen Wettbewerb sowie unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Umwelt und der Verkehrssicherheit gezielte

Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen dringend notwendig; dies gilt insbesondere für die Schließung noch bestehender Autobahnlöcher und die Einbindung des Landes in den europäischen Schienenschnellverkehr.

- Die F.D.P. Rheinland-Pfalz bekennt sich zur nationalen Aufgabe, gleichwertige Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern zu schaffen. Dies setzt aber voraus, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den westlichen Bundesländern erhalten bleibt; der bedarfsgerechte Ausbau und die Unterhaltung der Bundesverkehrswege darf in den westlichen Bundesländern nicht vernachlässigt werden. Die F.D.P. fordert deshalb mit Nachdruck, dass in Zukunft wieder ein angemessener Anteil der Verkehrsinvestitionen des Bundes nach Rheinland-Pfalz fließt.
- Die Lage der öffentlichen Haushalte macht es erforderlich, beim Ausbau der Verkehrswege in Zukunft verstärkt privates Kapital einzusetzen, wenn anders wichtige Verkehrsprojekte zeitnah nicht verwirklicht werden können. Betreibermodelle in Verbindung mit dem Einsatz neuer Technologien sind besonders geeignet, zügig die Verkehrswege auszubauen. Die F.D.P. fordert eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung der Kriterien für privat finanzierten Fernstraßenbau. Der Einsatz privaten Kapitals beim Neubau der Verkehrswege darf nicht zu einer Erhöhung der steuerlichen Belastung des Straßenverkehrs führen. Deshalb fordert die F.D.P. eine entsprechende steuerliche Entlastung durch den Bundesgesetzgeber.
- Auch auf Landes- und kommunaler Ebene muss privat finanziert Straßenbau möglich werden. Deshalb setzt sich die F.D.P. für die Schaffung einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage in Rheinland-Pfalz ein.
- Die schwierige Situation der öffentlichen Haushalte macht es dringend erforderlich, beim Bau von Verkehrs wegen neben der Umweltverträglichkeit den Gesichtspunkten der Verkehrssicherheit, der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Maßnahmen Priorität einzuräumen.
- Für den Ausbau der Verkehrswege muss die Verträglichkeit mit der Umwelt eine entscheidende Voraussetzung sein. Dies gilt gerade auch für das relativ dicht besiedelte und landschaftlich reizvolle Land Rheinland-Pfalz; vor allem sind die noch vorhandenen natürlichen Freiräume so weit wie möglich zu erhalten und zu schützen.
- Innovative Verkehrspolitik muss auch neue Verkehrsträger wie die Magnetschwebebahnh Transrapid in ihr Gesamtkonzept einbeziehen. Die F.D.P. Rheinland-Pfalz befürwortet deshalb diese Hochtechnologie in Rheinland-Pfalz und wird die Einsatzmöglichkeit z.B. auf der Strecke Frankfurt-Hahn mit der europäischen Perspektive der Fortsetzung nach Brüssel weiterverfolgen.
- Die F.D.P. fordert die Herauslösung der Netz AG aus dem Konzern Deutsche Bahn AG mit dem Ziel, einen diskriminierungsfreien Zugang interessanter Eisenbahngesellschaften zum Schienennetz zu erreichen. Eine entsprechende

Initiative ist auch auf europäischer Ebene erforderlich, um gerade in einem Grenzland wie Rheinland-Pfalz eine grenzübergreifende Bahnpolitik zu ermöglichen, die den Bedürfnissen der Bürger wie der verladenden Wirtschaft Rechnung trägt.

- Vor dem Hintergrund weiterer Regionalisierungsüberlegungen bei der Deutschen Bahn setzt sich die **F.D.P.** dafür ein, dass die Festlegung von Verkehrsregionen unter funktionalen Gesichtspunkten getroffen und der Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern von Nahverkehrsdienstleistungen ermöglicht wird.
- Unter Berücksichtigung der Belange der Umwelt lautet der Grundsatz liberaler Verkehrspolitik: Ausbau vor Neubau und besseres Zusammenwirken der einzelnen Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasser, Luft miteinander. Gerade die bessere Nutzung und Verknüpfung der vorhandenen Kapazitäten der einzelnen Verkehrsträger durch ein modernes Verkehrsmanagement unter Einsatz elektronischer Informationstechniken (u.a. Güterverkehrszentren, Häfen, Verkehrsleiteinrichtungen, Park-and-Ride-Anlagen/Mitfahrerparkplätze, Umsteigeanlagen im öffentlichen Verkehr) können wesentlich dazu beitragen, den drohenden Verkehrsinfarkt zu verhindern. Insbesondere bei Verkehren über große Entfernungen sollten die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße noch mehr genutzt werden.
- Zur Reduzierung der Umweltbelastung und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit kommt der Technik bei den Fahrzeugen eine überragende Bedeutung zu. Insbesondere gilt es, den Durchschnittsverbrauch von Kraftstoff weiter zu senken (Drei-Liter-Auto) und durch die Umlegung der Kfz-Steuer auf den Kraftstoffpreis für die Automobilindustrie wie für Käufer und Nutzer entsprechende Anreize zu schaffen. Es müssen europaweite Anstrengungen unternommen werden, um die Qualität der Kraftfahrzeug-Treibstoffe durch weiter reduzierten Schwefel- und Benzolgehalt zu verbessern. Die **F.D.P.** unterstützt die flächendeckende Einführung von Tankstellen mit Erdgas und Biodiesel.
- Die Ungleichbehandlung von Schiene und Straße bei der Lärmsanierung ist nicht akzeptabel. Die **F.D.P.** fordert daher eine rasche Lärmsanierung zunächst vorrangig an den hochbelasteten Schienenstrecken (u.a. Rheintal). Dem aktiven und passiven Schallschutz ist in Zukunft hohe Priorität einzuräumen.
- Die Verkehrssicherheit hat aus liberaler Sicht einen hohen Stellenwert. Die Hauptunfallursache liegt dabei in den nicht angepassten Geschwindigkeiten der Verkehrsteilnehmer. Deshalb sollen insbesondere am Autobahnnetz intelligente Verkehrsbeeinflussungsanlagen (situationsbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung und Überholverbote) weiter ausgebaut werden. Eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung lehnt die **F.D.P.** dagegen entschieden ab. Die Verkehrssicherheit muss sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr durch Ordnungsmaßnahmen und durch verkehrslenkende Einrichtungen unter Einsatz der modernen Informations- und Kommunikationstechniken sowie durch technische Maßnahmen am Fahrzeug entscheidend verbessert werden. Insbesondere gilt diese Forderung im Hinblick auf die Verbesserung der

Verkehrssicherheit für Kinder und junge Menschen (u.a. Schüler-/Discounfälle) sowie für den Transport gefährlicher Güter.

Aus liberaler Sicht ist die aktive Mitwirkung der betroffenen Bürger bei allen Verkehrsplanungen im Interesse der Qualität und Akzeptanz der Baumaßnahmen unverzichtbar. Im Interesse des Gemeinwohls dürfen aber andererseits dringend erforderliche Projekte nicht durch partikulare Interessen blockiert werden.

Standort Rheinland-Pfalz im internationalen und nationalen Wettbewerb stärken

Für die **F.D.P.** ist die Sicherung und Weiterentwicklung des Standortes Rheinland-Pfalz ein herausragendes Ziel. Die international leistungsfähige Verkehrsanbindung des Landes über Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes; sie hilft den Bürgern und der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, die Chancen des gemeinsamen europäischen Marktes zu nutzen. Der Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrswege hat daher aus liberaler Sicht für das Land Rheinland-Pfalz eine hohe Priorität.

- Von weitreichender Bedeutung für den Standort Rheinland-Pfalz ist die Einbindung des Landes in den internationalen und nationalen Schienenschnellverkehr. Die **F.D.P.** fordert daher die zügige Fertigstellung der Neubaustrecke Köln-Rhein/Main mit dem ICE-Bahnhof Montabaur und der Einbindung des ICE-Bahnhofs Mainz. Weiter muss die Schnellverbindung Mannheim/Ludwigshafen - Kaiserslautern - Saarbrücken - Metz/Paris (POS) (mit dem ICE-Bahnhof Kaiserslautern) zeitnah vollendet werden.
- Die **F.D.P.** fordert im Interesse des Wirtschaftsraumes Rhein-Neckar-Dreieck wie der ganzen Pfalz, dass die Qualität des ICE-Knotens Mannheim uneingeschränkt erhalten bleibt.
- Die **F.D.P.** fordert die Einbeziehung der Moselstrecke Koblenz-Trier-Luxemburg in das Netz des französischen und deutschen Schienenschnellverkehrs und die Verkürzung der Reisezeit insbesondere zwischen Trier/Luxemburg und Mainz/Frankfurt auf rund drei Stunden durch den Einsatz der Neigetechnik.
- Auch nach Fertigstellung der Neubaustrecke Köln-Rhein/Main muss der IC-Bahnhof Koblenz über die linke Rheinstrecke im Schienenschnellverkehr attraktiv bedient werden. Die **F.D.P.** fordert in der Relation Mainz-Koblenz-Köln im Rheintal eine Verkürzung der Reisezeiten im Fernverkehr.
- Die **F.D.P.** fordert die Schaffung einer durchgehenden linksrheinischen attraktiven Eisenbahnverbindung Mainz-Ludwigshafen-Speyer - Straßburg mit Wiederaufnahme der stillgelegten Streckenabschnitte im deutsch-französischen Grenzbereich.
- Die **F.D.P.** fordert den unverzüglichen letzten Lückenschluss im Zuge der Autobahn A 63 zwischen Mehlingen und Kaiserslautern.

- Für die **F.D.P.** hat der Ausbau des Mainzer Ringes im Zuge der Autobahn A 60 höchste Priorität zur Sicherung des Standortes Mainz-Rheinhessen als Teil des Rhein-Main-Gebietes.
- Die **F.D.P.** fordert die rasche durchgehende Fertigstellung der Fernstraßenverbindung Lüttich - Bitburg - Wittlich - Rhein-Main-Gebiet mit dem Hochmoselübergang bei Zeltingen im Zuge der A 60 / B 50.
- Die **F.D.P.** fordert den Bau der Autobahnverbindung zwischen der A 65 bei Wörth und dem deutsch-französischen Grenzübergang Neulauterburg unter größtmöglicher Schonung des Bienwaldes. Sie fordert, dass die linksrheinische Fernstraßenverbindung Mainz - Straßburg in das Netz der Europastraßen aufgenommen wird.
- Die **F.D.P.** fordert zunächst den vordringlichen Ausbau der Bundesstraße 49 in Hessen zwischen Diez/Limburg und Wetzlar/Gießen. Um die letzte Fernstraßenlücke zwischen Koblenz und Leipzig/Dresden zu schließen und die bessere Anbindung des Westerwaldraumes an das europäische Fernstraßennetz in West-Ost-Richtung zu erreichen, setzt die **F.D.P.** mittelfristig auf die A 48.
- Die **F.D.P.** fordert den Lückenschluss im Zuge der Bundesautobahn A 1 zwischen der Anschlussstelle Ulmen/Daun und der Landesgrenze NRW bei Tondorf.
- Die **F.D.P.** fordert den durchgängigen Ausbau der A 61 auf 3 Spuren.
- Die **F.D.P.** fordert den Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Worms und eine neue Rheinbrücke Bingen-Rüdesheim. Dabei sind private Betreibermodelle zur Finanzierung der Projekte zu prüfen.
- Für den Standort Rheinland-Pfalz ist die Nähe zum Frankfurter Flughafen von hoher struktureller Bedeutung. Die **F.D.P.** fordert daher, dass die Erreichbarkeit des Flughafens insbesondere im Schienenverkehr zwischen Mainz und Frankfurt ausgebaut wird; der geplante einstündige Regionalschnellverkehr von der Nahestrecke und aus dem Rheintal (Koblenz) muss über den Frankfurter Flughafen nach Frankfurt-Hauptbahnhof durchgehend realisiert werden.
- Die **F.D.P.** setzt sich weiterhin mit Nachdruck für den raschen Ausbau des Flughafens Hahn und die Einbindung in den nationalen und internationalen Luftverkehr ein. Von besonderer Dringlichkeit ist der vierstrorige Ausbau der B50 zum Flughafen Hahn und die Sanierung der Hunsrückbahn zur Sicherstellung einer leistungsfähigen Verkehrsanbindung in das Rhein-Main-Gebiet. Damit der Flughafen Hahn zeitnah eine signifikante Ergänzungsfunktion für den Flughafen Frankfurt übernehmen kann, wird sich die **F.D.P.** Rheinland-Pfalz für ein finanzielles Sonderprogramm mit dem Bund und dem Land Hessen zum beschleunigten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zum Flughafen Hahn einsetzen.

- Der regionale Luftverkehr als Ergänzungsverkehr zum großräumigen Luftverkehr ist für die rheinland-pfälzische Wirtschaft mit ihrer hohen Exportquote strukturpolitisch bedeutsam; dies gilt insbesondere für Betriebe in verkehrsfernen Landesteilen. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Regionalflughäfen Zweibrücken und Siegerland (Nordrhein-Westfalen), aber auch die Verkehrs-Landeplätze Speyer, Worms, Mainz-Finthen, Koblenz-Winningen und Bitburg. Für Bitburg soll die Option als Verkehrsflughafen offen gehalten werden.
- Die **F.D.P.** setzt sich für den Ausbau des kombinierten Verkehrs mit der Einrichtung von Güterverkehrszentren an den Standorten Koblenz, Trier, Mainz-Bingen, Ludwigshafen/Germerseheim und Wörth ein.

Öffentlichen Verkehr weiter stärken - Straßenverkehrsinfarkt verhindern

- Für das Flächenland Rheinland-Pfalz ist die Straße nach wie vor der wichtigste Verkehrsträger. Angesichts des weiterhin stark zunehmenden KFZ-Verkehrs und zur Entlastung der Umwelt kommt dem öffentlichen Verkehr aber eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für den Schienenpersonenverkehr zur Anbindung der Regionen an die Oberzentren und Verdichtungsräume und für den ÖPNV mit dem Bus zur regionalen Erschließung der ländlichen Räume. Daher ist der Rheinland-Pfalz-Takt weiter auszubauen.
- Bei der weiteren Ausgestaltung des Rheinland-Pfalz-Taktes sind neben der Angebotsausgestaltung insbesondere im Zulauf zu den größeren Städten und der Sicherung einer ausreichenden Qualität (Pünktlichkeit, Information) Prioritäten im Bereich der Bahnhöfe und ihres Umfeldes sowie bei der Schaffung von Park-and-Ride-Anlagen sowie bei den Fahrzeugen zu setzen. Die **F.D.P.** setzt sich ein für Park-and-Ride-Anlagen mit dem Ziel einer besseren Akzeptanz weit außerhalb der jeweiligen Stadtgrenze im Bereich von ÖPNV-Anschlüssen. Ergänzend sind kleinere Anlagen am Stadtrand im Einzelfall zu ermöglichen.
- Die **F.D.P.** fordert den weiteren Einsatz von Zügen mit Neigetechnik auf den großen Regionalstrecken (z.B. Eifelstrecke, Nahestrecke, Lahntalstrecke, Rheintalstrecke, Alsenztrecke, Südpfalzstrecke). Diese Züge sind zur Verkürzung der Reisezeiten für die topographisch schwierigen Strecken besonders geeignet.
- Die **F.D.P.** ist der Auffassung, dass der ÖPNV mit dem Rheinland-Pfalz-Takt im ländlichen Raum unverzichtbar ist. Dem muss das Angebot insbesondere auch im Busverkehr Rechnung tragen. Deshalb fordert die **F.D.P.** den Ausbau des Regionalbusnetzes im ländlichen Raum dort, wo keine Schienenanbindung vorhanden ist, mit einer Vertaktung und Anbindung an den Schienenverkehr, sowie bessere Übergangs-/Umsteigezeiten und bessere Verbindungen, damit der ÖPNV attraktiver wird.
- Die **F.D.P.** fordert flächendeckende Tarif- und Verkehrsgemeinschaften im öffentlichen Verkehr, die weitgehende Integration des freigestellten Schülerverkehrs in den allgemeinen Linienverkehr sowie den Einsatz alternativer

Bedienungsformen (ANDI-Modell-Anrufbus) in den dünner besiedelten Gebieten sowie in Zeiten schwacher Nachfrage. In großen Städten soll der ÖPNV Vorrang vor dem Individualverkehr haben.

- Aus liberaler Sicht ist es unabdingbar, dass Konzessionen gerade bei mit öffentlichen Mitteln geförderten ÖPNV-Linien im freien Wettbewerb für jeweils mindestens acht Jahre ausgeschrieben werden.
- Für einen wirtschaftlichen Betrieb des ÖPNV ist neben Wettbewerb der effiziente Einsatz öffentlicher Mittel dringend notwendig. Vor diesem Hintergrund fordert die **F.D.P.** die Bündelung der Fördermittel für den allgemeinen ÖPNV und den freigestellten Schülerverkehr zusammengefaßt im Verkehrsressort.
- Die **F.D.P.** setzt sich für eine besondere Förderung moderner Antriebskonzepte (z.B. Alternativnutzung verschiedener Antriebsstoffe) in öffentlichen Nahverkehrsfahrzeugen ein.
- Die **F.D.P.** setzt sich für die Übernahme von Schienengüterverkehrsstrecken mit besonderer strukturpolitischer Bedeutung für das Land ein. Dabei ist insbesondere in der Fläche aus Gründen der Wirtschaftlichkeit der Betrieb des Schienengüterverkehrs mit Nachdruck zu privatisieren.
- Die **F.D.P.** fordert die weitgehende Verlagerung der Transporte gefährlicher Güter über größere Entfernungen auf die Schiene und die Binnenschifffahrt, strenge Fahrzeug- und Verkehrskontrollen und eine deutliche Kennzeichnungspflicht der Gefahrguttransporte. Notwendig sind die Ausweisung besonderer Fahrtrouten im Straßennetz und die Sperrung gefährdeter Ortsdurchfahrten und Gefäßstrecken für gefährliche Güter. Die strengen deutschen Sicherheitsvorschriften für den Gefahrgutbereich müssen zur Grundlage der europäischen Sicherheitsstandards gemacht werden. Dies dient auch der Angleichung der Wettbewerbsbedingungen im europäischen Verkehrsmarkt. Im übrigen sind die umfangreichen Vorschriften gerade im Gefahrgutbereich überschaubarer und verständlicher zu gestalten.
- Für die **F.D.P.** gilt im Straßenbau im Interesse der Schonung der Umwelt der Grundsatz Ausbau vor Neubau. Einen besonderen Schwerpunkt sieht die **F.D.P.** in der Sanierung des bestehenden Straßennetzes. Dabei ist eine wesentliche Erhöhung der Landesmittel für den Straßenbau erforderlich. Die **F.D.P.** ist der Auffassung, dass grundsätzlich die Nutzung der vorhanden Straßeninfrastruktur und intelligente verkehrslenkende Maßnahmen Priorität vor Neubaumaßnahmen haben müssen.
- Die **F.D.P.** fordert den Bau von Ortsumgehungen zur Verbesserung des Wohnumfeldes insbesondere für durch Industrieverkehr belastete Orte sowie Fremdenverkehrs- und Erholungsorte. Unter städtebaulichen und raumordnerischen Gesichtspunkten müssen Einzelhandel, Gewerbe und Handwerk sich zukünftig wieder verstärkt in den Kernbereichen von Städten und Gemeinden ansiedeln können. Im Unterschied zum Neubau auf der "grünen

Wiese" werden damit ökologische Eingriffe weitgehend vermieden und der Bedarf an Ausgleichsflächen entfällt.

- Die Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) sind weiterhin vorrangig für den Ausbau der Kreisstraßen im ländlichen Raum, für kommunale Verkehrsprojekte und für die Angebotsverbesserung des öffentlichen Verkehrs einzusetzen; unabdingbar ist daher im Interesse der Verkehrs- und Strukturpolitik eine überschaubare langfristige Prioritätensetzung der Maßnahmen und die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Maßnahmen (Controlling).
- Das Radfahren im Sinne einer umweltverträglichen Verkehrsgestaltung ist eine ideale Verkehrsart gerade für das Tourismusland Rheinland-Pfalz. Die **F.D.P.** fordert daher den weiteren Ausbau des großräumigen Radwegenetzes und ein einheitliches Marketing (einschließlich einheitlicher Beschilderung) für das "Radwanderland" Rheinland-Pfalz. Von besonderer Bedeutung ist die Sicherung stillgelegter Schienenstrecken sowie Strecken in den Flussläufen, da sie sich aufgrund ihrer topographischen Einfügung in die Landschaft und der idealen Steigungsverhältnisse hervorragend für den Radtourismus eignen. Der Verkehrssicherheit ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

MEDIEN

Entwicklungschancen für öffentlich-rechtlichen Rundfunk

- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss auch weiterhin in der Lage sein, seine Aufgaben im Rahmen einer bedarfsgerechten Finanzierung unter Beachtung der Bestands- und Entwicklungsgarantie erfüllen zu können. Insbesondere sind auch die Dritten Programme als Träger regionaler und kultureller Identität zu erhalten. Rundfunk muss Ländersache bleiben.
- Die **F.D.P.** lehnt die Einführung einer TV-Steuer ab und hält an der Gebührenpflicht fest.
- Die Fusion des rheinland-pfälzischen SWF und des baden-württembergischen SDR hat sich bewährt. Der Medienstandort Rheinland-Pfalz wurde gestärkt und die regionale Berichterstattung hat an Bedeutung gewonnen. Das lässt sich an den Programmzuwächsen für Rheinland-Pfalz deutlich ablesen. Die **F.D.P.** wird auch in Zukunft darauf achten, dass Rheinland-Pfalz im Hinblick auf Entwicklung, Produktion und Programm mindestens den gleichen Stellenwert einnimmt wie Baden-Württemberg.

Chancengerechtigkeit für private Veranstalter

- Das finanzielle Transparenzgebot für öffentliche Unternehmen muss auch für öffentlich-rechtliche Sendeanstalten gelten.
- Die **F.D.P.** setzt sich weiterhin für ein Werbeverbot für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach 20.00 Uhr ein.
- Spezielle Werberegulierungen für die privaten Rundfunkanstalten lehnt die **F.D.P.** ab. Die Bürger können durch ihre Programmwahl selbst entscheiden, wann ihnen die Werbung zuviel wird.

Rundfunkfreiheit wahren - Menschenwürde schützen

Die **F.D.P.** fordert private und öffentlich-rechtliche Rundfunkveranstalter auf, ihrer Verpflichtung zur Selbstkontrolle nachzukommen. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Wenn es um die Würde des Menschen geht, darf auch bei privaten Anbietern die Einschaltquote nicht der alleinige Maßstab sein. Wer die eigene Selbstkontrolle nicht ernst nimmt, gefährdet letztlich die Informations- und Meinungsfreiheit. Die **F.D.P.** wendet sich jedoch gegen jede Zensur. Keine Sendung darf verboten werden, weil sie gegen den "guten Geschmack" verstößt.

Gewaltszenen in Film-Vorankündigungen vor 20.00 Uhr verbieten

Die **F.D.P.** fordert, dass Gewalt- und Horrorszenen in Film-Vorankündigungen vor 20.00 Uhr verboten werden. Es nutzt nichts, dass bestimmte Filme erst im Abend- oder Nachtprogramm gesendet werden dürfen, die Werbung dafür mit den brutalsten Filmausschnitten aber bereits im zeitlichen Umfeld von Kinderprogrammen ausgestrahlt wird. Solche Programmankündigungen stellen eine erhebliche Gefährdung der Kinder dar.

Landesmedienanstalten effizienter organisieren

Die heutige Struktur der Landesmedienanstalten ist zu teuer und zu ineffizient. Die **F.D.P.** fordert deshalb eine bessere Koordination und Zusammenarbeit der 15 Landesmedienanstalten. Die Landesanstalten für Privaten Rundfunk erhalten derzeit zwei Prozent des Gebührenaufkommens (ca. 200 Millionen Mark) und bekommen somit bei jeder Gebührenerhöhung unabhängig von ihrem Arbeitsaufwand mehr Geld. Diesen Erhöhungsautomatismus will die **F.D.P.** stoppen. Die Zuschüsse sind auf ihrem derzeitigen Stand einzufrieren. Gefordert ist ein sparsamer Umgang mit den Gebührgeldern der Bürger.

Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten

Die **F.D.P.** fordert eine Verbesserung des Zeugnisverweigerungsrechts für Journalisten. Während Journalisten in Strafverfahren bislang nur bei fremd recherchiertem Material die Aussage verweigern dürfen, muss ihnen dieses Recht auch bei selbst recherchierten Materialien wie Notizen oder Fotos eingeräumt werden. Dieser Schutz darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn es um Ermittlungen wegen schwerer Straftaten geht.

Chancen der Informationsgesellschaft nutzen

- Lernen für die Informationsgesellschaft und mit den Mitteln der Informationsgesellschaft muss in den Schulen beginnen. Die Handhabung von Informationstechnologien wird zukünftig zu den Grundkulturtechniken gehören wie Lesen, Schreiben und Rechnen.
- Die öffentlichen Verwaltungen müssen die Möglichkeit für mehr Bürgernähe nutzen. Die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung kann mit den der neuen Informationstechnologien schneller, billiger und direkter werden. Im Internet sollten die Verwaltungen Bürgersprechstunden anbieten. Formulare müssen per Computer abrufbar gehalten und entgegengenommen werden. Rheinland-Pfalz ist hier auf dem richtigen Weg, die **F.D.P.** wird das Tempo weiter beschleunigen.
- Das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial des Internet darf unter keinen Umständen durch zusätzliche Gebühren blockiert werden.

„rlp-Netz“ - ein rheinland-pfälzisches Markenzeichen

Mit dem Ausbau des Rheinland-Pfalz-Netzes („rlp-Netz“) wurden hervorragende Voraussetzungen für die Nutzung multimedialer Anwendungen und moderner Telekommunikationsdienstleistungen geschaffen. Das „rlp-Netz“ bietet hohe und flexible Standards bei Geschwindigkeit, Sicherheit und Bandbreite des Netzes. Diese drei Qualitätsvoraussetzungen werden derzeit vorwiegend von staatlichen und den kommunalen Verwaltungen genutzt.

Die **F.D.P.** fordert, den rheinland-pfälzischen Standortvorteil „rlp-Netz“ stärker in den Vordergrund zu rücken und das Netz für die private Wirtschaft attraktiv zu machen. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass das Land nicht in Konkurrenz zu privaten Netzbetreibern tritt, sondern sie ergänzt und unterstützt.

Förderung von Medienstandorten

Medienstandort Kaiserslautern

Bedingt durch den rasanten technischen Fortschritt der Informationstechnik wird zukünftig bei den elektronischen Medien keine Unterscheidung in klassische und Neue Medien mehr möglich sein. Die Rundfunkanstalten werden in immer stärkerem Maße Techniken der neuen Medien integrieren, ebenso wie die Neuen Medien klassische Dienstleistungen anbieten werden. Vor diesem Hintergrund setzt sich die **F.D.P.** für die weitere Stärkung des Technologiestandortes Kaiserslautern ein. Hier entwickelt eine Vielzahl junger, innovativer High-Tech-Unternehmen wegweisende Technologien in der Informationstechnik. Viele dieser Unternehmen wurden von Absolventen der Universität und der Fachhochschule gegründet und arbeiten mit beiden Bildungseinrichtungen eng zusammen. Um die Qualität der Ausbildung weiter zu verbessern, hält die **F.D.P.** den weiteren Ausbau beider Institutionen sowie die Verbesserung ihrer Infrastruktur für zwingend notwendig. Nur so kann sichergestellt werden, dass auch in Zukunft verstärkt High-Tech-Ausgründungen aus beiden Hochschulen stattfinden und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Darüber hinaus unterstützt die **F.D.P.** alle Maßnahmen zur Stärkung und weiteren Vernetzung der in Kaiserslautern ansässigen Beratungsdienstleister für Existenzgründer. Eine professionelle und gut funktionierende Infrastruktur in diesem Bereich stellt ebenfalls eine essentielle Voraussetzung für weitere erfolgreiche Unternehmensgründungen dar und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Technologiestandortes Kaiserslautern.

Medienstandort Montabaur

In Montabaur ist in unserem Land ein Neuer Medienstandort entstanden. Die **F.D.P.** unterstützt die rasche Entwicklung neuartiger praxisnaher und kreativer nichtakademischer Medienberufe, die dort von jungen Unternehmen ausgestaltet werden und in der Regel als Ausbildungsvoraussetzungen einen Hauptschulabschluss erfordern.

Mediengestalter in Digital- und Printmedien mit den Fachrichtungen Medienberatung, Mediendesign, Medienoperation und Medientechnik sowie die Weiterentwicklung der Berufe des Fachinformatikers (Fachrichtung Anwendungsentwicklung, Systemintegration), des IT-Systemelektronikers, des Informationskaufmanns sowie des Systemkaufmanns.

Medienstandort Mainz

Mit den privaten und öffentlich-rechtlichen Medienunternehmen und –anstalten in der Landeshauptstadt Mainz hat das Land Rheinland-Pfalz seine herausgehobene Stellung im internationalen und nationalen Wettbewerb der Medienstandorte begründet. Die **F.D.P.** unterstützt den weiteren Ausbau des Medienstandortes Mainz. Dazu sollen die Ausbildungs- und Weiterbildungskapazitäten in Universität, Fachhochschule und Multimediaakademie weiter ausgebaut werden. Die **F.D.P.** fordert zudem den weiteren Aufbau von vernetzten Strukturen für kleine und mittlere Unternehmen der Internet- und Medienbranche, um insbesondere deren Wettbewerbschancen im Vergleich zu Konzernen und Großbetrieben zu stärken. Die Liberalen unterstützen ebenso den Aufbau eines Medienhauses, in dem unter einem Dach Hochschuleinrichtungen der Universität und der Fachhochschule mit innovativen Unternehmen neue technische Möglichkeiten und neue Anwendungen lehren und erproben.

Die **F.D.P.** befürwortet die Errichtung eines ZDF-Medienparks in Mainz, der auch vielen gering qualifizierten Arbeitnehmern einen Arbeitsplatz bieten wird. Der Medienpark stärkt den attraktiven Medienstandort Rheinland-Pfalz sowie den Medienstandort Mainz, der im Wettbewerb steht mit den Medienstandorten München, Berlin, Hamburg und Köln. Eine Finanzierung und Unterhaltung des ZDF-Medienparks aus Gebührengeldern lehnt die **F.D.P.** jedoch entschieden ab. Dies wäre eine unzulässige Wettbewerbsverzerrung.

INNEN UND RECHT

Die Rechts- und Innenpolitik hat für die **F.D.P.** einen besonders hohen Stellenwert. Die **F.D.P.** ist die Partei der Bürgerrechte. Liberale wollen staatliche Bevormundung zurückdrängen und mehr Freiraum für mündige Bürger schaffen.

Liberale haben in diesem Bereich wichtige Weichen gestellt. Die Versammlung liberaler Bürger auf dem Hambacher Schloss im Jahre 1832 hat unser Land bis heute geprägt. Auch die erste freiheitliche Verfassung wurde 1848 in der Frankfurter Paulskirche von Liberalen erkämpft. Diese Traditionen bestimmen das politische Denken und Handeln der rheinland-pfälzischen **F.D.P.** bis heute.

Der **F.D.P.** ist es in den vergangenen Legislaturperioden gelungen, die Rechts- und Innenpolitik in Rheinland-Pfalz nach liberalen Grundsätzen zu erneuern. Die Innere Sicherheit konnte dadurch gestärkt werden, ohne dass der Rechtsstaat eingeschränkt wurde.

Erreicht hat die **F.D.P.** insbesondere

- eine bedeutende Verfassungsreform zur Stärkung der Bürgerrechte,
- die Einführung der individuellen Landesverfassungsbeschwerde, mit der sich jeder Bürger gegen mögliche Verletzungen seiner Rechte aus der Landesverfassung durch rheinland-pfälzische Behörden wenden kann,
- die Wahl von Verfassungsrichtern auf breiterer demokratischer Basis durch die Einführung eines Zwei-Drittel-Quorums,
- die Einführung des Zwei-Stimmen-Wahlrechts zur Landtagswahl,
- einen wirksamen Datenschutz durch eine Reform des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes sowie eine Novellierung des Landesverfassungsschutzgesetzes,
- eine effektive Bekämpfung der Organisierten Kriminalität durch Stärkung der Polizei und Bildung von Schwerpunkten bei den Staatsanwaltschaften,
- ein Zeugenschutzgesetz,
- ein modernes Staatsangehörigkeits- und Ausländerrecht,
- die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene,
- das Kumulieren und Panaschieren bei Kommunalwahlen und damit eine bessere Einflussmöglichkeit des Bürgers auf die Zusammensetzung der Kommunalparlamente,

- die Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten sowie Ortsvorstehern und Ortsbeiräten,
- einen gerechteren kommunalen Finanzausgleich.

Diese Erfolge spornen die **F.D.P.** an, ihre liberale und bürgernahe Politik in allen Bereichen fortzusetzen.

Dazu gehört mehr Transparenz in unserem Parlament: die Liberalen streben eine Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat an. Um die konsequente Durchsetzung der Gewaltenteilung zu gewährleisten, müssen Mandatsträger nach Übernahme eines Regierungsamtes ihr Mandat ruhen lassen können.

Reform der rheinland-pfälzischen Landesverfassung

Die **F.D.P.** hat eine umfassende Reform der rheinland-pfälzischen Landesverfassung durchgesetzt. Die Verankerung des Grundrechts auf Datenschutz, verschiedener Staatszielbestimmungen wie die Förderung Behindter, der Kultur und des Sports, der Tierschutz, die Festschreibung der sozialen Marktwirtschaft, die Einführung einer Volksinitiative sowie die Senkung der Quoren für Volksbegehren und Volksentscheid gehen auf die **F.D.P.** zurück. Damit ist die Landesverfassung in weiten Bereichen modernisiert worden.

Die **F.D.P.** sieht weiteren Reformbedarf in der Wirtschafts- und Sozialordnung der rheinland-pfälzischen Landesverfassung. Die veralteten Bestimmungen bedürfen einer dringenden Überarbeitung.

Stärkung der Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger

Die **F.D.P.** fordert eine weitere Stärkung der Mitwirkungsrechte der Bürger sowie von Mitgliedern politischer Parteien.

Das will die **F.D.P.** erreichen durch

- die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid in geeigneten Fällen auch auf Bundesebene,
- die Nutzung neuer Kommunikationstechnologien bei der Stimmenabgabe bei Volksbegehren und Volksentscheiden auf kommunaler Ebene sowie auf Landes- und Bundesebene,
- die Möglichkeit, auch bei Landtags- und Bundestagswahlen durch Kumulieren die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste zu verändern.

Datenschutz

Über das Erreichte hinaus kommt dem Datenschutz in unserer zunehmend vernetzten Gesellschaft große Bedeutung zu. Die **F.D.P.** unterstützt den Erhalt und Ausbau datenschutzrechtlicher Bestimmungen im Interesse der Bürger unseres Landes. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist eine wichtige Voraussetzung für eine liberale Lebensgestaltung. Dabei geht es der **F.D.P.** nicht nur um den Schutz privater Daten durch Verwaltungsbehörden, sondern auch durch Private. Das gilt besonders im Bereich der Neuen Medien.

Rechnungshof

Der Landesrechnungshof in Speyer ist ein Instrument, um dem Verschleudern von Steuergeldern entgegenzuwirken. Die **F.D.P.** fordert eine deutliche Stärkung dieser Einrichtung. Der Präsident des Landesrechnungshofes sollte vom Landtag mit Zweidrittel-Mehrheit gewählt werden. Sonderprüfberichte über haushaltsrelevante Vorgänge sollten vom Landesrechnungshof in kürzeren Abständen als bisher vorgelegt werden.

Im Falle des Verstoßes gegen die Grundsätze einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung sollte der Landtag auf Initiative des Landesrechnungshofes zu aufschiebenden Maßnahmen gegenüber der Landesregierung ermächtigt sein. Die **F.D.P.** fordert im Interesse stärkerer Transparenz, dass den Bürgern bekannt gemacht wird, wer im Falle einer Beanstandung durch den Landesrechnungshof für eine Verschwendug von Steuergeldern verantwortlich ist. Bei straf- und dienstrechtlichen Vergehen müssen die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

Rechtsstaat

Die **F.D.P.** ist und bleibt eine Rechtsstaatspartei. Eine Stärkung von Polizei und Justiz bedeutet zugleich eine Stärkung des Rechtsstaats. Ein konsequenter Gesetzesvollzug sichert den inneren Frieden in unserer Gesellschaft und zugleich die Freiheit des Einzelnen vor rechtswidrigen Übergriffen.

Bekämpfung der Kriminalität

Kriminalität bedroht Bürgerrechte. Jeder Bürger hat ein Recht darauf, dass der Staat ihn vor Kriminalität schützt und Kriminalität wirksam bekämpft. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit hat für die **F.D.P.** hohe Bedeutung. Die Kriminalitätsbekämpfung darf aber nicht erst bei der Bestrafung der Täter beginnen. Die **F.D.P.** unterstützt daher eine effektive Präventionsarbeit. Diese soll sowohl von der Polizei, als auch von Sozial- und Jugendämtern, Schulen, Vereinen und einer Vielzahl weiterer Behörden und gesellschaftlichen Gruppen geleistet werden. Die **F.D.P.** fordert deshalb die Gründung weiterer kriminalpräventiver Räte auf kommunaler Ebene, in denen durch die Zusammenarbeit von staatlichen Stellen und Bürgern vor Ort gemeinsam mehr Sicherheit erreicht werden kann.

Kinder- und Jugendkriminalität

Die Kriminalität von Kindern und Jugendlichen ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Dieses wichtige gesellschaftliche Problem nimmt die **F.D.P.** sehr ernst. Auch wenn kriminelles Verhalten für viele Kinder und Jugendliche nur ein einmaliges Ereignis bleibt, muss effektiv gegengesteuert werden.

- Die **F.D.P.** setzt bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität auf eine wirksame Prävention und ein abgestuftes strafrechtliches Instrumentarium. Eine wirksame Prävention, nicht nur in so genannten sozialen Brennpunkten, ist für die **F.D.P.** ein wichtiger Beitrag dafür, dass Kinder- und Jugendkriminalität überhaupt nicht entsteht. Einer wirkungsvollen Jugend- und Sozialarbeit kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Die Präventionsarbeit an Schulen durch die Polizei und die Intensivierung des Rechtskundeunterrichts unter gleichzeitiger Einbeziehung von Richtern und Staatsanwälten muss intensiv gefördert werden.
- Bei straffälligen Kindern unter 14 Jahren, die noch nicht für ihre Taten strafrechtlich belangt werden können, muss durch Erziehungsmaßnahmen eingegriffen werden. Den Eltern muss bei der Erziehung ihrer Kinder aktive Unterstützung durch soziale Maßnahmen und effektive Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe gewährt werden.
- Eine Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze unter 14 Jahren lehnt die **F.D.P.** ab. Vielmehr muss durch die Verbesserungen von Bildungs-, Ausbildungs- und zukünftigen Beschäftigungschancen die Situation von Kindern und Jugendlichen positiv beeinflusst werden.
- Kommt ein Jugendlicher in Untersuchungshaft, muss geprüft werden, ob die Unterbringung in einem geschlossenen, entweichungssicheren Heim in Betracht kommt. Nur dort kann auf den jugendlichen Straftäter erzieherisch eingewirkt werden, ohne mit dem schärfsten Mittel, dem Jugendstrafvollzug, eingreifen zu müssen. Die **F.D.P.** fordert die Einrichtung solcher Heimplätze auch in Rheinland-Pfalz.
- Die **F.D.P.** setzt sich außerdem für die Schaffung eines Jugendstrafvollzugsgesetzes ein, da die bestehenden rechtlichen Regelungen den Besonderheiten des Jugendstrafvollzugs nicht gerecht werden.

Polizei

Die **F.D.P.** hat maßgeblich darauf hingewirkt, dass in den letzten Jahren durch eine verbesserte Organisationsstruktur und die Entlastung der Polizei von Verwaltungsaufgaben zusätzliche Polizeibeamte in den wirklichen Polizeidienst kamen. Eine Vielzahl neuer Stellen wurde für die Polizei geschaffen. Auch auf eine stärkere Präsenz der Polizeibeamten vor Ort wurde erfolgreich hingewirkt. Bei der Neuorganisation wurde die Polizei aus der allgemeinen Verwaltung ausgegliedert und eine eigene Organisation gebildet. Diese Struktur hat sich bewährt.

- Die Polizei ist Dienstleister für den Bürger. Sie muss effektiv arbeiten können. Deshalb müssen die Organisationsstruktur, Führungsmethoden und Führungsabläufe der Polizei immer wieder überprüft und modernisiert werden.
- Innerhalb der Polizei müssen die Entscheidungskompetenzen für die einzelnen Beamten erweitert werden.
- Von hoher Bedeutung ist für die **F.D.P.**, dass die Polizei im operativen Bereich verstärkt wird. Polizeibeamte werden für ihre eigentlichen Aufgaben frei, wenn Sicherungsdienste an Dienstgebäuden und Pförtneraktivitäten an private Unternehmen vergeben werden. Auch die Anzahl der Stäbe und deren Zusammensetzung sollte erneut auf den Prüfstand. Verwaltungsarbeit ist durch Angestellte oder Verwaltungsbeamte zu erledigen. Vollzugsbeamte sollen praktischen Dienst verrichten. Die polizeiliche Arbeit insgesamt muss für die Bürger, aber auch für die Polizeibeamten selbst transparent sein.
- Zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit unseres Landes will die **F.D.P.** in der nächsten Legislaturperiode jährlich mindestens 250 Polizeibeamte einstellen, bis die erforderliche Mindestpersonalstärke von 10.000 Polizisten erreicht ist.
- Neue Formen der Kriminalität erfordern auch neue Formen der Kriminalitätsbekämpfung. Die Polizei muss deshalb bei der Bekämpfung neuer Kriminalitätsformen verstärkt auf Spezialisten zurückgreifen können. Diese müssen gesondert ausgebildet und dann auch gezielt eingesetzt werden. Schwerpunkteinsätze von Personal und Material müssen stärker Eingang in die polizeiliche Arbeit finden.
- Die Zusammenarbeit der Polizei mit anderen staatlichen Stellen, insbesondere der Justiz, muss erweitert und verbessert werden. Auch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei ist für die **F.D.P.** unabdingbar. Die bisherige Kooperation muss daher weiterhin gefördert und ausgebaut werden.
- Die Formen der Kriminalität werden immer internationaler. Ihre Bekämpfung setzt vermehrt Milieu-, Kultur- und Sprachkenntnisse voraus. Deshalb müssen mehr Zuwanderer, besonders der zweiten und dritten Generation, in den Polizeidienst aufgenommen werden.

- Um die Polizeibeamten wirksam bei der Ausübung ihres Berufes zu sichern, muss jedem Beamten eine moderne schuss- und hiebsichere Weste mit Zubehör als Dienstausstattung zur Verfügung gestellt werden.

Justiz

Für die **F.D.P.** ist eine bürgerliche, leistungsfähige und unabhängige Justiz unverzichtbar.

In den vergangenen Jahren hat die **F.D.P.** mit ihren Justizministern viel erreicht: Gerichte und Staatsanwaltschaften wurden mit neuester Hardware und eigens für sie entwickelten Computerprogrammen ausgestattet. Gleichzeitig wurden die Organisationsstrukturen innerhalb der Justizbehörden modernisiert. Zeitgemäße und flexible Serviceeinheiten unterstützen heute Richter und Staatsanwälte bei ihrer Arbeit. Trotz der gestiegenen Arbeitsbelastung muss damit kein Bürger länger auf eine gerichtliche Entscheidung warten. Vieles geht jetzt schneller als früher.

Das nächste große Ziel ist die Einführung des elektronischen Grundbuchs. Schon Ende 2001 werden die größten Grundbuchämter mit modernster Datenverarbeitungstechnik ausgestattet sein. Die Arbeitsabläufe können so weiter verbessert und beschleunigt werden. Das bedeutet mehr Service für den Bürger ohne Qualitätsverluste bei der Bearbeitung.

Aber auch in diesem Bereich sind noch viele liberale Ideen umzusetzen:

- Der Justiz kommt als selbstständige dritte Gewalt große Bedeutung zu. Sie arbeitet mit einem relativ hohen Kostendeckungsgrad und braucht auch in Zukunft eine angemessene finanzielle Ausstattung, um ihre wichtigen Aufgaben bürgerlich und effektiv erfüllen zu können.
- Die Sachausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften muss weiter verbessert und modernisiert werden, insbesondere in der elektronischen Datenverarbeitung. Die Organisationsstrukturen innerhalb der Justiz müssen weiter optimiert werden.
- Die Beförderungschancen im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst der Justiz sind zu verbessern, um die Attraktivität dieser Stellen zu steigern. Nur so können dauerhaft qualifizierte Mitarbeiter für diese wichtigen Aufgaben gewonnen werden. Gleichzeitig ist die Justiz so auszustatten, dass auch ihre Bediensteten die Altersteilzeit in Anspruch nehmen können.

- Ausbildungsordnungen für Mitarbeiter der Justiz sind den geänderten Anforderungen anzupassen. Bei Gerichtsvollziehern und anderen Mitarbeitern, auf die neue Aufgaben zukommen, soll die theoretische Ausbildung verstärkt werden.
- Das teilweise erreichte Ziel einer Vereinfachung der Verfahrensordnungen muss weiter verfolgt werden, um dauerhaft eine schnelle Rechtsprechung gewährleisten zu können.
- Rechtsmittelreformen in Zivil- und Strafsachen dürfen nicht dazu führen, dass der Rechtsschutz für die Bürger verkürzt und gerichtliche Entscheidungen nicht mehr in vollem Maße durch ein Rechtsmittelgericht überprüft werden können.
- Die Gerichte vor Ort müssen im Interesse der Bürgernähe erhalten werden. Eine Rechtsmittelreform darf die funktionierenden Justizstandorte nicht gefährden.
- Strafe kann ihren Sinn am besten entfalten, wenn sie möglichst der Tat auf dem Fuße folgt. Deshalb muss in geeigneten Fällen, insbesondere bei einfachen Straftaten, das beschleunigte Strafverfahren an Bedeutung gewinnen. Straftäter sollen möglichst wenige Tage nach der Tat vor Gericht gestellt werden, damit ihnen die Reaktion der Gesellschaft unmittelbar vor Augen geführt wird. Hierzu müssen die personellen und organisatorischen Voraussetzungen verbessert werden.
- Bei der Strafverfolgung ist ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zu richten. Neue Ermittlungsansätze sind zu fördern.
- Den Opfern von Straftaten muss im Strafverfahren eine größere Bedeutung zukommen.
- Im Interesse der Opfer muss der Täter-Opfer-Ausgleich weiter gefördert und ausgebaut werden. Er dient dem Rechtsfrieden und ist häufig wirksamer als Straf- und Zivilverfahren. Gleichzeitig kann er die Justiz entlasten.
- Die Zusammenarbeit von Justiz und Polizei und anderen öffentlichen Behörden muss weiter verbessert werden, zum Beispiel durch eine elektronische Vernetzung der Behörden und Besprechungen unter Wahrung des Datenschutzes.
- Die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden auf europäischer Ebene muss gefördert werden. Durch unbürokratische Wege muss eine effiziente Strafverfolgung sichergestellt werden.

Strafvollzug

Die **F.D.P.** tritt für den modernen Behandlungsvollzug ein. Strafgefangene sollen nicht nur weggeschlossen, sondern resozialisiert werden.

- Hierzu bedarf es gut ausgebildeter und hoch motivierter Mitarbeiter im Strafvollzug, die gegenüber dem Staat einen Anspruch auf eine angemessene Bezahlung ihrer für die Gesellschaft so wichtigen Arbeit haben. Die **F.D.P.** hat sich deshalb dafür eingesetzt, dass die Besoldungs- und Beförderungssituation der Beschäftigten im Strafvollzug verbessert wurde und wird sich weiter darum kümmern, dass die berufliche Situation der Strafvollzugsbediensteten mit ähnlichen Berufsgruppen vergleichbar wird. Um auch in Zukunft qualifizierte Mitarbeiter im Strafvollzug einstellen zu können, ist der Anwärtersonderzuschlag wieder einzuführen. Unabhängig davon ist zu prüfen, in welchem Umfang Dienstleistungsfunktionen im Strafvollzug privatisiert werden können.
- Die **F.D.P.** fordert im Interesse der Opfer den weiteren Ausbau des Behandlungsvollzuges. Nur so können Opfer vor weiteren Straftaten geschützt werden.
- Strafgefangene dürfen die Zeit im Strafvollzug nicht sinnlos absitzen. Zum Schutz der Opfer und zur Wiedereingliederung der Straffälligen in unsere Gesellschaft ist eine Besserung der Täter erforderlich. Diese setzt eine Mitwirkungsbereitschaft der Verurteilten voraus. Die Motivation dazu muss durch geeignete Maßnahmen unter Hinweis auf die persönliche Verantwortung stärker gefördert werden. Das Unrechtsbewusstsein muss gestärkt werden.
- Die **F.D.P.** unterstützt alle Bemühungen, mehr Arbeitsmöglichkeiten für Strafgefangene zu schaffen, denn nur so kann eine wirksame Resozialisierung gelingen.
- Im Jugendstrafrecht muss neben dem Jugendstrafvollzug die Möglichkeit einer Unterbringung in geschlossenen Heimen geschaffen werden. Nur so kann auf jugendliche Straftäter noch stärker erzieherisch eingewirkt werden.

Straffälligenhilfe

Die Straffälligenhilfe ist weiter zu verbessern. Arbeitsprojekte, soziale Trainingskurse, Wohngruppen und ähnliche Maßnahmen, die das Ziel einer raschen Wiedereingliederung in die soziale Gemeinschaft und das Arbeitsleben verfolgen, sind zu fördern, denn jeder resozialisierte Straftäter bedeutet mehr Sicherheit.

Kommunalrecht

Die **F.D.P.** hat wesentlich dazu beigetragen, dass unser rheinland-pfälzisches Kommunalrecht heute ein liberales Gesicht hat.

Die **F.D.P.** will noch mehr tun:

- Bürgerentscheide und Bürgerbegehren müssen nach dem baden-württembergischen Modell bei noch mehr wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde möglich sein. Die formalen Hürden für diese Form der Bürgerbeteiligung müssen niedriger werden.
- Die Gremien von Zweckverbänden und Planungsgemeinschaften sollen nach den Wahlergebnissen in den betreffenden Gebietskörperschaften zusammengesetzt werden.
- Die **F.D.P.** ist dagegen, dass Bürgermeister und hauptamtliche Beigeordnete zugleich Mitglieder des Kreistags sind. Denn der Kreistag dient ihrer Kontrolle, an der sie nicht selbst mitwirken sollten.
- Die **F.D.P.** hat die Reform des Gemeindewirtschaftsrechts durchgesetzt. Eine Gemeinde darf jetzt wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut durch einen privaten Unternehmer erfüllt werden kann. Das muss die Gemeinde beweisen. Die **F.D.P.** wird deshalb genau beobachten, ob die Kommunen bei der Neugründung, Übernahme und Erweiterung kommunaler Betriebe diesen Vorrang der privaten Wirtschaft beachten. Außerdem müssen die Kommunen ständig die Möglichkeit der Privatisierung bestehender kommunaler Betriebe prüfen und immer wieder offen legen, ob diese nicht ebenso wirtschaftlich durch Private betrieben werden können.

Verwaltungsmodernisierung

Die **F.D.P.** hat die Abschaffung der Bezirksregierungen gefordert und durchgesetzt. Durch die Eingliederung von Sonderbehörden wurden eine Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier und je eine Struktur- und Genehmigungsdirektion in Koblenz und Neustadt/Weinstraße geschaffen. Die **F.D.P.** setzte damit eine Abkehr von der regionalen Aufgabenerledigung durch und führte eine funktionale Bearbeitung ein. Damit wurden Verwaltungsverfahren gestrafft und konzentriert. Gleichzeitig wurde der öffentliche Sektor verschlankt, da weniger Personal zur Erledigung der Aufgaben erforderlich ist. Durch die Modernisierung der Mittelinstanz wird die staatliche Verwaltung effektiver und schneller. Es wird eine größere Handlungsfähigkeit für den Staat geschaffen. Durch einen langfristig angelegten nachhaltigen Einsatz von technischen Kommunikationsmedien entstehen die Voraussetzungen für eine beispielhafte Verwaltungsstruktur.

Die **F.D.P.** fordert im Interesse der Bürgernähe eine weitere Verwaltungsvereinfachung durch die Verlagerung von Kompetenzen nach unten. Zugleich müssen überflüssige gesetzliche Regelungen und übertriebene Bürokratie abgebaut werden.

Die Reform der öffentlichen Verwaltung bleibt eine Daueraufgabe für die **F.D.P.**. Die Effizienzsteigerung in der Verwaltung soll für den Staat finanzielle Spielräume zurückgewinnen. Einsparungen bei der Verwaltung durch Verwaltungsmodernisierung eröffnen dem Land die Möglichkeit, die frei werdenden Mittel für Zukunftsinvestitionen zu verwenden. Ziel muss es sein, Verwaltungen so zu organisieren, dass sie besser arbeiten und weniger kosten.

Dabei muss die Verwaltung ihre einseitige Orientierung an Regeln und Standards zu Gunsten einer deutlich stärkeren Ergebnissesteuerung verändern. Das Ziel muss sein, Aufgaben schnell und kostengünstig zu erledigen.

Deshalb fordert die **F.D.P.:**

- Der Staat soll sich auf Aufgaben konzentrieren, die es ihm ermöglichen, politische Schwerpunkte zu setzen.
- Das Kosten- und Wirtschaftlichkeitsdenken ist als Ziel in die Verwaltungen zu implementieren.
- Für die Verwaltungen sind jährliche Mitarbeitergespräche, zielorientierte Vereinbarungen, die Vorgesetzten- sowie die Mitarbeiterbeurteilung verpflichtend einzuführen.
- Die Verwaltungen sind funktional unter Einsatz modernster Kommunikationsmittel zu organisieren, wobei den Mitarbeitern im Rahmen einer Jahresarbeitszeit ein größtmöglicher selbstständiger Aufgabenbereich einzuräumen ist.
- Ein großer Teil der Kommunikationsströme zwischen Verwaltung und Bürger muss in Zukunft digitalisiert abgewickelt werden können.
- Die Veröffentlichung von Rechtsnormen muss im Internet erfolgen.

Öffentlicher Dienst

Die **F.D.P.** hält am Berufsbeamtentum fest, möchte aber den Öffentlichen Dienst flexibler und moderner gestalten. Effizienz und Qualität des Öffentlichen Dienstes müssen gewährleistet und fortentwickelt werden.

Die Bezahlung im Öffentlichen Dienst muss sich stärker als bisher am Leistungsprinzip orientieren. Sie muss einem Vergleich mit der Bezahlung außerhalb des Öffentlichen Dienstes standhalten.

Die **F.D.P.** spricht sich für eine Flexibilisierung der Laufbahnstrukturen aus und besteht darauf, dass fachliche Qualifikation und Führungskompetenz bei der Besetzung von Führungspositionen strikt beachtet werden. Daneben muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine Ausweitung von Teilarbeitsplätzen sowie Teilzeitbeschäftigte- und Beurlaubungsmöglichkeiten weiter verbessert werden.

Rechtspolitik des Bundes

Die **F.D.P.** hat klare Vorstellungen von einer modernen Rechtspolitik. Auf Bundesebene sind in diesem Bereich viele Fragen ungeklärt.

Die **F.D.P.** fordert

- eine weitere Verkürzung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren unter angemessener Beachtung von Umwelt- und Naturschutzinteressen,
- eine stärkere Förderung der Biotechnologie, um einer zunehmenden Fortschrittsfeindlichkeit entgegenzuwirken. Die Arbeit der Bioethikkommission in Rheinland-Pfalz muss fortgesetzt werden;
- eine weitere Stärkung des Opferschutzes im Strafverfahren, insbesondere für Opfer sexueller Gewalt,
- eine gesetzliche Regelung zur Steuerung einer bedarfsoorientierten Zuwanderung von Ausländern und deren Integration in die Bundesrepublik Deutschland,
- eine konsequente Abschiebung krimineller Ausländer,
- den Erhalt vollwertiger Rechtsmittelinstanzen, um fehlerhafte Gerichtsentscheidungen korrigieren zu können,
- den Erhalt eines bürgernahen Gerichtsaufbaus.

Europäische Rechts- und Innenpolitik

Die europäische Integration wird von der **F.D.P.** mit Nachdruck unterstützt. Die Verlagerung von Kompetenzen auf europäische Institutionen darf aber nicht zu einer Aushebelung zentraler Landeskompotenten führen.

Die Europäische Rechtsakademie in Trier muss weiter gefördert werden. Ihre Aufgabe als Stätte der Bildung und persönlichen Begegnung dient dem gegenseitigen Verständnis und der Integration auf europäischer Ebene.

KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG

Demokratie beginnt unten. Auf kommunaler Ebene werden die Entscheidungen getroffen, die die Bürger unmittelbar betreffen. Hier kann der Einzelne seine Fähigkeiten und Meinungen am besten und wirksamsten einbringen.

Die **F.D.P.** Rheinland-Pfalz hat dieser Tatsache Rechnung getragen, indem sie sich über Jahrzehnte hinweg für die Urwahl von Bürgermeistern und Landräten sowie für die Möglichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden eingesetzt und das rheinland-pfälzische Kommunalwahlrecht zu einem Personenwahlrecht entwickelt hat.

Die kommunale Selbstverwaltung ist jedoch gefährdet, wenn Städte und Gemeinden nicht über die finanzielle Ausstattung verfügen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.

Zur nachhaltigen Lösung der Haushaltsprobleme in den Kommunen müssen Leistungen und Standards deshalb überprüft und neu definiert werden. Weitere Privatisierungsmöglichkeiten müssen umgesetzt werden. Ziel muss die echte Privatisierung sein, bei der auch das Anteilseigentum an kommunalen Betrieben auf Private übertragen wird.

Die kommunalen Verwaltungen müssen noch stärker zu bürgerfreundlichen, modernen und effektiven Dienstleistungsunternehmen umgestaltet werden. Die maßgeblich von der **F.D.P.** Rheinland-Pfalz betriebene Zusammenlegung von Verwaltungsbehörden war ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg sollte konsequent weiter beschritten werden.

Die **F.D.P.** Rheinland-Pfalz tritt dafür ein, dass

- möglichst viele private Initiativen in den Städten und Gemeinden unterstützt werden, da diese die Qualität unserer Gesellschaft wesentlich ausmachen,
- der kommunale Finanzierungsausgleich so gestaltet wird, dass leistungsstarke Kommunen nicht bestraft werden und ein funktionierender Wettbewerb zwischen Kommunen geschaffen wird,
- Kommunen vom Land gefördert werden, die zur Erfüllung bestimmter Aufgaben durch verstärkte Kooperation mit dem Umland kostengünstigere Lösungen mit Nachbargemeinden erreichen,
- die Gewerbesteuer durch die Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer und Zuschlagsrechte zur Lohn- und Einkommensteuer ersetzt wird.

Innerstädtischer Einzelhandel

Die **F.D.P.** setzt sich für attraktive Innenstädte mit einem breitem Angebot an Waren und Dienstleistungen ein. Eine „Amerikanisierung“ der Innenstädte ist nicht Ziel der **F.D.P.**. Wir sind allerdings der Meinung, dass dies nicht auf dem Wege über Verordnungen und ähnliche Reglementierungen (z.B. unterschiedliche Ladenöffnungszeiten zwischen Innenstadt und "Grüner Wiese") erfolgen kann und darf, sondern dass die Gewerbetreibenden, deren Verbände und Kommunen in einen Wettbewerb um das umfassendste Angebot, den besten Produkten und dem exzellentesten Service zu den Anbietern am Standort treten müssen.

Die **F.D.P.** fordert daher

- die Einrichtung eines Landeswettbewerbs „Attraktive Innenstadt“. Hier sollen herausragende Ideen und Leistungen prämiert und so zur Nachahmung empfohlen werden;
- ein landesweites Netzwerk von Einzelhandelsverbänden, Stadtmarketingspezialisten, Wirtschaftsförderern und Hochschulen zur Entwicklung und Evaluierung von Konzepten und dem Aufspüren von „Best-Practice“ - Beispielen.

LANDWIRTSCHAFT, WEINBAU UND FORSTEN

Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist Teil einer lebendigen Volkswirtschaft und steht in einem ständigen Umstrukturierungsprozess, der den bäuerlichen Unternehmen große Kreativität, Flexibilität und Stabilität abverlangt. Ziel liberaler Agrarpolitik bleibt es, weiterhin den landwirtschaftlichen Betrieben möglichst viel eigenen Gestaltungsraum für ihre unternehmerischen Aktivitäten zu gewährleisten.

Die etwa 40.000 landwirtschaftlichen Unternehmen produzieren nicht nur eine Vielzahl hochwertiger und gesunder Nahrungsmittel, sondern gestalten durch naturnahe, umweltschonende Wirtschaftsweise höchst attraktive Lebensräume. Den leistungsstarken Haupterwerbsbetrieben kommt eine Schlüsselfunktion in der Gestaltung des ländlichen Raumes zu. Darüber hinaus leisten Nebenerwerbsbetriebe einen zusätzlichen Beitrag für die Erhaltung der Kulturlandschaft. Um diese vielschichtigen und wichtigen Aufgaben wahrnehmen zu können, müssen in der Zukunft durch neue Produkte neue Märkte erschlossen, die Aktivitäten für den Naturhaushalt honoriert und die vielfältigen Dienstleistungen in den allgemeinen Wirtschaftsprozess integriert werden.

Damit die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz weiterhin eine unternehmerische Perspektive erhält, ist es Aufgabe liberaler Landespolitik, Freiräume der wirtschaftlichen Gestaltung aufzuzeigen und Impulse für zukunftsweisende Konzepte zu geben.

Herausforderungen der Landwirtschaft für die Zukunft

Zur Zeit sehen sich die landwirtschaftlichen Unternehmen immer stärker in ein ordnungspolitisches Raster von EU-Steuerungsmechanismen (Agenda 2000) eingezwängt. Quotierungen und Interventionsmechanismen wechseln mit Förderprogrammen und direkten Einkommensübertragungen ab. Auch wenn die Unterstützung der Betriebe auf absehbare Zeit notwendig ist, dürfen dirigistische Maßnahmen nicht zum Ziel einer modernen Agrarpolitik in Rheinland-Pfalz werden.

Vor allem die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union nach Osten darf nicht dazu führen, dass wiederum die heimische Landwirtschaft die Hauptlast trägt. So müssen beispielsweise die Getreide- und Ölsaatenbeihilfen auch nach der Vergrößerung der EU für die deutschen Landwirte gewahrt werden. Die EU-Standards bei der Schlachtung und Verarbeitung von Fleisch und Geflügelfleisch müssen auch sofort bei den Neumitgliedern gelten, sonst besteht die Gefahr, dass die heimischen Erzeuger und Verarbeiter unter einen nicht kalkulierbaren Kostendruck geraten.

Des Weiteren wird die heimische Landwirtschaft durch die so genannten Reformbeschlüsse der grün-roten Bundesregierung in Berlin zusätzlich drangsaliert. Zu nennen sind hier die Senkung der Vorsteuerpauschale, die Kürzung der Bundesmittel zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, die Einführung der „Öko-Steuer“,

verbunden mit einer Kürzung bei der Gasölbeihilfe, sowie weitere Kürzungen des Bundesanteils bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung, der Junglandwirteförderung, der Marktstrukturverbesserung, der ländlichen Bodenordnung sowie bei der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete.

Marktorientierung

Die Zukunft von Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz entscheidet sich an der Fähigkeit, sich unter Berücksichtigung der regionalen Märkte an den Erfordernissen des Marktes auszurichten. Es ist deshalb zwingend notwendig, strukturelle Überschüsse abzubauen und gleichzeitig die Marktposition zu stärken. Eine konsequente Ausrichtung der Angebotspalette auf die Erfordernisse des Marktes ist hierzu eine Grundvoraussetzung.

Es muss aber auch eine deutliche Verbesserung der Vermarktungsstrukturen erreicht werden. Dazu sollten die Erzeuger die Erfassung der Produkte stärker als bisher bündeln. Darüber hinaus sieht die **F.D.P.** in der stärkeren Bindung zwischen Erzeugern und Vermarktern, der so genannten vertikalen Vernetzung, einen geeigneten Ansatz. Weiter ist aber auch eine stärkere Bindung zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern und den Verbrauchern durch eine gezielte Förderung der Selbstvermarktung und so genannter Hofläden zu unterstützen. In diesem Zusammenhang hat sich auch die 1994 durchgeführte Zusammenlegung des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums mit dem Landwirtschafts- und Weinbauministerium zu einem Ressort bewährt.

Der Tourismus in Rheinland-Pfalz verzeichnet in den letzten Jahren eine stete Aufwärtsentwicklung. Dies ist u.a. auf die von Landwirtschaft und Weinbau geschaffene abwechslungsreiche und erlebenswerte Kulturlandschaft zurückzuführen. Sowohl die Fremdenverkehrsbetriebe als auch die landwirtschaftlichen Unternehmen profitieren von dieser Entwicklung, die durch gezielte Maßnahmen liberaler Wirtschaftspolitik gefördert wird. Die **F.D.P.** wird den Ausbau der Urlaubsregion Rheinland-Pfalz in Verbindung mit Landwirtschaft und Weinbau massiv vorantreiben.

Strukturverbesserung und Wettbewerbsfähigkeit

Die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft kann nur durch weitere Kostenreduzierung sichergestellt werden. Ansatzpunkte zur Senkung der Produktionskosten ergeben sich durch betriebliche Weiterentwicklung, innovative Produktionstechniken, überbetriebliche Zusammenarbeit und Bodenordnungsverfahren. Auch wenn ökologische Aspekte berücksichtigt werden müssen, bildet die Schaffung von wirtschaftlich günstigen Flächeneinheiten nach wie vor den Hauptschwerpunkt, um eine agrarstrukturelle Verbesserung zu gewährleisten. Die **F.D.P.** wird auch weiterhin für die hohe finanzielle Unterstützung von Bodenordnungsverfahren eintreten.

In diesem Zusammenhang gilt es, die Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen im Rahmen so genannter Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, gemäß dem geltenden Landespfllegegesetz, deutlich zu reduzieren. Die **F.D.P.** setzt sich in diesem

Zusammenhang dafür ein, dass ökonomische Aspekte stärker berücksichtigt werden und dass landespflgerische Aspekte nicht mehr zu Lasten der Landwirtschaft durchgesetzt werden. Die **F.D.P.** fordert eine Änderung des derzeit geltenden Landespflgegesetzes mit dem Ziel, Eigentümer und Landnutzer gleichberechtigt an der Entwicklung im Sinne des Landespflgegesetzes zu beteiligen.

Damit sich der Wettbewerbsnachteil unserer Landwirtschaft gegenüber dem benachbarten EU-Ausland nicht noch weiter vergrößert, ist der Einsatz von gefärbtem Heizöl als Kraftstoff für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge von landwirtschaftlichen Betrieben zuzulassen.

Die Beibehaltung der Grundsteuer A für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke ist nicht mehr zu rechtfertigen. Als Produktionsmittelsteuer kann auf diese ebenso verzichtet werden, wie auf die Gewerbekapitalsteuer bei gewerblichen Betrieben. Der Steuerausfall, der hauptsächlich in den ländlichen Gemeinden zu verzeichnen wäre, ist auszugleichen.

Die **F.D.P.** in Rheinland-Pfalz wird auch in Zukunft alles daran setzen, ihre durch liberale Politik in Deutschland erreichte Spitzenstellung bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung und bei der Junglandwirteförderung zu sichern und auszubauen. Auch in Zukunft soll sichergestellt sein, dass es bei Anträgen auf Investitionsförderung keine Wartelisten gibt. Darüber hinaus wird sich die **F.D.P.** dafür einsetzen, Entbürokratisierung voranzutreiben und investitionsfeindliche Auflagen und Verfahrenswege, beispielsweise im Baurecht und beim Emissionsschutz, zu vereinfachen.

Grundzüge liberaler Weinbaupolitik

Die rheinland-pfälzische Weinwirtschaft steht in einem internationalen Wettbewerb, der uns große Chancen eröffnet. Unsere Standortvorteile sind die natürlichen Wachstumsbedingungen, eine ausgereifte Technik und das Know-how der Betriebsleiter.

Ziel liberaler Weinbaupolitik ist die Erhaltung des mittelständisch geprägten Weinbaus in Rheinland-Pfalz und die Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit.

Qualitäts- und Marktpolitik stehen im Mittelpunkt der begleitenden weinbaupolitischen Maßnahmen für diesen in Rheinland-Pfalz sehr wichtigen Berufszweig. Der Abbau bürokratischer Hemmnisse und eine weitgehende Deregulierung sind dringend erforderlich.

Für die Verbesserung der Positionierung rheinland-pfälzischer Weine im Inland und beim Export ist eine Qualitäts- und Marktoffensive notwendig. Dazu müssen die Angebots- und Vermarktungsstrukturen entscheidend gestärkt werden.

Hierzu sind nötig:

- die weitere Verbesserung der Grundqualität rheinland-pfälzischer Weine,
- eine innovative Weinerzeugung, die dem technischen Fortschritt aufgeschlossen ist, ohne die „Natürlichkeit“ des Weines zu gefährden,
- die Erzeugung und Vermarktung moderner Weintypen, insbesondere für die Exportmärkte,
- Anreize für eine Marktspaltung in Qualitäts- und Verarbeitungsweine,
- die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Erzeugern und einem kreativen Weinhandel, Gastronomie und Tourismus sowie die Unterstützung bei der Entwicklung neuer Produkte,
- der weitere Ausbau und die Unterstützung der direkt vermarktenden Betriebe,
- Initiativen für eine moderne Aufmachung und für vereinfachte verbraucherorientierte Bezeichnungen der Weine,
- noch effektivere nationale Weinwerbemaßnahmen,
- vermehrte Kooperation und gemeinsame Auftritte von Unternehmungen der rheinland-pfälzischen Weinwirtschaft an den Märkten im In- und Ausland,
- die Erhaltung der hohen Betriebsleiterkompetenz durch eine moderne Bildungs- und Forschungspolitik in Rheinland-Pfalz,
- die fachliche Aus- und Weiterbildung des Weinhandels und der Gastronomie,
- die Verbesserung der Anbaumethoden in den Bereichen Pflanzdichte, Rebsortenauswahl, Düngung, Schädlings- und Wildkrautbekämpfung, Rebenerziehung sowie Ertragsreduzierung,
- Anreize für die Winzer, sich als Landespfleger verdient zu machen,
- die noch engere Verknüpfung von Weinwerbung mit Tourismus und Kurbetrieb,
- erleichterte Voraussetzungen bei Baumaßnahmen zur Modernisierung von Weinbaubetrieben,
- statt Ausgleichsflächen zu stellen, der Landschaftspflege zugute kommende Ausgleichzahlungen zu leisten;
- die kritische Hinterfragung der deutschen Qualitätsweinprüfung.

Die Fördermaßnahmen sollen vorrangig der Erhaltung wettbewerbs- und zukunftsfähiger Betriebe dienen.

Die konsequente Fortentwicklung der Bodenordnung dient dem rationellen Betriebsmitteleinsatz und sichert die Zukunftsfähigkeit der Betriebe.

Die Erhaltung des Steillagenweinbaus ist wegen seiner erheblichen regionalen ökonomischen und landeskulturellen Bedeutung ein besonderer Schwerpunkt liberaler Weinbaupolitik. Außerdem ist eine effiziente Beratung zum neu aufgelegten EU-Umstrukturierungsprogramm sicherzustellen.

Milchwirtschaft

In den Mittelgebirgen von Rheinland-Pfalz ist die Landwirtschaft auf Grund der natürlichen Gegebenheiten durch die Rindviehhaltung geprägt. Dabei steht die Milchviehhaltung an erster Stelle. Ohne eine rentable Landwirtschaft ist die Existenz dieser wichtigen ländlichen Kulturräume nicht denkbar.

Die Milcherzeugung bildet, verbunden mit dem verarbeitenden Gewerbe das Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Regionen. Dazu gibt es jetzt und in Zukunft keine Alternative.

Die in Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehende Milchquote entspricht - im Veredlungsprodukt betrachtet - einem Produktionswert von weit über einer Milliarde Mark. Etwa 9.000 Rindviehhalter, davon 4.000 Milchkuhhalter, tragen mit ihren Familienangehörigen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zum Leben im ländlichen Raum bei.

Diesen Fakten ist ein besonderes Augenmerk zu schenken. Die Politik hat die Aufgabe, unter der noch bestehenden „Schutzwand“ der Milchreferenzmengenregelung die Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Milcherzeugung verbessern. Neben dem Abbau von Wettbewerbsverzerrungen müssen die Förderung zeitgerechter Haltungs- und Managementsysteme sowie Arbeit sparender Techniken dabei Schwerpunkte sein, Kooperationen dürfen auch durch steuerliche Aspekte nicht behindert werden.

Gemüsebau und Obstbau

Die **F.D.P.** spricht sich für eine kontinuierliche und an der Nachfrage orientierte Ausweitung des Gemüse- und Obstanbaus aus. Deshalb sollen nicht nur Mittel für die Schaffung von Beregnungssystemen, sondern auch für die Weiterentwicklung von Vermarktungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Da Obst- und Gemüsebaubetriebe während der Erntezeit auf zusätzliche Arbeitskräfte zwingend angewiesen sind, fordert die **F.D.P.** eine flexiblere Ausgestaltung der Saisonarbeitskräfteregelung für die Landwirtschaft. Zur effizienten Beikrautbekämpfung müssen im Rahmen der kontrolliert-integrierten Produktion genügend Wirkstoffe zur Verfügung stehen.

Marktfruchtbau

Nach wie vor haben Getreide, Ölfrüchte und Zuckerrüben einen erheblichen Stellenwert in rheinland-pfälzischen Ackerbautrieben. Dies wird auf absehbare Zeit auch so bleiben. Die **F.D.P.** sieht deshalb in der Sicherung der Markt- und Produktionspotenziale in diesen Bereichen einen Schwerpunkt ihrer künftigen agrarpolitischen Arbeit.

Die Getreide- und Ölfrüchteproduzenten leiden unter dem ungerechten System der ertragsorientierten EU-Flächenprämien. Die **F.D.P.** ist für die Abschaffung der Ertragsregionen innerhalb Deutschlands und für eine bundeseinheitliche Flächenprämie bei Getreide sowie bei Ölsaaten. Die in Deutschland sehr hohen produktionsunabhängigen Steuern und Beiträge führen ebenso wie hohe Umweltauflagen zu ungleichen Wettbewerbsverhältnissen, die nicht noch durch eine Verschlechterung bei der EU-Flächenprämie verschärft werden dürfen.

Mit einer Harmonisierung des Mehrwertsteuersatzes auf landwirtschaftliche Produktionsmittel innerhalb der EU will die **F.D.P.** die Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirtschaft beseitigen.

Die Zuckerproduktion ist durch eine klare Strukturierung von Lieferrechten und Anbauverträgen erzeuger- und marktorientiert gegliedert. Die **F.D.P.** sieht deshalb keinen Anlass, die bewährte EU-Zuckermarktordnung zu verändern.

Landwirtschaftliche Arbeitsmärkte

Innerhalb der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft gibt es zwei sehr unterschiedliche Arbeitsmarktsituationen. Neben dem hohen Bedarf an Aushilfskräften im Weinbau und in der Obst- und Gemüseproduktion benötigen immer mehr Marktfrucht-, Veredelungs- und Futterbaubetriebe bei ständig wachsenden Betriebsgrößen qualifizierte Mitarbeiter.

Gerade bei den Aushilfskräften ist der heimische Arbeitsmarkt derzeit nicht in der Lage, den Bedarf auch nur annähernd abzudecken. Die in den letzten Jahren zunehmende Regelungsdichte des Sozial- und Steuerrechts hat nicht zu einem stärkeren Einsatz deutscher Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beigetragen und muss deshalb wieder liberalisiert werden.

Gentechnik

Gentechnik hat mittlerweile in bedeutenden Teilen unserer Wirtschaft Einzug gehalten, wie zum Beispiel in der Medizin, der Biotechnologie und der Pharmazie. Das grüne Gentechnikzentrum in Neustadt an der Weinstraße für Weinbau, Gemüsebau, Obstbau und Gartenbau soll weiter ausgebaut werden mit dem Ziel, die Züchtung von krankheitsresistenten Pflanzen zur deutlichen Verminderung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes voranzutreiben. Gesunde, qualitätsbewusste Produkte bei stabilen Erträgen sollen hierdurch erreicht werden.

Landwirtschaft und Umwelt

Die bisher in Rheinland-Pfalz angebotenen Förderprogramme bei der integriert-kontrollierten Wirtschaftsweise und des ökologischen Landbaus und Weinbaus sind auf Zustimmung gestoßen. Frei von ideologischen Scheuklappen wird die **F.D.P.** auch weiterhin die gleichrangige Förderung beider Maßnahmen durchsetzen. Hierdurch ist es in Rheinland-Pfalz gelungen, mit einer umweltschonenden Wirtschaftsweise sowohl

ökonomische als ökologische Ziele sinnvoll und wirkungsvoll miteinander zu verknüpfen.

Forstwirtschaft

Wir wollen eine naturnahe und nachhaltige Forstwirtschaft.

45 Prozent der heutigen Fläche von Rheinland-Pfalz sind Wald, bedeckt. Tendenz steigend. Die zusammenhängenden Waldgebiete in Rheinland-Pfalz sind größtenteils durch Versauerung schwer geschädigt. Dort kann der Wald nicht mehr so wie gesunder Wald nachwachsende Rohstoffe liefern und für das ökologische Gleichgewicht sorgen. Er kann zunehmend nicht mehr seine zentrale Funktion bei der Erhaltung eines einwandfreien, gesunden Klimas und der Sicherung von Menge und Qualität unseres Trinkwassers sowie der Rückführung von Regenwasser und damit Hochwasservorsorge erfüllen.

Schreitet die Beeinträchtigung durch sauren Regen und Schadstoffeintrag fort, werden die Schäden unumkehrbar. Unsere Wälder verlieren auf unabsehbare Zeit ihre vielfältigen Funktionen und ihre natürliche Schönheit. Umweltkatastrophen nicht bekannten Ausmaßes wären die Folge. Auch wenn die Landespolitik keinen Einfluss auf den Ferntransport der Schadstoffe durch die Luft nehmen kann, so kann sie doch Erhebliches leisten, um negative Folgen zu vermindern.

Liberale rheinland-pfälzische Umweltpolitik muss sich auch in den nächsten Jahren mit den Folgen des Waldsterbens und der Vorsorge gegen dessen weiteres Fortschreiten beschäftigen.

Die **F.D.P.** fordert daher

- eine verstärkte Waldkalkung als kurz- und mittelfristige Kompensationsmaßnahme gegen das weitere Fortschreiten der Versauerungsfront, vor allem um die Freisetzung von Aluminiumionen als besonders gefährliches Gift im Ökosystem Wald zu stoppen (Trinkwasserschutz),
- die Fortführung bzw. die konsequente Umsetzung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung,
- die Erhaltung und Verbesserung der biologischen Vielfalt in den verschiedenen Waldökosystemen,
- eine ordnungsgemäße, standortgerechte Forstwirtschaft vor allem auf ökologisch bedeutsamen Standorten,
- die Förderung der Gesundheit und Vitalität des Waldes durch naturnahe Waldwirtschaft,
- die Unterstützung waldbodenschonender Bewirtschaftungsformen auf besonders gefährdeten Standorten mit dem Ziel, weitere Bodenverdichtungen und damit irreversible Schädigung der Bodenstruktur zu vermeiden,
- ökologisch angepasste Wildbestände,
- den vermehrten Einsatz von einheimischen Baumarten als Roh-, Werk- und Baustoff sowie als Energieträger (Holzschnitzelkraftwerke usw.), da nur Holz eine positive Ökobilanz aufweisen kann,

- die Anwendung moderner EDV- und Kommunikationsmethoden zur Verbesserung des Informationsflusses und der Koordination zwischen unterschiedlichen Behörden, Planungen und Vorhaben, wie Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Landespflege, Flächennutzungs- und Landschaftsplan, Planung vernetzter Biotopsysteme usw., damit gemeinsam entwickelte Zielvorstellungen und Strategien kostengünstiger und schneller in Konzepte und in die Praxis umgesetzt werden können.

Die Waldbesitzer müssen durch die zunehmenden negativen Umwelteinflüsse auf ihren Wald immer mehr Aufgaben zur Bewältigung der ökologischen Leistungsfähigkeit einer nachhaltigen Forstwirtschaft übernehmen, aber der finanzielle Ertrag aus der Forstbewirtschaftung reicht dazu oft nicht aus .

Der Mitte der 90er Jahre begonnene Reformprozess der Forstverwaltung hat bisher nur Erfolge im ökologischen Bereich (Abschaffung von Kahlschlag und Monokultur, Aufbau von stabilen Waldökosystemen) gebracht. Die möglichen und notwendigen ökonomischen Erfolge sind bisher nur zum Teil erreicht worden und müssen durch einen weiteren Reformschritt erzielt werden. Beispiele aus privaten Forstbetrieben zeigen, dass bei naturnaher Waldwirtschaft die ökonomischen Ziele erreicht werden können, ohne die ökologische Zielseitung zu gefährden.

Wir wollen den Staatswald durch eine naturnahe Waldwirtschaft gewinnbringend gestalten. Die **F.D.P.** will, dass staatliche Zuschüsse zur Staatswaldbewirtschaftung nach Möglichkeit völlig abgebaut und Gewinne erzielt werden, andernfalls ist die Privatisierung anzustreben. Maßnahmen zur Sicherung der für die Allgemeinheit wichtigen Aufgaben des Waldes sollen für alle Waldbesitzarten gleichermaßen angeboten werden.

Wir wollen die Jagdpolitik weiter liberalisieren. Mit der Änderung des Jagdgesetzes wurden bereits wesentliche Ziele auf dem Weg einer Liberalisierung der Jagdpolitik verwirklicht. Weitere Reformen müssen jedoch folgen.

Die **F.D.P.** setzt sich dafür ein, den Abschuss von Schwarzwild zu erhöhen. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, die Jagdsteuer abzuschaffen und die Jagdverwaltung zu vereinfachen. Hierbei ist insbesondere zu prüfen, inwieweit die Verwaltung auf den unteren Verwaltungsebenen nach Einführung der neuen Abschussplanung gestrafft werden kann. Die **F.D.P.** fordert die Verpachtung von staatlichen Jagdrevieren.

UMWELT

Es genügt nicht, Umweltvorschriften gesetzlich zu beschließen oder zu verordnen. Umweltschutz muss in den Köpfen und Herzen der Menschen verankert sein. Für die umweltpolitischen Instrumente der Liberalen gilt deshalb:

Liberaler Umweltschutz braucht Partner

Wir setzen verstärkt auf Kooperation. In Rheinland-Pfalz haben wir es geschafft, in den letzten fünf Jahren freiwillige Vereinbarungen mit großen gesellschaftlichen Gruppen zu erzielen. Wir wollen dieses Instrument weiterentwickeln . Grundlage ist dabei das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung. Der Staat muss auch künftig die Ziele setzen. Aber für die Wege, die dorthin führen, können und müssen wir verstärkt den Sachverständigen der Wirtschaft nutzen. Kooperative Umweltpolitik setzt auf ökonomische Anreize, freiwillige Vereinbarungen und Information. Marktwirtschaftsverträgliche Instrumente sind neben Steuern und Gebühren auch Versicherungspflichten, direkte Zuschüsse, Selbstverpflichtungen, die Privilegierung umweltfreundlicher Produkte sowie Kostenreduzierungen bei umweltfreundlichen Maßnahmen durch Intensivierung des Wettbewerbs. Hierzu wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft Leitfäden für branchenspezifische Umweltkonzepte entwickeln.

Kooperation braucht Information

Wir erleichtern den Zugang zu Umweltinformationen. Das Recht auf Umweltinformationen spielt in der modernen Gesellschaft für uns Liberale eine nicht mehr wegzudenkende Rolle. Zunehmend sind die Bürger sowie Verbände im Umweltbereich an Informationen über die Umwelt interessiert.

Wesentliche Ziele sind daher, ein übersichtlich gestaltetes, umfassendes Kompendium der Umweltdaten zu entwickeln, den freien Zugang zu Umweltdaten für die Bürger zu erleichtern und zu vereinfachen, den "Leitfaden Umweltinformationen Rheinland-Pfalz" fortzuschreiben und die Daten aufeinander abzustimmen oder zu integrieren, und zwar nicht nur ressourcen-, sondern auch ressortübergreifend.

Reinhaltung von Boden, Wasser und Luft

Wir brauchen ein wirksame Altlastensanierung. Wo immer ein Verursacher oder sonst Verantwortlicher greifbar ist, ist er für die Sanierung verantwortlich. Wenn diese aber nicht mehr greifbar oder nicht leistungsfähig sind, soll der neu gebildete Altlastensanierungsfonds Rheinland-Pfalz eintreten. Der Altlastensanierungsfonds soll aber vor allem auch mittelständischen Unternehmen, die eine Altlastensanierung finanziell nicht verkraften können und dadurch in den Konkurs getrieben würden, zinsgünstige Darlehen gewähren, um die Altlasten zügig beseitigen zu können. Hierzu muss der Altlastensanierungsfonds weitere Mittel akquirieren.

Wasserschutz

Wir brauchen gemeinsame Strategien und Konzepte.

Obwohl die Wassergüte in allen rheinland-pfälzischen Gewässern erheblich gesteigert werden konnte, bestehen hinsichtlich der Gewässerstruktur und dem Schutz der Auen weiterhin erhebliche Defizite. Wir begrüßen deshalb den Beginn der Gewässerstrukturmärtierung. Gleichzeitig fordern wir aber eine bessere Abstimmung mit sonstigen vorhandenen, umweltrelevanten Daten wie z.B. der Biotopkartierung. Eine bessere Abstimmung verringert nicht nur die Kosten, sondern muss auch zu gemeinsamen Maßnahmen führen. Wasserwirtschaft und Landespflege müssen stärker zusammenarbeiten.

Der Erhalt und die Instandsetzung von Hochwasserschutzanlagen muss weiter erfolgen. Überschwemmungsgebiete müssen erhalten oder - soweit sinnvoll - wiederhergestellt werden. Es ist eine frühzeitige planerische Einflussnahme auf die potentiell hochwassergefährdeten Flächen erforderlich, um diese von entgegenstehenden Nutzungen frei zu halten oder spezifische Anforderungen an die Nutzungen durchzusetzen. Der Schutz und die weitere Sanierung der Fließ- und Standgewässer bleiben wichtige Aufgaben.

Wir wollen in ganz Rheinland-Pfalz Trinkwasser in höchster Qualität und ausreichender Menge sicherstellen. Vorsorgendes Denken hat in der Wasserpolitik der Liberalen höchste Priorität. Eine nachhaltige Sicherung der Wasserversorgung ist nur dann möglich, wenn das Grundwasser auch flächendeckend geschützt ist. Flächige Einträge müssen weiter verringert werden.

Abwasser

Wir wollen die Einträge in oberirdische Gewässer so gering wie möglich halten.

In Rheinland-Pfalz wurden in den letzten Jahrzehnten 3.000 kommunale Kläranlagen und ein landesweites Netz von Abwasserkanälen errichtet. 90 Prozent der Abwässer werden mittlerweile über Kläranlagen gereinigt. Dies ist für einen Flächenstaat ein enormer Erfolg. Der erkennbare ökologische Gewinn zeigt sich an der hohen Gewässergüte. Ein Vergleich der Gewässergütekarten der letzten Jahre und Jahrzehnte beweist: Die Gewässergüte der Flüsse hat sich deutlich verbessert. Dieser Weg muss weiter beschritten werden.

Wir wollen die allgemeine Abwasserabgabe ersetzen durch eine zielgenaue, gerechte Verschmutzungsgebühr. Für uns Liberale ist die bundesweite allgemeine Abwasserabgabe überflüssig geworden. Wir wollen, dass diejenigen, die Gewässer verschmutzen, direkt und zielgerichtet zur Kasse gebeten werden.

Luft und Klima

In der Luftreinhaltung gibt es große Erfolge. Der Ausstoß an Schwefeldioxyd pro erzeugte Kilowattstunde ist gegenüber 1976 um 98 Prozent auf sensationelle zwei Prozent zurückgegangen. Ein weiterer Erfolg ist z. B. der Ausstieg aus Produktion und Anwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen. Eine besondere Belastung geht vom Verkehr aus. Eine deutliche Verbesserung müssen wir bei den NOx-Emissionen erreichen, die zu 70 Prozent auf den Verkehr zurückgehen.

Wir wollen die Schadstoffbelastungen beim Verkehr reduzieren.

Wir wollen den Weg für den Einsatz flexibler marktwirtschaftlicher Instrumente (z.B. handelbare Emissionsrechte, Joint Implementation, Clean Development Mechanism) ebnen.

Natur und Landschaft bewahren

Wir wollen modernen, dynamischen Naturschutz, der sich nicht auf einzelne, besondere Naturschutzgebiete beschränken kann.

Weit verbreitet ist der Irrtum, dass Naturschutz vor allem den Schutz seltener Tier- und Pflanzenarten bedeute.

Der Reservatsnaturschutz hat sich überlebt.

Wir wollen eine Modernisierung des Landespflagegesetzes mit dem Ziel,

- den kooperativen Naturschutz zu regeln,
- den Vertragsnaturschutz zu ergänzen,
- historische Kulturlandschaften als Schutzaspekt aufzunehmen.

Wir wollen mehr darüber wissen, wie sich unsere Umwelt entwickelt.

Die Entwicklung unserer Umwelt ist nicht einfach mit irgendwelchen Geräten messbar. Wohin sich die Umwelt entwickeln soll und wie weit sie auf diesem Weg ist, sind vielmehr Werturteile, an dessen Entwicklung sich alle gesellschaftlichen Gruppierungen beteiligen. Daher wollen wir politische Entscheidungen immer stärker in diesen Wertbildungskontext einbinden. Dazu ist es aber erforderlich, dass sich die Landespolitik viel stärker als bisher mit wesentlichen Entscheidungsträgern auseinandersetzt. Dazu ist alle zwei Jahre ein Bericht des Landespflagebeirates gegenüber dem rheinland-pfälzischen Landtag vorzulegen.

Wir wollen eine stärkere Beteiligung und Information der Eigentümer durch die Umweltbehörde.

Daher müssen die Umweltbehörden

- die Eigentümer darüber informieren, wenn ihre Flächen in dem landesweiten Biotopverbund liegen oder als schützenswerte Flächen in der Biotopkartierung des Landes erfasst werden,

- pauschal geschützte Flächen katasterscharf abgrenzen und dabei den Eigentümer informieren und beteiligen,
- Eigentümer und Landnutzer über Konsequenzen unterrichten,
- vorbildliche Kooperation zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Kommunen fördern und unterstützen.

Deshalb sind bestehende Landespfliegmittel zu einem Vertragsnaturschutzprogramm zu bündeln.

Wir wollen rheinland-pfälzische Nationalparks entwickeln.

Wir sehen darin die einmalige Chance, in Mitteleuropa in Ursprünglichkeit und Größe einzigartig geschlossenes Waldgebiet weitgehend unberührt und nachhaltig zu sichern. Wir suchen einen vernünftigen Ausgleich der betroffenen Interessen und hoffen auf möglichst breites Verständnis auch der Bürger vor Ort. Wir wollen aber auch, dass diese Schutzgebiete für die Region zu einem Gewinn werden. Dazu müssen verstärkt endogene Kräfte entwickelt werden, der Anstoß hierfür muss allerdings von außen erfolgen. Dafür muss ein Nationalparkentwicklungsprogramm erarbeitet werden.

Wir müssen Erfolge messen, um Misserfolge zu vermeiden.

Wir investieren viel in den Naturschutz. In unterschiedlichen Programmen und Plänen insbesondere aber in der Bauleitplanung werden zahlreiche Auflagen und Festsetzungen für den Naturschutz getroffen. Ob damit der Natur tatsächlich geholfen wird, ob wir tatsächlich schützen, was wir schützen wollen, darüber liegen keinerlei Angaben vor. Wir brauchen daher dringend "Effektivitätskontrollen" des Mitteleinsatzes und ein Monitoringprogramm. Was in anderen Politikbereichen längst Wirklichkeit (Evaluation) ist, existiert im Naturschutz nicht.

Wir müssen die Schutzgebietskonzepte überprüfen: „Nicht immer mehr, sondern immer besser“ ist unsere Devise.

Stetig nehmen die in Rheinland-Pfalz ausgewiesenen Schutzgebiete nach Naturschutzrecht zu. Das darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass immer mehr ausgewiesene Naturschutzgebiete ihre Schutzwürdigkeit wegen mangelnder oder falscher Pflege verlieren. Gleichzeitig werden die anzustrebenden Entwicklungsziele zur weiteren Aufwertung der Naturschutzgebiete in Fachkreisen immer mehr in Frage gestellt. Wir sind daher der festen Überzeugung, dass wir dringend einen Richtungswechsel in der Schutzgebietspolitik brauchen. Nicht immer mehr Schutzgebiete und damit die Quantität ist Ausdruck erfolgreicher Naturschutzpolitik, sondern die Sicherung der Qualität muss im Vordergrund stehen. Naturschutzpolitik nach dem Motto „Zehn Prozent der Landesfläche sind besser als sieben Prozent“ geht völlig an den Notwendigkeiten und den modernen Erkenntnissen im Bereich des Arten- und Biotopschutzes vorbei.

Wir sind der Überzeugung, dass im Naturschutz die pädagogische Aufgabe grundsätzlich ebenso wichtig ist wie jedes andere Ziel. Naturschutzgebiete als sichtbarer Ausdruck naturschützerischen Tuns dürfen von der breiten Bevölkerung nicht länger mit Negativ eigenschaften in Verbindung gebracht werden, nämlich mit

Verboten der verschiedensten Art, denen kaum ein positives Erlebnis gegenüber steht. Dazu muss aber der Naturschutz aus seiner selbst verschuldeten Isolation, aus seinem Spezialisten- und Raritäten-Ghetto heraus. Schutzgebiete müssen sich öffnen für Besucher durch Lenkungsmaßnahmen, Besucherbetreuung und -information (Naturparkranger).

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft hat ein ureigenes Interesse am Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Dieser Schutz wird durch die heimische Landwirtschaft am besten gewährleistet. Was der Naturschutz heute für schützenswert hält, ist vor allem das Ergebnis jahrhundertelanger bäuerlicher Landschaftsnutzung. Bauern sind **auch** Landschaftspfleger.

Nachwachsende Rohstoffe

Für eine moderne Ressourcenpolitik kommt den nachwachsenden Rohstoffen eine steigende Bedeutung zu. Bei der Nutzung nachwachsender Rohstoffe setzen wir sowohl auf die energetische Verwendung (Holz, Stroh, Raps etc.), als auch auf die stoffliche Verwertung (z.B. Hanf).

Historische Kulturlandschaft

Wir wollen mehr wissen über unsere historische Kulturlandschaft. Historische Kulturlandschaften, deren Erhaltung uns vom Bundesnaturschutzgesetz aufgetragen ist, geben einerseits Zeugnis vom Umgang früherer Generationen mit Natur und Landschaft und prägen als solches Zeugnis die Eigenart und die Schönheit heutiger und künftiger Lebenswelt. Die Zerstörung historischer Kulturlandschaft oder ihrer Elemente ist eine Zerstörung von Kultur. Historische Kulturlandschaft zu bewahren ist eine interdisziplinäre Aufgabe, zu der Fachgebiete wie Archäologie, Architektur, Denkmalpflege, Geschichte, Kunstgeschichte, Geographie, Landschaftspflege oder Raumplanung Beiträge leisten können.

Unser Ziel: Nachhaltige Siedlungspolitik

Leben und Wirtschaften im Einklang mit Natur, Politik und Umwelt - dies bedeutet für uns auch umweltgerechte Siedlungspolitik. Die zunehmende Zersiedelung der Landschaft und die Verkehrsprobleme, vor allem in den Ballungsräumen, sind auch Folgen eines rapiden Wandels in der Stadt- und Siedlungspolitik in unserem Jahrhundert. Die früher selbstverständliche Verknüpfung verschiedener Lebens- und Tätigkeitsbereiche ist verloren gegangen.

Wir wollen eine nachhaltige Raumnutzung und Bauleitplanung.

Die Liberalen in Rheinland-Pfalz wollen eine langfristig tragfähige ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung des Landes und seiner Teilläume. Es müssen daher Planungs- und Entscheidungsstrukturen angewendet werden, die auf längerfristigen, zukunftssichernden Konzepten beruhen. Nur diese bieten Gewähr gegen das Übersteuern und Überschießen aufgrund kurzfristigen ökonomischen und sozialen Drucks.

Vorrangig müssen die durch Siedlungstätigkeit und Landschaftsverbrauch verursachten unterschiedlichen Nutzungsansprüche an die Fläche frühzeitig abgestimmt werden. Konflikte zwischen ökologischen und wirtschaftlichen Belangen können vorausschauend so gering wie möglich gehalten oder ganz vermieden werden.

Die Instrumente der Raumplanung (Landes- und Regionalplanung, kommunale Bauleitplanung) sollen daher künftig den Kommunen mehr Planungsspielräume eröffnen. Landes- und Regionalplanung haben dabei die Aufgabe,

- Flächen auszuweisen, die - nach Abwägung mit ökologischen Belangen - grundsätzlich für Gewerbe und Wohnen geeignet sind,
- Flächen auszuweisen, die ausschließlich dem Schutz natürlicher Ressourcen dienen (z.B. Schutz des Grundwassers, Sicherung des Arten- und Biotopschutzes),
- Handlungsfelder für die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen aufzuzeigen, beispielsweise bei der Zuordnung von Wohnbau- und Gewerbeplänen zur Verringerung des Verkehrsaufkommens.

Das Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz und die neu aufzustellenden regionalen Raumordnungspläne sollen entsprechend abgewogene Ziele enthalten. Die Lösung von Konflikten erst auf der Ebene der Bauleitplanung ist im Vergleich dazu zeitraubend und sehr viel teurer.

In der Bauleitplanung der Gebietskörperschaften sind neben der wirtschaftlichen und städtebaulichen Entwicklung die Erhaltung, die Wiederherstellung und überlegte Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sicherzustellen:

- Wohn- und Gewerbebetriebe sind zumindest in Ballungsräumen gemeinsam mit Nachbarkommunen zu planen und zu erschließen. Gemeinden, die dies tun, sollten künftig gesondert gefördert werden.
- Die Bauleitplanung muss einen aktiven Beitrag zur Sicherung und Entwicklung ökologisch wertvoller Flächen leisten. Ökologische Belange müssen mit ihrem spezifischen Stellenwert in der Abwägung mit anderen Belangen berücksichtigt werden.

Eine Stadtplanung, die die Bedürfnisse nach überschaubaren Nachbarschaften und nach einer naturnahen Umwelt nicht berücksichtigt, fördert Vereinzelung, Gewalt und Vandalismus. Städte ohne Natur treiben immer mehr Menschen zu Wochenend- und Freizeitflucht in die Erholungsgebiete.

- Wir wollen lebendige und vielfältige Städte und Dörfer, in denen Wohnen und Arbeiten zusammengehören.
- Wir wollen, dass sich Stadtplanung und Architektur wieder stärker dieser Bedürfnisse jedes Einzelnen nach Begegnung mit Mensch und Natur annehmen.

In einer lebendigen, vielfältigen Stadt gehören Wohnen und Arbeiten zusammen. Das verlangt Rücksichtnahme und Toleranz von beiden Seiten. Es ist schizophren, im Namen von Lärm- oder Umweltschutz die Auslagerung von Betrieben zu verlangen und andererseits den daraus resultierenden Verkehr zu beklagen.

Wir wollen eine drastische Reduzierung des Freiflächenverbrauchs. Ökologische Stadt- und Dorferneuerung ist nicht nur Grün- und Landschaftsgestaltung oder die Durchführung von Energiesparmaßnahmen. Ökologische Planung bezieht alles ein, was dem umfassenden Schutz unseres Lebensumfeldes dient. Wir wollen Maßstäbe für ökologischen Städtebau und ökologische Dorferneuerung setzen:

- Beispielhaft Vorhaben der ökologischen Stadterneuerung unterstützen und fördern,
- ökologisch orientierten, familiengerechten und kinderfreundlichen Wohnungsneubau fördern, in dem die getrennten Funktionen Wohnen, Arbeit und Freizeit wieder stärker zusammengeführt werden,
- im Dorferneuerungsprogramm eine ressourcenschonende Bebauung, eine dezentrale Abfallsortung und die Nutzung erneuerbarer Energien fördern,
- in der Städtebauförderung die ökologische Stadsanierung zu einem Schwerpunkt machen.

Verbraucherfreundliche, umweltverträgliche und preiswerte Abfallwirtschaft

Wir wollen verständliche, transparente und gerechte Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallsatzungen (Stichworte: Transparenz, Verständlichkeit, Wahlmöglichkeiten, Anreize zur Vermeidung, Akzeptanzförderung).

Rechtsrahmen

Wir wollen mehr Rechtsklarheit und eine Entschlackung der bestehenden Umweltvorschriften.

Derzeit bestehen oft noch unterschiedliche Gesetze für gleiche Sachverhalte. Dies schafft unnötig komplizierte und verwirrende Rechtslagen. Die Liberalen fordern deshalb ein in sich konsistentes Umweltrecht, das seine ordnungspolitische Ermächtigung aus den Wirkungen für Umwelt und Gesundheit ableitet. Es ist nicht wichtig, was "rein-" sondern nur was "raus"-kommt (Emissionsbetrachtung).

Keine Beschränkung auf Ordnungsrecht

Wir brauchen ein maßvolles und wirksames Ordnungsrecht.

In Deutschland gelten heute bereits über 800 Umweltgesetze, 2.770

Umweltverordnungen und rund 4.690 Verwaltungsvorschriften. Immer mehr Bürokratie, immer mehr Überwachung, immer mehr Kosten, immer mehr Vollzugsdefizite. Das Umweltrecht wird immer unübersichtlicher.

Das kann so nicht weitergehen. Mit einer ersten Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung ist Rheinland-Pfalz schon recht erfolgreich gewesen. Weiterhin sind große Anstrengungen in Richtung Deregulierung notwendig. Gleichwohl können wir auf vernünftige, effiziente und vollziehbare Gesetze nicht verzichten. Wir beschränken uns aber nicht allein auf **das** Ordnungsrecht.

Nach diesen Gesichtspunkten muss eine Überarbeitung des Umweltrechtes erfolgen. Dabei muss Beachtung finden, dass die derzeit bestehende Unzahl von Bestimmungen rechtskonformes Verhalten vor allem für kleine und mittlere Betriebe oft unmöglich macht. Eine Totalsanierung unter den Gesichtspunkten Demokratisierung, Entbürokratisierung und Rechtsklarheit ist fällig.

Ziele und Vorgaben

Wir wollen Ziele und Vorgaben der Abfallpolitik zeitgemäß definiert wissen.

Aus dem Hauptproblem der Abfallpolitik der achtziger Jahre, den rasch wachsenden Müllbergen Einhalt zu gebieten, entstand die Zielvorgabe, Müllmengen zu vermeiden. Diese Politik war so erfolgreich, dass durch die neuen Techniken der Wertstoffrückgewinnung, dem mengenreduzierten Produktdesign, der Einführung von Stoffstrommanagement in den Firmen und der Getrenntsammlung in den Haushalten die Ziele schneller erfüllt waren, als je vorausschauend berechnet wurde. Heute sind vielerorts vorhandene Verwertungs- und Entsorgungskapazitäten nicht ausgelastet. Da die politischen Ziele der 80er Jahre weitgehend erfüllt sind, muss die moderne Umweltpolitik weiterdenken, um Umweltbelastungen zu verhindern.

Aus Sicht der Liberalen wird es höchste Zeit, dass sich die Umweltpolitik und damit die Umweltgesetzgebung auf das eigentliche Problem konzentriert, nämlich auf die mit der Verwertung und Entsorgung verbundenen Emissionen und Eingriffe in die Natur und die Landschaft.

Auf Emissionen und Eingriffe bezogene Restriktionen sind notwendig. Sie müssen definiert und damit auch durchsetzbar sein. Dann kann der Markt die ökonomisch effizienten Abfallmengen sowie die Vermeidungs- und Verwertungsoptionen herausfinden.

Duales System (DSD)

Wir fordern eine Beschränkung des Dualen Systems auf ökologisch und ökonomisch sinnvolle Verpackungen.

Die öffentliche Kritik am so genannten "Grünen Punkt" kommt nicht zur Ruhe - und das aus gutem Grund. Die vom Grünen Punkt erfassten Verpackungsabfälle stellen nur 18 Prozent des Gewichtes des Hausmülls bzw. nur 2,3 Prozent des Gewichtes des gesamtdeutschen Abfallaufkommens dar.

Mehr als fraglich ist, ob das System DSD ökologisch auch nur irgendeinen Vorteil bringt. Um die gesetzlich vorgeschriebenen Recyclingquoten zu erzielen, muss der "Gelbe Sack" in der Regel - von Hand - sortiert werden. Er darf daher nicht verpresst transportiert werden. Das bedeutet, dass ein LKW, der diese so genannte Leichtmüllfraktion transportiert, nach nur sieben Kilometern Wegstrecke mehr Emissionen erzeugt, als die von ihm transportierte Müllmenge bei einer Müllverbrennung erzeugen würde.

Gebührensenkung wird durch Wettbewerb möglich. Die Liberalen wollen einen Markt für Abfall schaffen. Neue Verfahren und andere Anbieter sollen deshalb in Rheinland-Pfalz immer dann eine Genehmigung erhalten, wenn sie vernünftige Lösungen und gleichzeitig ein hohes Umweltschutzniveau anbieten. Jede Monopolstellung steht diesem Grundsatz entgegen. Deshalb werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass Kostensenkung durch mehr Wettbewerb möglich wird - auch beim geltenden Recht.

Einweg contra Mehrweg

Wir wollen, dass die Frage „Einweg oder Mehrweg?“ am Markt entschieden wird.

Die deutsche Verpackungsindustrie und die jeweilige Nahrungsindustrie liefern sich bereits über Jahre hinweg einen erbitterten Streit in Sachen „Mehrweg contra Einweg“. Beide Seiten munitionieren sich in diesem Gefecht mit zahlreichen wissenschaftlichen Studien, Gutachten und Gutachtern bzw. rufen jeweils die Gerichte auf Kosten der Bürger an. Es konnte nie bewiesen werden, dass eine der beiden Verpackungsformen gegenüber der anderen in der Ökobilanz Vorteile bringt. Die Liberalen fordern daher einen Ausweg aus der Quotenvorgabe. Ob Mehrweg oder Einweg muss der Markt entscheiden und damit letztlich der Verbraucher - nicht der Staat. Ein Dosenpfand halten wir für ein Strafpfand und lehnen eine Einführung daher ab.

Kosten und Gebühren

Wir wollen, dass die Mittelstandsfeindlichkeit des Kreislaufwirtschaftsgesetzes beseitigt wird.

Die Abfallentsorgung und -verwertung ist einer der wichtigsten Zukunftsmärkte der deutschen Wirtschaft. Dieser Markt teilen sich jedoch immer weniger und immer größere Firmen. Die deutsche Abfallpolitik erscheint als Regulierungsdickicht, das nur die "Großen" mit entsprechender rechtlicher Unterstützung durchdringen können. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz mit seinem gesamten Regelungsrahmen ist insoweit absolut mittelstandsfeindlich.

Wir fordern, dass den bereits bestehenden Überkapazitäten auf den Abfallmärkten nicht weiter Vorschub geleistet wird.

Andererseits unterliegen aber auch die öffentlichen Entsorger zahlreichen Vorschriften zur Preisgestaltung in der Struktur und dem Niveau des Entsorgungsangebotes, so dass ihnen wenig Spielraum für unternehmerisches Handeln bleibt. Besonders wichtig für das Verständnis der aktuellen Überkapazitäten auf den Abfallmärkten ist der den Kommunen verordnete Zwang zur Entsorgungsaufgabe. Alle Bundesländer verpflichteten in Erwartung eines Entsorgungsnotstands die Kommunen zum Bau eigener Entsorgungsanlagen. Es wurde kein fließender Übergang vom Entsorgungsnotstand der achtziger Jahre zu den Überkapazitäten der neunziger Jahre geschaffen. Die Folgen dieser verordneten Autarkie sind der permanente Anstieg der Entsorgungsgebühren und gravierende interregionale Preisunterschiede. Die Liberalen sind daher überzeugt, dass es zur Zeit nicht erforderlich ist, neue Deponien zu errichten.

Wir wollen die bestehenden Regelungen zur kleinräumigen Entsorgungsaufgabe aufheben.

Unbestritten richtig ist das Abfallverbringungsverbot dort, wo eine umweltgerechte Risikobeherrschung im Empfängerland nicht sichergestellt ist. Für alle anderen Empfängerländer ist jedoch das Verbot der Abfallverbringung aus Sicht der Liberalen Protektionismus, das alle Gefahren des Missbrauchs in sich birgt. Nicht zuletzt erzeugt Protektionismus in Form nationaler Entsorgungsaufgabe erhebliche Kosten, die auch ökologisch nicht zu begründen sind.

Die kleinräumige Entsorgungsaufgabe muss aufgehoben werden. Hierzu ist es erstens notwendig, das Regionalprinzip bzw. Autarkieprinzip aufzuheben und zweitens die Marktteilnahme über variable und marktangepasste Preise zu ermöglichen. Das lässt sich natürlich nur im Rahmen einer konsequenten Privatisierung auch des Haushaltsbereichs ermöglichen. Die Liberalen fordern daher ganz klar eine Abkehr vom Prinzip der Entsorgungsaufgabe innerhalb von Europa.

Wir wollen eine Privatisierung des Abfallbeseitigungsmarktes.

Ob Altenkirchen oder Bernkastel-Wittlich - immer wieder müssen sich die kommunalen Gebietskörperschaften von den Gebührenzähler fragen lassen, ob sie nicht zu teuer "einkaufen". Im ersten Fall wurde die Kreisverwaltung per Gerichtsentscheid gezwungen, anstehende Ergänzungen der Entsorgungseinrichtungen öffentlich und europaweit auszuschreiben - was dem Gebührenzähler knapp drei Millionen Mark und damit ein Drittel der geschätzten Gesamtkosten einsparen wird. Bernkastel-Wittlich

wiederum zahlt für Verwertung von Papierabfällen, während andere für ihr Altpapier Geld erhalten. Alleine diese beiden Beispiele zeigen, welch erhebliches Marktpotenzial auszuschöpfen möglich wäre. Die Kunden können sich nicht wehren, sie müssen aufgrund des Anschluss- und Benutzungzwanges jeden Unfug mitmachen. Die Gerichte sind oft ihre letzte Hoffnung. Das ist aus Sicht der Liberalen nicht länger hinnehmbar.

Ohne Anschluss- und Benutzungzwang muss jedes Unternehmen seine Kunden durch ein marktfähiges Preis-Leistungsverhältnis werben. Mit klaren Regelungen zum Schutz der Umwelt und des Menschen, die für alle Abfallerzeuger, -verwerter und -entsorger gelten, muss der Staat diese Privatisierung begleiten.

Gesunde Menschen in einer gesunden Umwelt

Wir wollen umweltbewusst hergestellte Produkte.

Produktionsverfahren und -bedingungen haben einen entscheidenden Einfluss auf die Qualität der Produkte und damit auf den Menschen und seine Gesundheit. Diese komplexen Wirkungszusammenhänge müssen weiterhin intensiv erforscht werden, damit die Grundlagen für treffsichere Entscheidungen in der Zukunft gelegt werden können.

Der steigende Verunsicherung der Verbraucher über die Qualität der Lebensmittel muss durch umfassende Kontrolle und Kennzeichnung entgegengewirkt werden. Die dadurch erhöhte Transparenz soll dem Verbraucher die aus seiner Sicht gefahrlose Nutzung ermöglichen und die Kaufentscheidung erleichtern.

Tierschutz

Für die F.D.P. ist mit der Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung ein wesentliches politisches Ziel erreicht. Die folgenden landespolitischen Maßnahmen sind daher zu verstärken oder einzuleiten:

- Schutz vom Aussterben bedrohter Tierarten durch Erhalt und Schaffung von entsprechenden Lebensräumen,
- artgerechte Haltung von Tieren, die zur Schau gestellt werden; dabei ist eine sorgfältige Abwägung von wirtschaftlichen Interessen gegenüber denen der Tiere vorzunehmen;
- Förderung von art- und verhaltensgerechter Tierhaltung in der Landwirtschaft, Förderung von Produktkennzeichnung aus diesen Haltungen,
- Verstärkung der Kontrollen von Tiertransporten im Transit,
- weniger Tierversuchen zu Ausbildungs- und Forschungszwecken, Förderung von tierversuchsfreien Alternativen in der Forschung und bei Testverfahren,
- Unterstützung von Tierheimen und Tierschutzorganisationen. Sie tragen neben anderen Aufgaben viel zur Verbreitung des Tierschutzgedankens bei.

SCHULE - HOCHSCHULE - WEITERBILDUNG - KULTUR

Bildung ist ein Freiheitsrecht und zugleich der Grundstein für eine humane und leistungsfähige Gesellschaft. Bildung ist die beste Investition in die Zukunft unserer Kinder. Deshalb will die F.D.P.:

Qualitätssicherung statt Lehrerschelte

Das von der F.D.P. angestoßene Qualitätsmanagement in Schulen ist kontinuierlich fortzuführen.

Mehr Verantwortung vor Ort

Die Schule erhält das Recht, Lehrerinnen und Lehrer weitgehend selbst auszuwählen. Darüber hinaus erhält sie ein eigenes Budget für die Einstellung von Vertretungskräften, um schnell und flexibel auf Unterrichtsausfall reagieren zu können. Dazu ist den Schulen eine sachbearbeitende Verwaltungsstelle zuzuweisen.

Wir wollen für alle Lehrkräfte eine volle Beamtenstelle und den Ausstieg aus den 3/4-Angestelltenverträgen, um die besten Lehrer für Rheinland-Pfalz zu gewinnen.

Die Schulleitung erhält die Möglichkeit, bei der Vergabe der Lehrerwochenstunden geringfügige Abweichungen je nach sonstiger Belastung vorzunehmen. Chancengerechtigkeit sollte es nicht nur unter Schülern, sondern auch unter Lehrern geben. Demnach sind die Stellen des Schulleiters strikt nach Führungsqualifikation zu vergeben. Bei Problemen, seien sie fachlicher, didaktischer oder pädagogischer Natur, müssen die Schulleitung und die Schulaufsicht verstärkt als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Die Schulbehörde muss sich zu einem lösungsorientierten Partner der Schulen und der Lehrkräfte weiterentwickeln.

Weiterbildung für Lehrkräfte muss in einem angemessenen Umfang verbindlich werden. Dazu ist das Fort- und Weiterbildungsangebot nachfrageorientiert auszubauen.

Angehende Schulleiter müssen in Anbetracht der zunehmenden Personalführungs- und Managementaufgaben eine entsprechende Ausbildung für Führungskräfte absolvieren. Das von der F.D.P. eingeführte Führungskolleg hat sich bewährt und wird weiter ausgebaut.

Die qualifizierenden Leistungen einer Schule sollen regelmäßig erfasst und vergleichbar mit anderen Schulen veröffentlicht werden.

Qualität der Abschlüsse sichern

Die Schulabschlüsse sollen in ihrer Bedeutung stärker hervorgehoben werden. Das Abitur als allgemeine Hochschulreife darf nicht durch Leistungsverzicht in seinem Ansehen gefährdet werden. Dazu ist dem mündlichen Prüfungsanteil im Abitur künftig größeres Gewicht zu geben.

Zur Aufwertung der Haupt- und Realschulabschlüsse sind Abschlussprüfungen einzuführen. Dies führt auch zu einer erhöhten Vergleichbarkeit der Schulen untereinander.

Wir unterstützen die Eltern in ihrem grundsätzlichen Recht auf Entscheidung über die Wahl der Schullaufbahn für ihre Kinder. Diese Freiheit muss allerdings die Fähigkeiten der Kinder berücksichtigen. Deshalb muss schon am Ende der 6. Jahrgangsstufe die Empfehlung der Klassenkonferenz zu einem Wechsel der Schullaufbahn verbindlich sein. Der Doppelsprung, d.h. mit Hauptschulempfehlung auf ein Gymnasium zu gehen, soll ausgeschlossen werden. Am Ende der Grundschule wird eine Orientierungsarbeit in Mathematik und Deutsch geschrieben, um zu einer höheren Objektivität der Schullaufbahnempfehlung zu gelangen.

Um den Anforderungen des Wirtschafts- und Berufslebens zu genügen, fordert die F.D.P., das Thema „Wirtschaft“ im Rahmen des Faches Sozialkunde an den Gymnasien des Landes verstärkt zu berücksichtigen („WiSo“). Dies beinhaltet eine Aufstockung des Sozialkundeunterrichts in Klasse 10 von derzeit einer auf zwei Wochenstunden. Darüber hinaus sollen die Bemühungen intensiviert werden, dass mittelständische Unternehmer in den Abschlussklassen aller Schularten über ihre Entscheidung für Selbstständigkeit informieren. Die Initiative B.O.S.S. (Berufsorientierung – Schüler werden selbstständig) ist ein erster Schritt auf diesem Weg und sollte jährlich in Rheinland-Pfalz durchgeführt werden.

Nachdem die Landesregierung die Schulzeit für Abiturienten erfolgreich auf zwölfeinhalb Jahre reduzierte, wird die F.D.P. auch weiterhin das Ziel von „12 Jahren bis zum Abitur“ in der Landespolitik anstreben.

Wertorientierung geben

Erziehung und die Vermittlung von Werten werden immer mehr Aufgabe der Schule. Deshalb sind Unterrichtsmethoden, die Lern- und Sozialkompetenz fördern, weiterzuentwickeln. Zur Dokumentation ist ein Beiblatt zum Zeugnis mit aussagefähigen Beurteilungen einzuführen.

Um gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen, ist dort, wo Schulträger dies wünschen, die Einrichtung von Ganztagsschulen zu ermöglichen. In Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen (Vereine, Kirchen, Jugendamt etc.) sind bedarfsgerechte Ganztagsangebote zu entwickeln. Bei einer zunehmenden Zahl von Kindern und Jugendlichen fehlen die positiven sozialen Strukturen im Umfeld. Für diese Kinder und Jugendlichen muss Schule oft

erst einen Orientierungsrahmen schaffen, in dem sie gemeinwesenorientiert leben und lernen können. Erfolg versprechende Projekte, wie z.B. das Projekt "Integrieren durch Befähigen" der Regionalen Schule Sohren-Büchenbeuren, sollte auf Schulen mit ähnlichen Problemen ausgeweitet werden. Hier erhalten Jugendliche, die nur schwer in die Gemeinschaft zu integrieren sind, gesonderte Unterstützung.

Wer in den Grundschulen nicht schreiben, lesen und rechnen lernt, der hat später schlechte Chancen. Deshalb muss in der Grundschule sowohl die Organisationsform als auch die Schüler-Lehrer-Relation verbessert werden.

Chancengerechtigkeit für alle jungen Menschen

Das gegliederte Schulsystem ist zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Stärkung der praxisorientierten Bildung, Gesamtkonzept für Hauptschulen

Die **F.D.P.** setzt sich dafür ein, eine landesweit tragfähige Lösung für die Weiterentwicklung der Hauptschulangebote zu schaffen. Es muss ein Gesamtkonzept für die heute bestehenden Hauptschulen entwickelt werden, das Kindern und Eltern, Schulen und Schulträgern Perspektiven für ihr zukünftiges schulisches Angebot aufzeigt. Hierbei müssen auch die bisher für Duale Oberschulen oder Regionale Schulen nicht berücksichtigten Hauptschulen in den Mittel- oder Oberzentren einbezogen werden. Wegen ihrer Abschlussbezogenen und praxisorientierten Ausrichtung haben die Dualen Oberschulen große Zustimmung gefunden. Sie sollen deshalb in das flächendeckende Konzept einbezogen und weiter ausgebaut werden.

Mit dem Konzept soll auch eine neue Form der außerunterrichtlichen Betreuung eingeführt und erprobt werden. Sie soll sich auf Hausaufgabenerledigung, Freizeitangebote sowie Beratung für Schüler und Eltern richten und in offener, nicht verpflichtender Form stattfinden.

An den jeweiligen Standorten sollen möglichst ganzheitliche Projekte in Angriff genommen werden, die alle Hauptschulen an einem Standort einbeziehen, um ein Auseinanderfallen in Schulen mit Perspektiven und Schulen ohne Perspektiven zu vermeiden. Für die Betreuungsleistung sollen neben- und ehrenamtliche Kräfte gewonnen werden.

Mit dieser neuen Form soll exemplarisch zum nächstmöglichen Termin begonnen werden. Mit der Maßnahme können zugleich teure vorhandene Schulräume besser genutzt und Schulbautitel geschont werden.

Kinder mit Beeinträchtigungen und Kinder mit besonderen Begabungen müssen besser gefördert werden. Zum frühzeitigen Erkennen von "Risikokindern" (z. B. Kinder mit Teilleistungsschwächen, Hochbegabte) ist die Einschulungsuntersuchung zu verbessern.

Die systematische Förderung besonders begabter Schüler muss zu einem festen Bestandteil des schulischen Angebots entwickelt werden. Neben dem Überspringen von Schulklassen muss diesen Kindern eine angemessene Förderung und Forderung ihres Lernvermögens geboten werden. Dieser Arbeit soll auch in der Lehrerausbildung sowie Lehrerweiterbildung eine größere Aufmerksamkeit eingeräumt werden.

Für besonders begabte und leistungsbereite Schülerinnen und Schüler wird eine eigene Schule mit Internatsangebot in Form einer Stiftung gegründet. Aufgenommen werden Schüler nach einer bestandenen Aufnahmeprüfung, die neben besonderer fachlicher Begabung und einer deutlich überdurchschnittlichen Intelligenz auch die Persönlichkeit berücksichtigt.

Integrativen Unterricht fördern

Die **F.D.P.** sieht in einer rein körperlichen Behinderung keinen Grund, Kinder in der Sonderschule zu unterrichten. Hiermit wird körperlich behinderten Kindern nicht nur die Möglichkeit genommen, ihren Weg in einer allgemeinbildenden und den weiterführenden Schulen selbst zu finden, sondern sie werden auch von der Umwelt abgeschirmt. Dies kann nicht im Interesse der Bevölkerung sein, denn Verständnis entsteht auch bei Kindern nur durch Erfahrung. Wer nicht in seiner Schulzeit körperlich behinderte Menschen kennen gelernt hat, hat mehr Hemmungen und weiß nicht mit ihnen umzugehen .

Die **F.D.P.** fordert, dass alle Neubauten in Schulen behindertengerecht gestaltet werden und bei Bedarf die alten Schulgebäude im Zuge von Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen ebenfalls entsprechend umgebaut werden.

Vom Schulversuch zur Regeleinrichtung

Der abendgymnasiale Zweig wird seit 1996 als Schulversuch an zwei rheinland-pfälzischen Kollegs (Mainz und Koblenz) angeboten. Dieses Modell hat sich in den vergangenen vier Jahren bewährt und wurde von den Schülern sehr positiv aufgenommen. Steigende Absolventenzahlen bestätigen dies. In anderen Bundesländern zählt der abendgymnasiale Zweig bereits seit Jahrzehnten zum festen Bestandteil des Schulsystems. Die **F.D.P.** fordert daher, den abendgymnasialen Zweig als festen Bestandteil in das rheinland-pfälzische Schulangebot aufzunehmen und weiter auszubauen. Insbesondere ist die Einrichtung eines dritten Abendgymnasiums in der Pfalz anzustreben, um eine flächendeckende Möglichkeit der Weiterbildung zu gewährleisten.

Notebook statt Ranzen

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien werden auch den Schulalltag grundlegend verändern. Der Umgang mit den Neuen Medien wird neben Lesen, Schreiben und Rechnen zur vierten Kultutechnik. Der Computer muss in den Schulen deshalb so selbstverständlich werden wie bisher Kreide, Tafel und Bücher. Es geht aber nicht nur um die technische Ausstattung und Handhabung, sondern die Art des Lehrens und des Lernens wird sich verändern.

Deshalb will die **F.D.P.**, dass jeder Schüler sein eigenes Notebook erhalten soll, wenn die Schule ein stimmiges Konzept für den Einsatz der Neuen Medien im Unterricht vorlegt. Die Erfahrungen beim Einsatz der Neuen Medien müssen in die Lehrpläne einfließen.

Ein umfassendes Beratungs- und Weiterbildungsangebot für unsere Lehrkräfte ist bereitzustellen. Medienpädagogik muss zur Pflicht im Lehramtsstudium und im Referendariat werden.

Berufliche/Duale Ausbildung als Perspektive

Eine gute Ausbildung ist die entscheidende Voraussetzung für einen sicheren Arbeitsplatz. Die duale berufliche Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Betrieb und Berufsschule. Das Duale System ist ein international anerkanntes deutsches Markenzeichen, dessen Qualität aber davon abhängt, dass es rasch genug so weiterentwickelt wird, ob es den Anforderungen der Arbeitswelt entspricht.

Für die **F.D.P.** heißt das:

- Dem sich abzeichnenden Lehrermangel an berufsbildenden Schulen wird entschieden entgegengewirkt. Lehramtsanwärtern, die an berufsbildenden Schulen eigenverantwortlich unterrichten, soll ein zusätzliches Entgelt gewährt werden. Zur Sicherung des berufsfachlichen Personals werden Fachkräften aus der Wirtschaft Anreize geboten, um als "Quereinsteiger" in die berufsbildenden Schulen zu gehen. Bürokratische Hemmnisse dabei müssen abgebaut werden.
- Die Weiterqualifizierung der Lehrkräfte, vor allem für die neuen Technologie-Berufe, wird verbessert. Hierbei soll die Kooperation mit der Wirtschaft ausgebaut werden.
- Die Struktur der berufsbildenden Schulen und ihrer vielfältigen Bildungsgänge muss übersichtlich und durchgängig modular gestaltet werden, damit sie in ihrer Durchlässigkeit und ihrer Wertigkeit auch von Laien verstanden wird. Angesichts der schnellen Veränderungen muss das Weiterbildungssystem ausgebaut werden, das auf der Erstausbildung aufbaut, den Menschen berufsbegleitend ein Weiterkommen ermöglicht und zu lebenslangem Lernen befähigt.
- Das Erfolgsmodell Duale Oberschule, das einen praktisch und beruflich orientierten Bildungsgang ohne Sackgasse anbietet, wird als Regelschule anerkannt.
- Damit die Berufsschule ihre Aufgabe als dualer Partner in der beruflichen Bildung erfüllen kann, müssen die Berufsschulen wesentlich besser als bisher ausgestattet werden. In vielen Schulen ist die Technik entweder veraltet oder in viel zu geringem Umfang vorhanden, so dass die Ausbildung - vor allem auch in den neuen IT-Berufen - nicht auf modernem Stand durchgeführt werden kann. Zusammen mit den Schulträgern muss ein Modernisierungsprogramm für Berufsschulen durchgeführt werden.

- Eine aktuelle Fortbildung für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen muss den Anschluss an aktuelle betriebliche Praxis sichern.

Mit besonderer Sorgfalt muss die Situation der lernschwächeren Jugendlichen und von Behinderten gesehen werden, um sie zu einem qualifizierten Berufsabschluss zu führen.

Für Jugendliche mit Lernschwächen sind eigene Ausbildungsgänge zu entwickeln. Im Rahmen der bundeseinheitlichen Empfehlungen des Bundesinstituts für Berufsbildung sollen entsprechende Ausbildungsgänge für Behinderte nach genauer Prüfung noch stärker als bisher durch die Berufsbildungsausschüsse der einzelnen Kammern verabschiedet werden.

Hochschulen für den Wettbewerb stärken und Innovation fördern

Studierfähigkeit verbessern

Die Studienzeiten sind zu lang, der Eintritt ins Berufsleben findet zu spät statt. Die Studiengänge müssen deutlicher strukturiert, ihre Abschlüsse müssen an die internationalen Entwicklungen angepasst werden. Die Abschlüsse, die das neue Hochschulrahmengesetz ermöglicht, sollen schnellstens umgesetzt werden.

Die zentrale Vergabe von Studienplätzen durch die ZVS muss abgeschafft werden. Die Hochschulen sollen sich ihre Studenten selber auswählen. Sowohl angehende Studierende wie auch bereits an einer Hochschule eingeschriebene Studenten sollen sich an den Hochschulen ihrer Wahl um eine Aufnahme bewerben.

Die Möglichkeit der Einführung von Trimestern ist zu überprüfen.

Für besonders leistungsfähige Studierende aus Rheinland-Pfalz wird in Ergänzung zum BAföG ein landesspezifisches Studienförderprogramm geschaffen. Die Mittel sollen möglichst über einen Fonds gesichert werden.

Durch die Übernahme von Landesbürgschaften soll die Vergabe zinsgünstiger Kredite seitens privater und öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute an Studierende im Hauptstudium ermöglicht werden.

Um die Leistungen an den Hochschulen sowie die Finanzmittel für die Hochschulen leistungsorientiert steuern zu können, wird der Bildungsgutschein eingeführt. Er wird vom Studierenden der Hochschule gegeben, von der er eine Leistung abnimmt. Gleichzeitig müssen die Studierenden in der Vergabe ihrer Gutscheine haushalten und für den Gutschein auch ihre eigene Studierleistung einbringen und nachweisen. Die Gutscheine werden für ein Studium in der Regelstudienzeit ausgegeben. Angesichts einer stärkeren Modularisierung auch im Hochschulbereich gewinnen diese Gutscheine besondere Bedeutung, zumal sie auch sehr viel besser den individuellen Lebensbedingungen der Studierenden Rechnung tragen.

Die Einrichtung spezieller „Begabtenkollegs“ an Hochschulen bietet die Möglichkeit, besonders begabte Studenten gezielt zu fördern. Den Studierenden kann hier die Möglichkeit gegeben werden, neben der Vertiefung ihrer fachspezifischen Kenntnisse fächerübergreifende Zusatzqualifikationen zu erlangen. Darüber hinaus führen gezielte Hilfen bei der Planung des Studiums zu kürzeren Studienzeiten und damit zu einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich.

Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Hochschule soll ausgeweitet werden. Gerade für ingenieur- und naturwissenschaftliche Studienfächer gilt es bei den Schülern verstärktes Interesse zu wecken.

Die Kooperation der Hochschulen untereinander ist weiter auszubauen, um Synergieeffekte besser auszuschöpfen.

Die Gründung privater Hochschulen ist zu unterstützen.

Hochschulen als Standortfaktor nutzen

Die Hochschulen haben sich in Ergänzung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre als wertvolle Motoren zur Bewältigung des Strukturwandels sowie zur Ansiedlung von neuen Unternehmen bewährt. Dies gilt für die Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen. Hochwertige Leistungen für Dritte im Bereich von Technik oder Dienstleistung schaffen im Umfeld der Hochschulen zusätzliche Beschäftigung und stabilisieren mittelfristig die positive Entwicklung in ihren Regionen. Die **F.D.P.** schlägt deshalb vor:

Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Verankerung der Hochschulen sowie zur Erlangung von Drittmitteln sind zu unterstützen

Den Wissenstransfer von den Hochschulen in Wirtschaft und Verwaltung sind zusätzlich zu fördern sowie die Arbeitsfähigkeit der Transferstellen zu verbessern.

Das Angebot an berufsbegleitenden und berufsintegrierten Studiengängen, analog den Berufsakademien in anderen Bundesländern, sowie Aufbaustudiengängen, sind in Kooperation mit der Wirtschaft weiter auszubauen, weil sie sowohl Berufstätigen eine Weiterqualifizierung ohne Berufsausstieg ermöglichen als auch die Kooperation mit der Wirtschaft und damit den Praxisbezug generell stärken. Dazu sollten verstärkt Fern- und Online-Studienangebote entwickelt werden.

Das Angebot an Weiterbildung an Universitäten und Fachhochschulen ist deutlich zu erweitern, um hochqualifizierte Anlaufstellen für die technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zu schaffen.

Eine verbesserte Ausstattung der Fachhochschulen hat wegen der besonders anwendungsbezogenen und praxisorientierten Studiengänge Priorität. Zur Unterstützung ihrer Arbeit ist die personelle Ausstattung im Mittelbau deutlich auszubauen.

Um die Attraktivität rheinland-pfälzischer Hochschulen für hochkarätige Wissenschaftler vor allem in den kostenintensiven Fachbereichen der Ingenieur- und Naturwissenschaften zu steigern, schlägt die **F.D.P.** ein Lehrstuhlinvestitionsprogramm vor. Spitzenforschung braucht hochkarätige Wissenschaftler. Um die wissenschaftliche Elite in Rheinland-Pfalz zu halten oder für Rheinland-Pfalz zu gewinnen, brauchen Lehrstühle und Professuren eine ausreichende personelle Versorgung mit einer attraktiven leistungsbezogenen Besoldungsstruktur und eine moderne technische Ausstattung.

Reform der Hochschulen

Die Reform der Hochschulen als Prozess zu mehr Selbstständigkeit, Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit, der in Rheinland-Pfalz bisher schon erfolgreich durchgeführt wird, muss zielstrebig fortgeführt werden.

Ziel der **F.D.P.** ist es, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung zu erhöhen. Voraussetzung dafür ist die Aufgabe starrer und komplizierter Verfahrenswege zu Gunsten von mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Der Staat muss sich aus der Detailsteuerung zurückziehen. Genehmigungsvorbehalt durch das für die Hochschulen zuständige Ministerium sollen zugunsten einer Informationspflicht abgebaut werden. Im Rahmen ihres Budgets sollen den Hochschulen folgende Aufgaben übertragen werden:

- Erlass, Aufhebung oder Änderung von Satzungen,
- Änderung von Studien- und Prüfungsordnungen,
- Einführung von Studiengängen,
- Entwicklung profilbildender Lehr- und Forschungsprogramme,
- Bewirtschaftungsrecht für das zugewiesene Budget.

Verstärkte Autonomie verlangt klare Regulierungs- und Entscheidungswege, deshalb sind Leitungs- und Organisationsstrukturen entsprechend anzupassen.

Die Hochschulleitung muss gestärkt werden. Die Beratungsorgane (Kuratorien) sollen weiterentwickelt werden. Entscheidungs- und Kontrollkompetenzen müssen eindeutig zugeordnet werden. Entsprechend der Kompetenzen sind klare persönliche Verantwortlichkeiten festzulegen. Die Hochschulen treffen mit dem für die Hochschulen zuständigen Ministerium im Interesse der Planungssicherheit Vereinbarungen über Entwicklungs- und Leistungsziele. Zielvereinbarungen und die daraus zu entwickelnden Strukturpläne sollen auf eine mehrjährige Entwicklung ausgerichtet sein und sind Grundlage für die Zuführung staatlicher Finanzmittel (Globalbudgets). Die Erfüllung der Aufgaben wird in regelmäßigen Abständen begutachtet und bewertet. Sowohl an Universitäten, als auch Fachhochschulen wird eine leistungsbezogene Besoldung eingeführt, die sich einheitlich an noch zu entwickelnden Leistungskriterien orientiert.

Es wird geprüft, ob die durch das Hochschulrahmengesetz eröffneten Möglichkeiten anderer Rechtsformen für Hochschulen zu mehr Effizienz beitragen.

Internationale Bildungskontakte und Bildungsangebote verbessern

Modernität im Denken und Handeln setzt auch internationale Bildungskontakte, Austauschprogramme und Wissenstransfer voraus. Wir regen internationale Schulpartnerschaften und virtuelle Hochschulkooperationen an. Bachelor- und Masterstudiengänge sind weiter auszubauen. Internationaler Schüler- und Lehreraustausch sollen regelmäßig erfolgen. Auslandssemester für Studenten sind zu fördern und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Scheinen und Qualifikationen zu vereinfachen. Fremdsprachenunterricht in der Grundschule und das Angebot bilingualen Unterrichts an weiterführenden Schulen sind auszubauen.

Darüber hinaus sollte die nachkommende Lehrergeneration weitgehend in der Lage sein, ihre Fächer auch in einer Fremdsprache zu unterrichten.

Plurales Angebot in der Weiterbildung erhalten und Standards festlegen

Die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen wird in der Kommunikations- und Wissensgesellschaft immer wichtiger und hat für die persönliche Lebensplanung sowie für die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft eine Schlüsselfunktion. Deshalb ist eine Stärkung der pluralen Weiterbildung durch die Förderung freier Träger und Volkshochschulen zu gewährleisten. Vor allem für die berufliche Weiterbildung sind bundes- und europaweit anerkannte Modelle und Standards zu entwickeln, um die Berufstätigkeit und die berufliche Weiterentwicklung innerhalb Europas zu erleichtern.

Kulturpolitik

Liberale Kulturpolitik hat das Ziel, Eigenständigkeit, Wettbewerb und Initiative für kulturelle und künstlerische Aktivitäten in ihrer Vielfalt zu unterstützen und anzuregen. Dabei darf der ländliche Raum nicht vernachlässigt werden.

Ein breit gefächertes Angebot an kulturellen Einrichtungen und Aktivitäten verleiht einer Region zusätzliche Attraktivität und zählt zu den so genannten „weichen Standortfaktoren“. Diese beeinflussen die Ansiedlung von Unternehmen und den Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften positiv. Für den Tourismus sind Kulturgebote notwendige Voraussetzung.

Kultur baut Brücken zwischen der einheimischen Bevölkerung und den hier lebenden Menschen anderer Nationen.

Grenzüberschreitende künstlerische und kulturelle Aktionen bundesland- oder europaübergreifend fördern das Zusammenleben und helfen mit, Vorurteile abzubauen.

Die Pflege von Privatinitiativen und freien Gruppen ist für die **F.D.P.** oberstes Gebot, denn wo man sich selbst hilft, ist unterstützende Mithilfe immer sinnvoll.

Musik und Bildende Kunst

Konzerte und Kunstausstellungen haben sich in ganz Rheinland-Pfalz etabliert, auch im ländlichen Raum.

Die **F.D.P. fordert**

- weitere Ausstellungsmöglichkeiten für Bildende Kunst und Konzerte in öffentlichen Gebäuden,
- die Unterstützung von Einrichtungen und Initiativen, die im künstlerischen Bereich auch in ländlichen Regionen Jugendarbeit betreiben,
- die Unterstützung der Musikschulen auch in privater Trägerschaft,
- die Einrichtung von Jugendkunst und -musiktagen,
- Steuerbegünstigungen für langfristige Förderung von Künstlern, ebenso auch bei der Förderung durch Ankäufe von Kunstobjekten,
- die Einhaltung der Zwei-Prozent-Regelung für „Kunst am Bau“ und das Einbinden der Künstler bereits bei der Planung, wobei auch jungen Kunstschaaffenden eine Chance eingeräumt werden muss,
- Alternativkulturprojekte wie Kleinkunst und Kabarett weiter zu fördern,
- ein ausreichendes Angebot von Musik- und Kunstunterricht in den Schulen,
- langfristig die Einrichtung einer Kunsthochschule in Rheinland-Pfalz, möglicherweise auch in privater Trägerschaft.

Bibliotheken

Bibliotheken sind das Gedächtnis der Menschheit.

Rheinland-Pfalz hat bei der Bücherausstattung Nachholbedarf gegenüber vergleichbaren Bundesländern.

Es sollte ein Bibliothekenentwicklungsplan Rheinland-Pfalz erstellt werden, der die Situation der Landes- und Hochschulbibliotheken sowie der kommunalen Büchereien beschreibt und ein Konzept zum weiteren Ausbau enthält.

Rollende Bibliotheken bzw. Lesoclubs können als Brücke zu den Bibliotheken und bei der kulturellen Breitenarbeit besonders im ländlichen Raum wesentliche Hilfestellung leisten.

Der Einsatz von Informationstechnologie erleichtert und beschleunigt die Zugriffsmöglichkeiten.

Theater

Um die Wirkungsmöglichkeiten der Theater zu stärken, will die **F.D.P.**

- Budgetsicherheit für die einzelnen Theater,
- eine Ausweitung der Kooperation der rheinland-pfälzischen Theater untereinander sowie mit benachbarten Theatern,
- eine Fortsetzung der Unterstützung der Initiativen von Amateurtheatern und freien Gruppen,
- eine intensivere Zusammenarbeit von Theatern und Schulen, die Jugendliche nicht nur zum Theaterbesuch, sondern auch zu eigener darstellerischer Tätigkeit anregen soll.

Museen

Das Entstehen vieler neuer Museen in den letzten Jahren, vorwiegend im ländlichen Raum, hat zu dessen Stärkung beigetragen. Weitere Gründungen zeichnen sich ab. Auch den seit langer Zeit arbeitenden Einrichtungen gilt unser Augenmerk.

Die **F.D.P.** fordert

- die angemessene Ausstattung von Landes-, Schwerpunkt- und Regionalmuseen und die Förderung von Kooperationen untereinander,
- die weitere Unterstützung der kommunalen und privaten Museen, vor allem durch Beratung,
- die gezielte Zusammenarbeit der Museen mit den Schulen, um durch Museums pädagogen Kindern und Jugendlichen den Zugang zum Museum attraktiver zu machen,
- Unterstützung in den Bemühungen, den Einsatz der "Neuen Medien" auch in den Museen voranzutreiben.

Archive

Archive als Sammlungen historischer Zeugnisse sind wichtig für die Entwicklung und Förderung des Geschichtsbewusstseins und das Verständnis der Gegenwart. Ihre Arbeit muss unterstützt werden, insbesondere auch, um sie der Öffentlichkeit besser zugänglich zu machen.

Denkmalpflege und Denkmalschutz

Historisches Verständnis ist für modernes Leben unerlässlich. Dazu tragen die Zeugnisse der Vergangenheit bei. Die Sicherung der archäologischen Zeugnisse ist öffentliche Aufgabe.

Es ist auch für uns Verpflichtung, sie zu erforschen und zu schützen. Dies kann nur in Partnerschaft zwischen Eigentümern, Denkmalämtern, Architekten und Handwerkern geschehen.

Die **F.D.P.** fordert

- die Erhaltung und Restaurierung öffentlicher und privater Denkmäler,
- die Eigenständigkeit der Bodendenkmalpflege, d.h. die Trennung der archäologischen Denkmalpflege von der Bau- und Kunstdenkmalpflege, da die Interessen der beiden Gruppen entgegengesetzt sind,
- die Erstellung einer kompletten Liste aller bekannten archäologischen Zeugnisse im Boden,
- eine Regelung, wie sie im Neubau für „Kunst am Bau“ Anwendung findet, auch für die Belange der Bau- und Bodendenkmalpflege,
- das Ersetzen des so genannten "Schatzregals" durch ein Ankaufsvorrecht des Staates; die Pflicht zur Anzeige eines Fundes und zeitweiligen Überlassung zur wissenschaftlichen Bearbeitung bleibt unberührt;

- die Einrichtung weiterer Aus- und Fortbildungsstätten für Handwerker, die sich für Restaurierungsarbeiten qualifizieren wollen, auch in der Kenntnis historischer Baustoffe,
- bei der anstehenden Novellierung des Landesdenkmalschutzgesetzes, dass die Mittel des staatlichen Denkmalschutzes ausreichen, die Maßnahmen der privaten Eigentümer zu unterstützen, die vom Denkmalschutz gefordert werden; die Rechte des Eigentümers sind zu stärken.

Die Rechtschreibreform muss überarbeitet werden

Die **F.D.P.** fordert eine Überarbeitung des Regelwerkes mit dem Ziel der Eindeutigkeit und Einheitlichkeit der Schriftsprache.

JUGEND

Junge Menschen sind die Zukunft, die heute junge Generation ist die verantwortliche von morgen. Die Gestaltung unserer Zukunft kann deshalb nur in einem Miteinander der Generationen funktionieren. Politik muss die Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigen, sie in Entscheidungen einbinden und diese auf die künftigen Folgen überprüfen. Die Erfahrungen älterer Menschen müssen durch neue Ideen junger Menschen bereichert werden, junge Menschen sollen von den Erfahrungen der älteren profitieren.

Chancen durch Bildung

Bildung ist das Fundament für die Zukunft der heranwachsenden Generation. Sie ist ein Freiheitsrecht in der modernen Gesellschaft. Allgemeine und berufliche Bildung sind gleichwertig und müssen den Anforderungen des gesellschaftlichen Wandels entsprechen. Jugendliche müssen ein differenziertes, breit gefächertes Bildungsangebot vor Ort vorfinden, damit sie ihren individuellen Begabungen und Neigungen entsprechend optimal ihre Chancen nutzen können. Dies gilt vor allem auch für Jugendliche im ländlichen Raum. Eine entscheidende Aufgabe hierbei wird es sein, das Angebot in der beruflichen Bildung, duale Ausbildungsgänge und Fachhochschulen zu stärken, um den kommenden Generationen die Qualifikation zu kompetenten Fachkräften in den immer komplexer werdenden Arbeitsprozessen zu ermöglichen. Das besondere Angebot der Dualen Oberschule ist als Regelschulangebot zu etablieren. Wegen der rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt muss lebenslanges berufsbegleitendes Lernen in einem modular aufgebauten Weiterbildungssystem ermöglicht werden.

Das von der **F.D.P.** angestoßene Qualitätsmanagement in Schulen ist fortzuführen. Hierzu gehört auch eine größere Autonomie der einzelnen Schulen. Sie sollen künftig Lehrpersonal weitestgehend selbst auswählen können, eigene Budgets für die Einstellung von Vertretungskräften erhalten und Arbeitszeitkontingente selbst verteilen können, um eine stärkere Differenzierung vornehmen zu können. Das Weiterbildungsangebot für Lehrkräfte muss ausgebaut und in einem angemessenen Umfang verpflichtend werden.

Zur Aufwertung der Haupt- und Realschulabschlüsse sind Abschlussprüfungen einzuführen. Die **F.D.P.** unterstützt grundsätzlich das Recht der Eltern auf die Wahl der Schullaufbahn ihrer Kinder. Dennoch müssen die Fähigkeiten der Kinder Berücksichtigung finden. Künftig muss am Ende der 6. Klasse die Empfehlung der Klassenkonferenz zum Wechsel der Schullaufbahn verbindlich sein.

In einer pluralistischen Gesellschaft müssen die Vermittlung und das Erleben unterschiedlicher Werte und Kulturen einen hohen Stellenwert in der schulischen Bildung haben. Erziehung und Vermittlung von Werten werden aufgrund sich verändernder Familienstrukturen immer mehr Aufgabe der Schule. Schulen müssen gerade deshalb Freiräume zur eigenen Profilbildung erhalten. Sie müssen positive soziale Lern- und Lebensräume schaffen und die Sozialkompetenz des Einzelnen fördern. Bedarfsgerecht sind hierzu auch Ganztagsangebote einzurichten.

Das Erziehungsrecht ist das originäre Recht der Eltern. Dieses Recht beinhaltet aber auch unabdingbar die Erziehungspflicht der Eltern vor allen staatlichen Institutionen. Sollten Eltern ihrer Erziehungspflicht nicht nachkommen und staatliche Erziehungshilfen notwendig werden, so sind die Erziehungsberechtigten entsprechend ihres Einkommens oder Vermögens finanziell zu beteiligen. Jugendliche mit besonderen Sozialisations- und Integrationsproblemen sollen gesonderte Unterstützung erhalten.

Im Rahmen der Europäischen Integration soll besonderer Wert auf die Vermittlung der Sprachen und Kulturen unserer europäischen Nachbarn gelegt werden. Hierzu gehören der Ausbau der sprachlichen Früherziehung, bilinguale Angebote und ein breites Angebot an Austauschmöglichkeiten in allen Schularten und Hochschulen. Kinder und Jugendliche mit besonderen Begabungen müssen besser gefördert werden. Auf freiwilliger Basis soll ein Schulbesuch bereits ab dem 5. Lebensjahr ermöglicht werden. Für besonders begabte Schülerinnen und Schüler soll deshalb eine eigene Schule mit Internatsangebot in Form einer Stiftung gegründet werden.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien werden den Schulalltag grundlegend verändern. Der selbstverständliche Einsatz Neuer Medien muss auch verstärkt im Unterricht Eingang finden. Die **F.D.P.** fordert deshalb, dass jeder Schüler sein eigenes Notebook erhalten soll, wenn die Schule ein stimmiges Konzept für den Einsatz der Neuen Medien im Unterricht vorlegt. Das Lehrpersonal ist in diesem Bereich umfassend aus- und fortzubilden.

Im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit der jungen Menschen auf dem europäischen Markt muss die Qualität unserer Bildungsgänge gesteigert, die Dauer der Ausbildung bis zum Hochschulabschluss verkürzt werden. Bildungsabschnitte, die im Ausland absolviert werden, müssen künftig gegenseitig anerkannt werden. Die Hochschulen sollen das Recht erhalten, Bewerber zum Studium nach eigenen Kriterien aufzunehmen. Die ZVS soll abgeschafft werden. Zur Finanzierung des Studiums soll zusätzlich zum BAföG ein landesspezifisches Studienförderprogramm geschaffen werden. Um individuellen Lebensentwürfen gerecht zu werden und eine wettbewerbsorientierte Finanzierung der Lehre zu gewährleisten, sollen Bildungsgutscheine eingeführt werden.

Berufsbegleitende Studien müssen unterstützt werden. Zur Existenzgründung müssen junge Menschen motiviert werden.

Ausbildung und zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Fläche

Um junge Menschen für eine Zukunft in Rheinland-Pfalz und speziell im ländlichen Raum zu gewinnen, müssen wir ihnen Zukunftschancen bieten. Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen bietet in Rheinland-Pfalz vor allem der Mittelstand. Gerade die mittelständische Wirtschaft muss deshalb optimale Rahmenbedingungen für ihr unternehmerisches Handeln und für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vorfinden. Die betriebliche Ausbildung ist der beste Garant für Zukunftsqualifikationen durch Qualifizierung von Fachkräften und für die Entwicklung

persönlicher Lebensperspektiven für Jugendliche. Staatliche Regelungen müssen deshalb dahingehend überprüft werden, ob sie für Unternehmen ausbildungshemmend sind. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft kommt ihrer Verpflichtung zur Ausbildung junger Menschen in hohem Maße nach. Initiativen wie das Ausbildungsplatzlotsen und -patensystem der Kammern leisten hierzu einen vorbildlichen Beitrag.

Die **F.D.P.** setzt sich zur weiteren Schaffung von Ausbildungsplätzen für eine Weiterführung der Ausbildungsprämien für Existenzgründer, für Mobilitätshilfen für Jugendliche mit einem Ausbildungsplatz in weiter Entfernung vom Wohnort und für die Förderung von Ausbildungsverbünden ein. Ausbildungsbefähigende Maßnahmen sollten darauf angelegt sein, Jugendliche dauerhaft auf eine betriebliche Ausbildungsstelle zu vermitteln. Die **F.D.P.** setzt sich für die Schaffung von zweijährigen, stark praxisorientierten Ausbildungsgängen ein, um gerade theorieschwächeren Jugendlichen mehr Chancen einzuräumen. Ausbildungsverordnungen müssen künftig schneller und flexibler angepasst werden. Dem Bedarf am Markt für neue Berufsbilder, besonders in der Dienstleistungsbranche, muss durch eine zügige Anpassung der Ausbildungsordnungen entsprochen werden können.

High-Tech und Kompetenz im Umgang mit neuen Technologien

Technische und naturwissenschaftliche Innovationen sind eine entscheidende Grundlage unserer Lebensqualität, unserer Wettbewerbsfähigkeit, unseres Arbeitsmarktes und nicht zuletzt der Chancen für die kommenden Generationen. Technologiepolitik in Rheinland-Pfalz soll Zukunft sichern und gestalten sowie Eigeninitiative, Kreativität und Innovationskraft des Einzelnen fördern. Innovationen und technischer Fortschritt können nur dann entstehen, wenn Bildung und Ausbildung der heranwachsenden Generation die Voraussetzung hierfür schaffen. Bereits in der Schule muss ein positives Verständnis von Technik und Naturwissenschaften vermittelt werden. Eigenschaften wie Kreativität und die Umsetzung von innovativen Ideen müssen gefördert werden. Die Förderung von Talenten in diesem Bereich ist eine Zukunftsinvestition. Gerade deshalb ist es auch wichtig, speziell Mädchen Raum zur Förderung ihrer Interessen und Talente im handwerklichen, technischen und naturwissenschaftlichen Bereich zu geben.

Die durchgängige Einführung von Multimedia-techniken ist der **F.D.P.** ein großes Anliegen. Hierzu gehört vor allem auch die flächendeckende Ausstattung von Schulen mit PCs und Internetanschlüssen und die entsprechende Qualifikation der Lehrkräfte. Um in den Schulen mit dem technologischen Fortschritt Schritt halten zu können, ist in Zukunft ein enger Schulterschuss mit der Wirtschaft notwendiger denn je. Das Bildungswesen muss die komplexen Zusammenhänge in der technisch bestimmten Gesellschaft sehr viel stärker als bisher berücksichtigen. Medienkompetenz und der selbstverständliche Einsatz neuer Medien in Lehr- und Lerntechniken sind hierbei wichtige Bestandteile. Gerade PCs und Internetzugänge müssen den Jugendlichen auch am Nachmittag zur Verfügung stehen. Der außerschulische Erwerb von Medienkompetenz muss ebenfalls einen höheren Stellenwert erhalten. Hierzu gehört

eine stärkere Unterstützung der Jugendverbände, der Jugendaräume etc. bei der technischen Ausstattung, gerade im ländlichen Raum.

Das Schul- und Bildungswesen muss auf die wachsenden Anforderungen der immer stärker technologisch orientierten Wirtschaft neue inhaltliche und organisatorische Antworten geben. Notwendig ist ein theoretisch fundiertes praxisrelevantes Basiswissen, das in möglichst kurzen Ausbildungseinheiten gewonnen werden soll. Die berufliche Weiterbildung gewinnt auch insoweit erheblich an Bedeutung. Die neuen Ausbildungsberufe in der IT-Branche werden von jungen Menschen in Rheinland-Pfalz hervorragend angenommen. Trotz vieler neuer Ausbildungsplätze in diesem Bereich gilt es nach wie vor, noch mehr junge Menschen in Rheinland-Pfalz in IT-Berufen auszubilden, um dem steigenden Bedarf an Fachkräften gerecht zu werden. Die **F.D.P.** setzt sich verstärkt für die Schaffung von Studienplätzen im Bereich neuer Technologien an Fachhochschulen ein und für ein landesweites Technologienetzwerk, mit dessen Hilfe der Technologietransfer organisiert wird. In das Netzwerk müssen Hochschulen, freie Forschungsinstitute, Technologiezentren, Kammern und Unternehmen integriert werden.

Mobilität im ländlichen Raum

Für die Zukunftsperspektiven der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz ist eine intakte Verkehrsinfrastruktur unabdingbar. Gerade junge Menschen sind auf ein hohes Maß an Mobilität angewiesen. Die von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte „Öko-Steuer“ bedeutet einen hohen Mobilitätsverlust gerade für den ländlichen Raum, erzeugt Wettbewerbsnachteile und mindert somit die Zukunftschancen junger Menschen. Ihre Verwendung als Stopfmasse für die wachsenden Löcher in der Rentenkasse ist zudem ein Paradebeispiel von Verantwortungslosigkeit gegenüber der jungen Generation, die auf eine zügige, aber tragfähige konzeptionelle Lösung des Rentenproblems angewiesen ist.

Um Rheinland-Pfalz im internationalen Wettbewerb zu stärken, sind bei allen Verkehrswegen gezielte weitere Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen notwendig. Der ÖPNV ist gerade im ländlichen Raum mit dem Rheinland-Pfalz-Takt besonders für Jugendliche unverzichtbar. Das Angebot im Busverkehr muss dieser positiven Entwicklung in Zukunft noch stärker Rechnung tragen. Die **F.D.P.** fordert den Ausbau des Regio-Busnetzes im ländlichen Raum dort, wo keine Schienenanbindung vorhanden ist, mit einer Vertaktung und Anbindung an den Schienenverkehr. Ergänzend müssen alternative Formen des ÖPNV verstärkt zum Einsatz kommen, wie beispielsweise Ruftaxis oder Modelle wie der ANDI-Anrufbus. Diese erhöhen auch die Flexibilität, die gerade für die junge Generation von besonderer Bedeutung ist.

Vor Ort mitgestalten – Zukunft der Heimat mitbestimmen

Die Jugendgeneration von heute ist die verantwortliche Generation von morgen. Bereitschaft zu Verantwortung und Spaß an Verantwortung können sich nur dann wirklich entfalten, wenn auch Raum zur Mitgestaltung der eigenen Umwelt gegeben ist. Um junge Menschen früh an die Übernahme von Verantwortung heranzuführen, ist es notwendig, ihnen diese Spielräume einzuräumen. Die **F.D.P.** fordert deshalb den weiteren Ausbau von Jugendparlamenten und -foren mit Initiativrecht auf kommunaler Ebene. Auch junge Menschen identifizieren sich stärker mit einer Heimat, in der sie in das gesellschaftliche Geschehen eingebunden sind. Das politische Klima und Handeln muss dieser Tatsache verstärkt Rechnung tragen. Jugendpolitik soll auf allen Ebenen gemeinsam mit Jugendlichen und nicht über ihre Köpfe hinweg gestaltet werden. Nur so kann sich Politik dauerhaft in die Perspektive junger Menschen versetzen und ihren Bedürfnissen gerecht werden.

Attraktive Freizeitangebote

Die junge Generation ist aktiv und initiativ. Sie möchte sich nach ihren Interessen und Neigungen weiterentwickeln – und natürlich auch Spaß haben. Gerade im ländlichen Raum muss deshalb ein breites Freizeitangebot gesichert werden. Unzählige Vereine, Verbände, Jugendorganisationen und -initiativen leisten hierzu einen unverzichtbaren Beitrag. Die **F.D.P.** fordert deshalb, diese – meist ehrenamtliche – Arbeit weiterhin auf hohem Niveau zu unterstützen. Vor Ort muss vor allem die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stehen. Jugendliche müssen Räumlichkeiten zur Verfügung haben, die sie für eigene Aktivitäten und Initiativen nutzen können.

Gegenüber Institutionen herrscht bei jungen Menschen häufig eine hohe Verdrossenheit. Dies hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass Jugendliche sich ihren Interessen entsprechend selbst organisieren, sei es in Bands, als Veranstalter von Jugendreisen, als Zeitungsmacher, im Umweltbereich etc.. Dieser Entwicklung muss die Politik in Rheinland-Pfalz stärker als bisher Rechnung tragen. Für junge Menschen, die selbst aktiv werden und möglicherweise bürokratische Hürden dabei überwinden müssen, müssen vor Ort Ansprechpartner zur Verfügung stehen, die ihnen schnell und unbürokratisch helfen.

Schulen müssen sich nachmittags noch stärker für Angebote von Vereinen und Verbänden in der offenen Jugendarbeit öffnen. Dies erleichtert gerade weniger mobilen Jugendlichen den Zugang zu zahlreichen Freizeitangeboten und schafft den beteiligten Vereinen ein zusätzliches Raumangebot.

In Zukunft muss gerade ehrenamtliches Engagement von jungen Menschen noch stärker öffentlich unterstützt und gewürdigt werden. Der Vermerk von ehrenamtlichen Leistungen in Schulzeugnissen ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Jugend schützen

Kinder und Jugendliche müssen vor Gewalt, Kriminalität, Drogen und schädlichen medialen Einflüssen besonders geschützt werden. Der beste Schutz ist nach Meinung der **F.D.P.** Aufklärung und Befähigung. Deshalb setzt sie sich besonders für den frühzeitigen Erwerb von Medienkompetenz ein, für die Stärkung der Stellung von Kindern und Jugendlichen im gesellschaftlichen Umfeld sowie für eine effiziente und jugendgerechte Drogenprävention. Darüber hinaus fordern wir einen konsequenten Schutz von Kindern und Jugendlichen vor schädlichen Medieneinflüssen (z.B. vor der Darstellung von Gewalt oder Pornographie) durch Einhaltung altersgerechter Sendezeiten in den Fernsehprogrammen, Kennzeichnung von Videofilmen und anderen Kauf- und Leihmedien sowie die Bekämpfung von Gewaltdarstellungen, Pornographie und Kriminalität im Internet durch die Initiative „Jugendschutz.net“, die mit genügend finanziellen Mitteln und Personal für eine effiziente Arbeit ausgestattet sein muss. Bürgerinnen und Bürger müssen selbst noch stärker über ihre Handlungsmöglichkeiten beim Auffinden krimineller, extremistischer, Gewalt darstellender oder pornografischer Inhalte im Internet aufgeklärt werden.

Die **F.D.P.** begrüßt die Einrichtung einer einheitlichen, kostenlosen Notrufnummer für Kinder und Jugendliche durch die Kinderschutzdienste. Es gilt für die Zukunft, die Notrufe mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten, damit sie der Nachfrage gerecht werden können. Ebenso sind die Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz auszubauen. Im Falle eines sexuellen Missbrauchs sind die betroffenen Kinder und Jugendlichen während des gesamten Prozesses der Aufklärung und bei möglichen Anklage- und Gerichtsverfahren intensiv zu betreuen. Ebenso gilt es, Lehrpersonal, Erzieherinnen und Erzieher in ihrer Ausbildung für die Themen Gewalt, sexueller Missbrauch und Drogen zu sensibilisieren und im Rahmen ihrer beruflichen Aufgaben zu qualifizieren.

Prävention und Erziehung vor Strafe

Über 90 Prozent aller Jugendlichen in Rheinland-Pfalz wachsen auf, ohne jemals mit Polizei oder Justiz in Berührungs zu kommen. Das Problem der steigenden Jugendkriminalität sollte deshalb zwar sehr ernst, jedoch ohne Hysterie behandelt werden. Eine wirksame Prävention ist für die **F.D.P.** ein wichtiger Beitrag zur effektiven Vermeidung von Kinder- und Jugendkriminalität. Hier leisten gute Freizeitangebote durch die Arbeit Ehrenamtlicher in Verbänden einen äußerst wertvollen Beitrag. Ebenso gibt es an Schulen sowie in der Schulsozialarbeit und in Zusammenarbeit mit Sport- und Jugendinitiativen bereits unzählige vorbildliche Projekte. Kriminalpräventive Räte in den Kommunen geben häufig den Anstoß und vernetzen alle beteiligten Institutionen und Gruppen. Die **F.D.P.** setzt sich für ihren Ausbau ein sowie für die stärkere Vernetzung der bestehenden Präventionsmaßnahmen, ihrer Träger und der Institutionen der Jugendhilfe.

Die Ausdifferenzierung der Hilfen zur Erziehung hat zu einem breiteren und stärker am einzelnen Jugendlichen und seinem Umfeld orientierten Angebot an Jugendhilfemaßnahmen geführt. Die **F.D.P.** fordert eine Fortführung dieser Maßnahmen und der Qualifizierung der kommunalen Jugendämter, die zu einem flächendeckenden Angebot von Hilfen zur Erziehung führen soll.

Die Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze auf unter 14 Jahre lehnt die **F.D.P.** ab. Bei straffälligen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren muss die Bandbreite des abgestuften jugendstrafrechtlichen Instrumentariums je nach Grad des kriminellen Handelns zur Anwendung kommen. Die **F.D.P.** fordert geschlossene, entweichungssichere Heimplätze als adäquate Unterbringungsmöglichkeit für Jugendliche, die in Untersuchungshaft kommen, auch für Rheinland-Pfalz.

Generationengerechtigkeit

Politik muss grundsätzlich alle künftigen Entscheidungen am Prinzip der Generationengerechtigkeit ausrichten. Es kann nicht sein, dass die kommenden Generationen die Schulden der Verantwortlichen von heute tilgen müssen. Investitionen müssen grundsätzlich am Nutzen für die Zukunft orientiert sein. Sie müssen im Verhältnis zu Kosten und Folgekosten stehen. Politik von heute hat die Verantwortung für die Finanzen von morgen. Deshalb fordert die **F.D.P.** eine konsequente Fortsetzung des Sparkurses und Schuldenabbaus in Rheinland-Pfalz. Entscheidungen in der Renten- und Gesundheitspolitik müssen zügig und auf der Basis tragfähiger Zukunftskonzepte gefällt werden, die die demographische Entwicklung berücksichtigen und für alle Generationen gerecht sind. Gerade deshalb müssen zugunsten der jungen und zukünftigen Generationen Investitionsschwerpunkte gesetzt werden.

SOZIALES

Liberaler ist sozialer

Die Freiheit des Einzelnen ist das oberste Ziel liberaler Sozial- und Gesellschaftspolitik. Sie kann nur in einem stabilen und verlässlichen sozialen Umfeld gewährleistet werden. Der Staat - also die Gemeinschaft - schafft dafür lediglich die Grundlage. Überbetreuung und Entmündigung widersprechen dem Freiheitsgedanken und müssen verhindert oder zurückgedrängt werden. Sozial gerecht ist das, was dem Einzelnen zu mehr Freiheit verhilft.

Das soziale Netz in Deutschland muss auch in Zukunft den notwendigen Schutz bieten, damit die jetzigen und nachfolgenden Generationen in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können. Deshalb müssen die finanziellen Mittel gezielter eingesetzt werden. Wir müssen uns auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren und dem Missbrauch vorbeugen. Die **F.D.P.** Rheinland-Pfalz ist Garant einer realistischen Sozialpolitik und fordert daher:

- Subsidiarität statt Bevormundung:
Staatliche Hilfe soll zu Eigenverantwortung führen, nicht zu Entmündigung und damit Gleichmacherei.
- Gezielte Hilfe statt Gießkannenprinzip:
Not vorzubeugen und Not zu lindern sind die Ziele. Ausreichende Mittel an Bedürftige, keine Mittel nach dem Motto "Von allem ein bisschen an alle". Gerechtigkeit und Effizienz sollen im Vordergrund stehen.
- Missbrauchsbekämpfung durch Wettbewerb und Transparenz:
Wettbewerb senkt die Kosten, macht das System flexibel, effizient und dadurch sozial. Die Anzahl der sozialpolitischen Instrumente muss klein, übersichtlich und nachvollziehbar sein. Durch Transparenz und eine klare Trennung der einzelnen Sicherungszweige wird Akzeptanz geschaffen und Missbrauch vorgebeugt.
- Freiheit und Sicherheit:
Der Staat kann und soll nicht alle Lebensrisiken absichern. Er muss aber zur Absicherung vor Risiken verpflichten, die die Existenz bedrohen oder vom Einzelnen nicht getragen werden können. Darüber hinaus setzen wir auf Freiwilligkeit, die durch politische Anreize unterstützt werden kann.
- Trennung von Transfer- und Versicherungsbereich:
Staatliche Transferleistungen sind Umverteilungselemente. Versicherungen dagegen begründen durch Beitragsszahlung Leistungen in der Gegenwart oder der Zukunft. Diese Leistungen müssen sicher sein vor Manipulation durch politische Eingriffe, Transfer ist nur dann angebracht, wenn der Einzelne überfordert ist.

- Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit:
Wir dürfen unsere Probleme nicht in die Zukunft verschieben und auf nachfolgende Generationen abwälzen. Deshalb müssen die sozialen Sicherungssysteme durch Elemente der Kapitaldeckung ergänzt und somit gestärkt werden. Privatwirtschaftliche Lösungen bieten sich hierzu an.
- Eigenverantwortung statt Anspruchsdenken:
Nicht jeder kleine Schaden oder jede Befindlichkeitsstörung müssen vom Staat und den sozialen Sicherungssystemen geregelt werden. Durch eine Grundsicherung soll der Einzelne vor großem Schaden bewahrt oder dessen Folgen gemildert werden. Darüber hinaus gehende Leistungen kann jeder in einem flexiblen System freiwillig vereinbaren. Damit wird eine Anspruchsmoralität eingedämmt, die das soziale Netz über Gebühr strapaziert.

Familie, Kinder und Jugend

Familie als Keimzelle

Auch im 3. Jahrtausend ist die Familie die wichtigste Lebensgemeinschaft unserer Gesellschaft. Diese gilt es zu stärken. Dabei muss aber klar erkannt und anerkannt werden, dass sich das Bild der Familie in den letzten Jahrzehnten entscheidend gewandelt hat: Immer mehr Ein-Kind-Familien und Alleinerziehende prägen das Bild. Dieser Tatsache muss die Familienpolitik Rechnung tragen. Insgesamt sind die Familien oft großen Belastungen ausgesetzt, die es durch gezielte Förderungen und Unterstützung zu mindern gilt. Neben dem Ausbau des Netzes an Horten, Krippen und anderen Betreuungsangeboten in integrativer Form fordert die F.D.P. die Stärkung von Eigeninitiativen, wie z. B. Betriebskindergärten, Tagesmütterstellen, Elternvereine. Auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen für gleitende Arbeitszeit, Teilzeitbeschäftigung und Erziehungsurlaub bedürfen in diesem Zusammenhang einer Liberalisierung.

Andere Lebensgemeinschaften

Großen Wert legt die F.D.P. auf die Feststellung, dass der Staat nicht das Recht hat, Einfluss zu nehmen, in welcher Art von Lebensgemeinschaft die Bürgerinnen und Bürger leben. Daher sollen nicht-diskriminierende, rechtliche Regelungen für nicht-eheliche Lebensgemeinschaften geschaffen werden, ohne den grundgesetzlich garantierten Schutz von Ehe und Familie in Frage zu stellen oder zu relativieren. Deshalb wird es mit der rheinland-pfälzischen F.D.P. die Ehe für homosexuelle Paare nicht geben! Stattdessen fordert die F.D.P. die so genannte "Eingetragene Lebenspartnerschaft", in der die Übernahme von Rechten und Pflichten geregelt wird. Eine Gleichstellung mit der Ehe wird insbesondere in den folgenden Bereichen angestrebt:

- Namensrecht
- Erbrecht
- Zeugnisverweigerungsrecht

Ausländerrecht.

Eine Gleichstellung mit der Ehe soll dagegen in den folgenden Bereichen ausdrücklich nicht erfolgen:

- Kranken- und Pflegeversicherung für Familien
- Hinterbliebenenversorgung
- Einkommensteuerrecht
- Kinderschaftsrecht.

Kinder und Jugendliche

Unsere Kinder und Jugendliche werden künftig unser gemeinschaftliches Leben prägen. Sozialpolitik für Kinder und Jugendliche steht im Mittelpunkt der Bemühungen der F.D.P.

Kindergärten, Horte, Krippen und andere Betreuungsformen sind in integrativer Form weiterzuentwickeln. Eigeninitiativen müssen gleichberechtigt unterstützt werden. Ein erhebliches Sparpotenzial besteht in der Entrümpelung kostentreibender Bauvorschriften für Kindergärten, und in dem Verzicht auf überholte und überzogene Regulierungen.

Erschwerete Sozialisation

Unabhängig davon, in welcher Form der Lebensgemeinschaft Kinder heranwachsen, ist festzustellen, dass Sozialisation heute verstärkt auf Impulse von außen angewiesen ist. Am Bedarf orientierte Freizeiteinrichtungen, eigene Gestaltungsmöglichkeiten und mitbestimmendes Handeln in der Wohn- und Lebensumwelt tragen dazu bei, ein staatsbürgerliches Bewusstsein schon in frühen Jahren anzubahnen. Kinder und Jugendliche mit besonderen erzieherischen Beeinträchtigungen brauchen sozialpädagogische Hilfen. Eine Fremdunterbringung in Heimeinrichtungen sollte vermieden bzw. verringert werden. Stattdessen sind entsprechende ambulante Maßnahmen erforderlich. Für Problemfälle muss ein Netz sozialpädagogischer Beratungsstellen und Familienhilfen sowie Tagesfördergruppen möglichst auf ambulanter Basis vorgehalten werden.

Sozialhilfe, Hilfe in der Not

Der Anspruch auf Sozialhilfe ist unbestreitbares Recht in unserem Staat. Sozialhilfe soll jedoch mehr als bisher auf die wirklich Bedürftigen beschränkt werden. Familien, Kirchen und Wohlfahrtsverbände stehen mit in der Verantwortung für die Bedürftigen. Wegen des stark veränderten Umfeldes befürwortet die F.D.P. Rheinland-Pfalz eine Reform des Sozialhilferechts und der zuständigen Verwaltungsstrukturen.

Deshalb fordern die Liberalen

- effiziente Sozialverwaltungen mit modernsten Management- und Steuerungsinstrumenten sowie landeszentraler Aus- und Weiterbildung im Sozialhilfebereich zur verbesserten Umsetzung des Bundessozialhilfegesetzes;
- intensivierte Beratung mit dem Ziel, erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu führen. Die Gewährung von Sozialhilfe soll die Bereitschaft zur Aufnahme regulärer Arbeit fördern und nicht einschränken;
- eine konsequente Gliederung der Sozialhilfebedürftigen in Erwerbsfähige ohne festen Arbeitsplatz und in Erwerbsunfähige;
- erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger zur Arbeit für die Allgemeinheit zu verpflichten und in den Kommunen die Bedingungen hierfür zu schaffen oder zu verbessern;
- dass die Gesamthöhe der erzielbaren Sozialleistungen in einem gebührenden Abstand zur Höhe der regulären Arbeitseinkommen steht;
- die Voraussetzungen für den Anspruch auf Sozialhilfe beständig zu überprüfen. Im Interesse der Bedürftigen muss Missbrauch wirksam bekämpft werden. Finanzielle Rückforderungen sind konsequent durchzusetzen.
- verstärkt zu überprüfen, ob Sozialhilfe auch als Kredit gewährt werden kann, wenn absehbar eine Verbesserung der finanziellen Situation des Betroffenen oder seiner Familie zu erwarten ist.

Ausländerpolitik

Zunehmende Globalisierungseffekte erfordern in Deutschland und in der gesamten Europäischen Union einen pragmatischen Umgang mit einer Einwanderung, die faktisch seit vielen Jahren stattfindet .

Zur qualitativen Steuerung und zahlenmäßigen Begrenzung der Zuwanderung drängt die **F.D.P.** auf ein Einwanderungssteuerungsgesetz. Ein solches Gesetz soll bei der Festlegung von Einwanderungskontingenten insbesondere den Interessen des Aufnahmelandes Rechnung tragen. Dies gilt sowohl für die Gesamtanzahl der Einwanderungsberechtigten, als auch für ihre Zusammensetzung hinsichtlich ethnischer Gruppen und beruflicher Qualifikation.

Liberale Politik verkennt nicht die Belastungen, die sich aus dem Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ergeben. Sie wendet sich jedoch bewusst gegen Ausländerfeindlichkeit und sieht auch die Chancen, die aus einer vorurteilsfreien Auseinandersetzung mit fremden Einflüssen und Kulturen erwachsen.

Liberale Politik setzt sich für den Schutz und die strikte Beachtung der Grund- und Freiheitsrechte ein, die allen Bürgern, also auch den Angehörigen kultureller Minoritäten, zustehen. Normen und Wertvorstellungen, die unseren freiheitlichen und

demokratisch-rechtsstaatlichen Regeln widersprechen, tritt sie jedoch entschieden entgegen.

Liberale Politik war Grundlage dafür, dass die Einbürgerung von Menschen ausländischer Herkunft erleichtert wurde. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht nimmt einerseits Mehrstaatlichkeit hin, wenn die Aufgabe der ursprünglichen Staatsbürgerschaft nicht möglich oder aufgrund berechtigter Interessen nicht zumutbar ist. Andererseits fördert die neue Rechtssituation durch Erleichterung der Einbürgerung eine klare und loyale Einstellung dem Gastgeberland gegenüber.

Liberale Ausländerpolitik ist in ihrem Kern Integrationspolitik. Dabei bedarf es gleichermaßen der eindeutigen Integrationsbereitschaft seitens der Migranten wie ausreichender Integrationsangebote durch das Gastland.

Die **F.D.P.** setzt sich deshalb für folgende Ziele ein:

- Ja zum Einwanderungssteuerungsgesetz! Nein zu jeglicher Ausländerfeindlichkeit!
- Die Interessen des Gastlandes hinsichtlich Einwanderungsquantität und -qualität stehen im Vordergrund - bei selbstverständlicher Respektierung der Menschenrechte der Migranten.
- Einfordern eindeutiger Integrationsbereitschaft: positive Einstellung und Akzeptanz staatsbürgerlicher und kultureller Grundwerte des Gastgeberlandes - verpflichtende Integrationskurse für alle Zugewanderten.
- Bereitstellen von Integrationsangeboten: Einweisung in Rechte und Pflichten des Aufnahmelandes und Sprachunterricht. Das interkulturelle Lernen ist in allen Bereichen der schulischen und außerschulischen Bildung zu fördern. Die Förderung deutscher Sprachkenntnisse ist soweit möglich schon in Kindertagesstätten zu verstärken.
- Der Gettoisierung vorbeugen.
- Voller Erhalt des Rechtes auf Asylgewährung bei gleichzeitig konsequenter und entschlossener Bekämpfung des Missbrauchs dieses Rechtes durch zügige Bearbeitung im Anerkennungsverfahren und beschleunigte Ausweisungsverfahren.
- Eine stärkere Beteiligung der Migranten an der kommunalpolitischen Willensbildung. Dabei ist das bisherige Verfahren der Vertretung durch gewählte Ausländerbeiräte nach den Erfahrungen der letzten Wahlen kritisch zu überprüfen.

Gesundheitspolitik

Im Mittelpunkt aller Reformbemühungen des Gesundheitswesens steht für die **F.D.P.** der Patient. Er ist derjenige, der zuallererst unter den Verwerfungen einer Politik zu leiden hat, die die grün-rote Bundesregierung verantworten muss.

Das deutsche Gesundheitssystem gehört noch zu den leistungsstärksten der Welt. Die international anerkannte hohe Qualität sollte im Zuge der Europapolitik und der Globalisierung der Märkte als Chance erkannt werden, die Bundesrepublik als europaweiten Anbieter von Gesundheitsleistungen zu etablieren. Eine ideologisch ausgerichtete Politik mit Budgetierungen und damit verbundenen Rationierungen von Gesundheitsleistungen verhindern jedoch schon im eigenen Land medizinischen Fortschritt und Qualitätssteigerungen für die Patienten. Liberale Politik muss der von der grün-roten Bundesregierung herbeigeführten, zunehmenden Verstaatlichung des Gesundheitswesens entgegenwirken. Budgetierung und Rationierung müssen beendet werden.

Grundpfeiler eines freiheitlichen Gesundheitssystems sind freie Arztwahl und Therapiefreiheit sowie die Freiberuflichkeit der Leistungserbringer. Hierfür tritt die **F.D.P.** seit jeher ein. Staatliche Budgetierung und Reglementierung bei der Erbringung von Gesundheitsleistungen treffen in erster Linie die Versicherten und gefährden die Erbringung notwendiger medizinischer Leistungen sowie die freiberufliche Existenz der Leistungserbringer (niedergelassene Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Psychotherapeuten, Masseure, Krankengymnasten und Pflegeberufe) im Gesundheitswesen. Diese werden seit Jahren zu Mangelverwaltern eines zu sehr verstaatlichten Gesundheitswesens degradiert. Eine von der **F.D.P.** mitgetragene Landesregierung wird alle Möglichkeiten über den Bundesrat ausschöpfen, die völlige Verstaatlichung des Gesundheitswesens zu stoppen und die dringend gebotene Entstaatlichung voranzutreiben. Die hiermit bei den Kassen eingesparten Gelder müssen wieder zur Finanzierung von Gesundheitsleistungen und zum Wohle der Versicherten verwendet werden.

Der bereits eingeschlagene Weg zur Effizienzsteigerung soll fortgesetzt werden; so muss z.B. eine bessere Verzahnung des ambulanten mit dem stationären Sektor erfolgen. Die Krankenhauspflege muss für Kranke, die der besonderen Leistungen des Krankenhauses bedürfen, weiter auf hohem medizinischen Niveau finanziert bleiben. Andererseits muss, soweit medizinisch möglich, der ambulanten und teilstationären Behandlung Vorrang gewährt werden. Die Finanzierung der Krankenhäuser ist selbstverständliche Leistungspflicht der Krankenkassen (monistische Finanzierung). Die **F.D.P.** lehnt zusätzliche Krankenhaussubventionen aus Steuergeldern ab.

Für mehr Wirtschaftlichkeit fordert die **F.D.P.** eine größere Transparenz der Kosten. Statt des undurchsichtigen Sachleistungsprinzips steht die **F.D.P.** für den Ausbau des Kostenerstattungsprinzips.

Zur Förderung der Eigenverantwortung und des Wettbewerbs sollten hierin dann Elemente wie z. B. beitragsmindernde Eigenbeteiligung oder freiwillige Höherversicherung vorgesehen werden. Dass hierbei eine sozialverträgliche Ausgestaltung

erfolgen muss, ist für die **F.D.P.** selbstverständlich. Außerdem sollen die Leistungserbringer wieder mit festen Honoraren für ihre Leistungen rechnen können.

Ziele liberaler Gesundheitspolitik in Rheinland-Pfalz sind deshalb:

- Wiederherstellung der hohen medizinischen Qualität;
- Erhalt der wohnortnahmen haus- und fachärztlichen Versorgung;
- Erhalt der freien Arztwahl;
- Erhalt der Freiberuflichkeit der Leistungserbringer;
- Abschaffung von Budgetierung und Rationierung;
- Finanzierbarkeit auch neuer, besserer Medikamente und Techniken;
- Bestmögliche Absicherung gegen schwerwiegende Gesundheitsrisiken;
- Abrechnung über feste Vergütungsbeträge;
- Entlastung der GKV von versicherungsfremden Leistungen.

Die staatliche Krankenhausplanung und Investitionsförderung durch das Land ist abzuschaffen. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass die Sicherheit der Versorgung durch wirtschaftlich arbeitende leistungsfähige und prosperierende Krankenhäuser gewährleistet wird. Krankenhäuser müssen die Chance haben, grenzüberschreitende Gesundheitsdienstleister zu werden (Europäisierung/Internationalität).

Im Sinne der Subsidiarität sieht die **F.D.P.** in Selbstverwaltungsstrukturen eine bürgernähere und flexiblere Aufgabenerfüllung. Die **F.D.P.** trägt der zunehmenden Bedeutung der Pflegeberufe Rechnung und tritt für eine angemessene Selbstorganisation der entsprechenden Berufsgruppe ein.

Die Instrumente für eine zukunftsweisende Gesundheitspolitik sind aus Sicht der Liberalen in Rheinland-Pfalz:

- Abbau staatlicher Eingriffe in das Gesundheitssystem,
- Stärkung der Eigenverantwortung des Einzelnen,
- Ausbau der Kostenerstattung mit sozialverträglicher Eigenbeteiligung,
- mehr Spielraum für individuelle Versicherungsgestaltung,
- mehr echter Wettbewerb und Effizienzsteigerung bei den Krankenkassen,
- Förderung von Präventivmaßnahmen,
- Stärkung der in unserem Land regionalisierten Selbstverwaltung,
- Förderung grenzüberschreitender Patientenversorgung,
- Finanzierung der Krankenhäuser allein durch die Krankenkassen (monistische Finanzierung),
- Abschaffung der Mehrwertsteuer auf verordnete Gesundheitsprodukte auf Basis einer europäischen Harmonisierung,
- Förderung der ambulanten Medizin und Rehabilitation.

Nur durch mehr Freiheitlichkeit, mehr Eigenverantwortung und mehr marktwirtschaftliche Grundsätze, wie es seit jeher liberale Politik ist, wird das deutsche Gesundheitssystem seinem international guten Ruf auch im zukünftigen Europa gerecht werden können.

Seniorenpolitik

Senioren, aktiv und selbstbestimmt

Die älteren Bürgerinnen und Bürger können zu recht mit Stolz auf das Erreichte zurückblicken. Sie haben maßgeblich zum materiellen, sozialen und kulturellen Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Rheinland-Pfalz beigetragen. Nicht zuletzt im Bewusstsein der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen wollen sie auch zukünftig ihren Anteil am Gemeinwohl leisten. Zu recht erwarten sie aber auch Solidarität und Rechtssicherheit in der Lebensphase, in der die eigenen Kräfte für die eigenständige Lebensführung nicht mehr ausreichen.

Eine fortschrittliche Seniorenpolitik befasst sich jedoch mit mehr als nur der Sicherung der eigenen Lebensführung im Alter. Die Senioren wollen und sollen auch an den Lösungen der gesellschaftlichen Probleme mitarbeiten. Sie wollen und sollen eingebunden sein in dem Prozess der gesellschaftlichen Veränderung.

Deshalb fordert die **F.D.P.**

- den Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand durch mehr Teilzeit-Beschäftigungsmodelle noch flexibler gestaltbar zu machen,
- die Hinzuerwerbstgrenzen für Rentner der gesetzlichen Sozialversicherung anzuheben, mindestens aber den Regelungen der Ruhestandsbeamten anzupassen,
- dem Interesse der Älteren nach aktiver Betätigung Rechnung zu tragen, indem man auf ehrenamtlicher Basis ihre beruflichen Erfahrungen und Befähigungen nutzt,
- Seniorenwohnungen und -häuser, Altenwohnheime, Alten- und Pflegeheime weitgehend in die übliche Wohnbebauung zu integrieren,
- den weiteren Ausbau eines bedarfsgerechten und sozialen Systems ambulanter und mobiler Hilfsdienste sowie die ehrenamtliche Arbeit von Selbsthilfegruppen zu fördern,
- Seniorenbeiräte und Seniorenbüros in ihrer Arbeit zu unterstützen,
- speziell geriatrisch geschultes Personal in den Altenpflegeeinrichtungen des Landes vorzuhalten.

Pflegeversicherung

Die Pflegeversicherung hat sich bisher im Grossen und Ganzen bewährt und neben der wichtigen Unterstützung von Pflegebedürftigen zu einer Entlastung von Sozialhilfeleistungen geführt. Die wachsende Zahl dementiell erkrankter, alter Menschen wurde durch die Pflegeversicherung bisher jedoch nicht ausreichend berücksichtigt. Die generelle Aufnahme dieses Personenkreises in die Leistungspflicht würde aber unweigerlich zu einer Erhöhung der Beitragssätze führen. Da aber aus übergeordneter Sicht gerade die Rückführung von Beiträgen im Sozialversicherungsbereich und Leistungskonzentration auf eine Grundsicherung angestrebt

werden, sollte auch für die Pflegeversicherung der Aufbau einer privaten Zusatzversicherung angegangen werden.

Rentenpolitik

Ziel einer verantwortungsvollen Vorsorgepolitik muss es sein, die Alterssicherung verlässlich, planbar und vor allem bezahlbar zu machen. Das Drei-Säulen-Prinzip unserer Altersvorsorge hat in der Vergangenheit zu einseitig auf die gesetzliche Rentenversicherung gesetzt und die private und betriebliche Altersvorsorge vernachlässigt. Dabei ist allen Verantwortlichen seit Jahren bewusst, dass die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung den Lebensstandard in Zukunft nicht mehr alleine sichern können. Eine Rentenreform folgte der nächsten, um wenigstens die Beitragssätze stabil zu halten und die Lohnnebenkosten nicht weiter zu erhöhen. Leistungskürzungen waren die Folge, das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung sinkt. Das alles reicht aber nicht aus. Fest steht, dass in den kommenden Jahren die Belastungen für die gesetzliche Rentenversicherung steigen werden, weil die Menschen länger Rente beziehen und die demographische Entwicklung dazu führt, dass immer weniger junge Beitragszahler für immer mehr Renten aufkommen müssen. Unsere Auffassung, dass das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung weniger geeignet ist, die Probleme der Zukunft zu lösen, wird von Experten bestätigt.

Deshalb fordert die **F.D.P. Rheinland-Pfalz**:

- Keine steuerfinanzierte Grundrente:
Altersarmut trifft immer weniger Menschen, sodass keine grundlegende Änderung des Rentenrechts erforderlich ist. Um die Altersarmut in Zukunft nicht erst aufkommen zu lassen, ist private Vorsorge unerlässlich. Steuerfinanzierung einer Grundrente unterdrückt Eigenverantwortung und fördert die Schwarzarbeit.
- Einführung eines demographischen Faktors:
Die Beitragssätze müssen bei etwa 19 Prozent gehalten werden, die jetzige Rentnergeneration muss ihren Teil dazu beitragen.
- Verlagerung von Risiken auf die private Versicherungswirtschaft:
Bereits heute gibt es Leistungseinschränkungen bei den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, so dass in diesen Fällen die gesetzliche Rente nur eine Unterstützung sein kann. Deshalb sollten diese Risiken privat abgesichert werden. Das gleiche trifft auf die Hinterbliebenenvorsorge zu.

- Keine Ausweitung von Leistungen:
Eine Rente mit 60 für langjährig Versicherte ist angesichts der Schwierigkeiten der Rentenversicherung nicht zu verwirklichen. Im Gegenteil, es muss zumindest gewährleistet sein, dass in der Regel erst mit 65 Jahren Rente bezogen wird, nicht bereits mit 59 Jahren; wie das heute überwiegend der Fall ist. Es kann sich sogar als erforderlich erweisen, das Renteneintrittsalter höher zu setzen.
- Eigenständige Absicherung der Frauen:
Unterbrochene Erwerbsbiographien aufgrund von Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen führen zu niedrigeren Renten. Dies auszugleichen ist notwendig, sollte aber nicht im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung geschehen.
- Ausbau der privaten Altersvorsorge:
Die Probleme der gesetzlichen Altersvorsorge beruhen auf ständigen Leistungsausweitungen und dem Finanzierungssystem der Umlage. Das Prinzip der Kapitaldeckung wie es in der privaten Versicherungswirtschaft angewandt wird, schützt besser und muss daher stärker im Gesamtsystem Alterssicherung berücksichtigt werden. Dabei sollten als Risiken Lebenserwartung, Invalidität und Tod abgesichert werden. Reine Kapitalansammlung reicht nicht aus. Durch freiwillige private Vorsorge, die bei geringeren Einkommen staatlich gefördert werden sollte, wird die Eigenverantwortung in den Vordergrund gerückt und der Lebensstandard im Alter gesichert.
- Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge:
Die gesetzlichen Rahmenbedingungen haben sich hier in den letzten Jahren verschlechtert. Notwendig ist aber, dass die betriebliche Altersvorsorge mehr zur Standardsicherung beiträgt. Deshalb müssen hier die Unfallbarkeitszeiten verkürzt, der Rechnungszinsfuß gesenkt und generell die nachgelagerte Besteuerung eingeführt werden.
- Versicherungsfremde Leistungen:
So genannte versicherungsfremde Leistungen werden durch den - steuerfinanzierten - Bundeszuschuss zur Rentenversicherung gedeckt. Es muss sicher gestellt werden, dass diese Leistungen auch in Zukunft durch den Bundeszuschuß in vollem Umfang refinanziert werden.

Behindertenpolitik

Behinderte sollen human, würdig und selbstbestimmt in der Gesellschaft leben. Sie brauchen die Hilfe aller, insbesondere aber den Schutz und die Hilfe des Staates. Wichtig ist die wohnortnahe, stationäre, teilstationäre und ambulante Betreuung. Ziel muss es sein, dass Behinderte in ihrer gewohnten Umgebung eine das Selbstbewusstsein stärkende, ihren Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit ausüben können. Die Integration, das menschliche Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten, ist zu fördern. Dazu gehört das frühzeitige Miteinanderleben in Kindergarten, Schule und Beruf.

Die F.D.P. fordert,

- Behinderte soweit wie möglich bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Den Hauptfürsorgestellen kommt hierbei besondere Bedeutung zu,
- die Aufrechterhaltung spezieller Behindertenbeschäftigungsgesellschaften, um Behinderten die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern,
- die Aufrechterhaltung betreuter Wohnformen,
- eine Vorbildfunktion der öffentlichen Arbeitgeber bei der Beschäftigung Behinderter,
- eine Überprüfung der Einstufungspraxis, um Hilfen auf wirklich Behinderete zu konzentrieren und Missbrauch zu vermeiden,
- Ausbau eines behindertengerechten Tourismusangebotes.

Psychiatriereform

Die Zahl psychisch kranker Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, wächst. Noch immer leben psychisch Kranke im Abseits der Gesellschaft. Nach entsprechender Behandlung sind viele in der Lage, wieder selbstständig zu leben und einer Berufstätigkeit nachzugehen.

Sie benötigen entweder längerfristig oder nur vorübergehend eine Unterstützung, um die Hürden des täglichen Lebens nehmen zu können. Daher sind entsprechende ambulante Dienste und Wohnmöglichkeiten notwendig.

Die F.D.P. fordert

- die Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in Rheinland-Pfalz, orientiert am Bedarf, an den finanziellen Möglichkeiten und an den regionalen Besonderheiten des Landes.
- psychiatrische Versorgung im stationären Bereich vorrangig an Orten, die geografisch weit von den Landesfachkliniken Alzey, Andernach und Klingenthal entfernt sind.
- an bestehenden Kliniken psychiatrische Abteilungen durch Umwidmung von Krankenhausbetten unter Einbeziehung des vorhandenen Personals zu schaffen.
- die bedarfsgerechte Schaffung von vollstationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Ausbau entsprechender ambulanter Angebote.
- die bedarfsgerechte Schaffung von Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten.

Bürgergeld

Derzeit ist unser Sozialsystem dadurch gekennzeichnet, dass 153 Leistungen bei 37 verschiedenen Stellen beantragt werden können. Die F.D.P. will anstelle dieses Systems langfristig das Bürgergeld einführen. Es soll alle sozialen Leistungen zusammenfassen und mit der persönlichen Steuererklärung verbinden. Das Bürgergeldsystem der F.D.P. versucht, den gigantischen Verwaltungsaufwand durch

ein einfaches System zu ersetzen, in dem alle bisherigen steuerfinanzierten Sozialbeiträge zusammengefasst werden.

Neben dem Bürgergeld erzieltes Einkommen (z.B. Teilzeitarbeit) wird nur teilweise angerechnet, damit sich Arbeit lohnt, Alleinerziehende nicht weiter für Arbeit bestraft werden und ein Anreiz besteht, wieder auf eigene Füße zu kommen.

Der Weg in eine sichere, sozialpolitische Zukunft ist für uns Liberale eine realistische Sozialpolitik, die gezielt und ausschließlich denen eine breite Unterstützung zukommen lässt, die nicht aus eigener Kraft an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung teilnehmen können. Um die Position des Individuums in der Gesellschaft zu sichern und um die politische Handlungsfähigkeit zu stärken, müssen wir uns frei machen von den Denkmustern der letzten Jahrzehnte. Der wichtige Kern unseres sozialen Systems kann nur erhalten werden, wenn Wildwuchs und Missbrauch entschieden bekämpft werden.

FRAUEN

NEUE WEGE IN DER FRAUENPOLITIK!

Frauen haben vieles erreicht, und trotzdem lässt das Ergebnis zu wünschen übrig. 80 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechtes ist heute die Gleichstellung von Mann und Frau rechtlich in allen Bereichen abgesichert, gezielte Frauenförderung bei der Berücksichtigung von Bewerbungen sogar rechtlich verankert.

Faktisch jedoch ist die Gleichberechtigung heute nicht größer als vor 25 Jahren. Im Beruf ist das Gros der Frauen trotz Qualifikation und Fleiß von der Gleichstellung immer noch weit entfernt. Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als Männer in gleicher Position und sind deutlich schlechter im Alter versorgt. Es scheint, als hätte der „Aufbruch in der Gleichberechtigung“ längerfristig sehr wenig Erfolg gehabt.

Zwei wesentliche Tätigkeitsfelder charakterisieren die bisherige Frauenpolitik: Stärkung der rechtlichen Gleichstellung sowie Frauenförderung. Die rechtliche Gleichstellung wird immer weiter detailliert in Form von Gleichberechtigungsgesetzen, Frauenförderplänen und sorgfältiger Prüfung einzelner Gesetze auf mittelbare Diskriminierung hin. Die rechtliche Gleichstellung ist umgesetzt. Weitere rechtliche Detaillierungen können jedoch offensichtlich keine faktische Gleichstellung erzwingen.

Die so genannte „Frauenförderung“ andererseits kann mit keinen entscheidenden Ergebnissen aufwarten.

Ansatzpunkt dieser Form der „klassischen“ Frauenpolitik ist immer die Situation der individuellen Frau. Die einzelnen Frauen sollen mit (Pilot)Projekten, Maßnahmen und Programmen in ihrer Bemühung um Gleichstellung unterstützt werden, gerade so als ob die Frauen defizitäre, der Förderung bedürftige Wesen seien. Dies ist für Frauen entwürdigend und disqualifizierend. Nicht die einzelnen Frauen müssen „fit“ gemacht werden, sondern die Strukturen, in denen Frauen und Männer leben und arbeiten.

Wir Liberale fordern daher eine neue Frauenpolitik. Diese muss sich mit den Strukturen beschäftigen, nicht mit den Individuen. Am Anfang dieses Jahrhunderts steht die Erkenntnis, dass auch in der „Frauenfrage“ die Zeit der einfachen Antworten vorbei ist. Das Leben ist anders, komplizierter, aber auch origineller und innovativer als die bisherige Frauenpolitik unterstellt. Wir wollen eine solche vielfältige, innovative und originelle Frauenpolitik gestalten.

Gleichstellung setzt eine ernstgemeinte Familienpolitik voraus

Alle Untersuchungen und Befragungen zeigen immer wieder, dass die bestgemeinte Frauenförderung zu keinem signifikanten Ergebnis führt, wenn die „Kinderfrage“ nicht gelöst wird. Dies führt zu einer Renaissance der Familienpolitik unter dem Deckmantel der Frauenförderung. Die in der momentanen politischen Diskussion stattfindende Vermischung von Frauenförderung und Familienförderung verfestigt jedoch das tradierte Rollenverständnis von Familienarbeit als Arbeit für Frauen.

Liberale Familienpolitik richtet sich daher an Väter und Mütter gleichermaßen. Um dies deutlich zu machen, fordern wir, alle Regelungen und Gesetze daraufhin zu prüfen, ob Frauenförderung mit Familienförderung gleichgesetzt wird.

Ernstgemeinte Familienpolitik muss klare Signale setzen, indem sie eine Situation schafft, in der Kinder gut leben können, in der die Familie abgesichert ist, ohne Existenzsorgen, in der Vater und Mutter Zeit für ihre Kinder haben, so dass sie und nicht Schule oder Justiz ihrem „Erziehungsauftrag“ auch wirklich mit Spaß und Sorgfalt nachkommen können.

Liberale setzen sich für abgesicherte Erziehungsphasen, reduzierte Arbeitszeit- und Wiedereinstiegsmodelle für beide Elternteile, bezahlbare Kinderbetreuung (der steuerliche Freibetrag ist gerade auf 2000 Mark halbiert worden) und zuverlässige Betreuungszeiten in Schulen ein.

Der Beitrag, den Eltern mit dem Auf- und Erziehen von Kindern für die Gesellschaft leisten, muss endlich durch massive steuerliche Entlastungen honoriert werden.

Wir Liberale wollen Betriebskindergärten fördern und mittlere und größere Unternehmen darin unterstützen, verschiedene Teilzeitmodelle zu praktizieren und Ideen zu entwickeln, damit Eltern Arbeit und Erziehung effektiv miteinander verbinden können. Viele Unternehmen haben bereits erkannt, dass es sich lohnt, Väter und Mütter mit einer flexiblen Arbeitszeitorganisation während der Familienphase an den Betrieb zu binden, auch wenn sie Kleinkinder haben. Dies spart Einstellungs- und Ausbildungskosten und die Produktivität bei Teilzeitarbeit steigt.

Wir Liberale wollen Unternehmen unterstützen, die ihren Mitarbeitern – ähnlich wie in den USA – Dienstleistungen anbieten. Dort können Mitarbeiter morgens ihre Einkaufszettel und zu reinigende Kleider an der Pforte abgeben und abends Einkäufe und gereinigte Kleider wieder abholen. Sollte das Kind unvermutet früher aus der Schule kommen, stehen auch dafür Servicekräfte zur Verfügung.

Familienarbeit muss sich lohnen

Die Zahlen sprechen für sich: 60 Milliarden Arbeitsstunden werden in Deutschland jährlich für bezahlte Arbeit geleistet, 95 Milliarden Arbeitsstunden werden ohne Entgelt erbracht. Niemanden wird es wundern zu hören, dass Frauen die Hauptlast dieser Haus-, Pflege- und ehrenamtlichen Arbeit erbringen. Wir Liberale wollen daher eine eigenständige Absicherung der Familienarbeit, weil nur so die finanzielle Abhängigkeit von Frauen beseitigt wird.

Gleichheit am Arbeitsmarkt noch lange nicht erreicht

Frauen stellen 42 Prozent der Erwerbstätigen. Sie erwirtschaften einen Grossteil des Steueraufkommens und leisten Sozialversicherungsbeiträge in Milliardenhöhe. Die Frauen selbst und auch der Staat investieren in hohem Maße in ihre Bildung und Ausbildung. Der Anteil der Schulabgängerinnen mit Hochschulreife aus allgemeinbildenden Schulen liegt über 50 Prozent, der erreichte Notendurchschnitt dabei regelmäßig über dem der Männer. Seit vielen Jahren erreichen Frauen höhere Bildungsabschlüsse als Männer. Diese Zahlen finden im Berufsleben, insbesondere in den mittleren und oberen Führungsrängen keine Entsprechung. Das Potenzial qualifizierter Frauen wird kaum ausgeschöpft. Die Liberalen wollen sich dafür einsetzen, dass Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft dieses Leistungs- und Qualifikationspotenzial stärker nutzen.

Liberale wollen,

- dass Frauen für die gleiche Tätigkeit den gleichen Lohn erhalten wie Männer,
- dass Frauen eine gleich gute Altersversorgung wie Männer haben, auch wenn sie wegen der Familie für einige Zeit aus dem Beruf ausgestiegen sind,
- dass Frauen und Männer die gleichen Aufstiegschancen im Beruf haben,
- dass etwaige Negativanreize in den Steuer- und Sozialleistungssystemen abgebaut werden, die sich nachteilig auf die Erwerbsquote der Frauen auswirken können,
- dass der Zunahme unstetiger Erwerbsverläufe Rechnung getragen wird.

Planung weiblicher Karrieren unterstützen

Karrieren brauchen Vorbilder, für weibliche Karrieren fehlen dies aber oft. Wir Liberale wollen, dass Leistungen von Frauen verstärkt in Lehrmaterial, in Veröffentlichungen und in der Forschung gewürdigt werden. Karrieren brauchen diskriminierungsfreie Beurteilung. Wir wollen die modellhafte Entwicklung einer diskriminierungsfreien Leistungsbeurteilung fördern und deren Anwendung unterstützen.

Verdeckte Diskriminierung aufspüren und beseitigen

Die Situation von Frauen in der Wissenschaft ist überall in Europa gleich: je weiter es in der Hierarchie nach oben geht, desto weniger Frauen sind dort anzutreffen. Aber dennoch gibt es deutliche Unterschiede, die zu denken geben: während Deutschland mit nur knapp 6 Prozent Professorinnen einen der hinteren Plätze einnimmt, schaffen es in der Türkei die Frauen immerhin, 21,5 Prozent der begehrten Plätze einzunehmen. Klassische Frauenpolitik reagiert auf diese Missverhältnisse mit "Habilitationsscholaritäten", Universitätskindergärten oder Frauenprogrammen. Tatsächlich liegt es aber nicht an der mangelnden Leistungsfähigkeit der Frauen, dass sie bei Bewerbungen öfter "hinten runter fallen" oder sich gar nicht erst bewerben. Untersuchungen belegen eindrucksvoll, dass Frauen bei Einstellung und Beförderung mittelbar diskriminiert werden. So müssen Wissenschaftlerinnen zweieinhalb mal mehr veröffentlicht haben als ihre männlichen Kollegen, um als kompetent zu gelten.

Wir Liberale sind überzeugt, dass Frauen keine speziellen Frauenstipendien und Förderungen brauchen, sondern schlicht faire und transparente Auswahlverfahren für die Vergabe von Stellen und Stipendien.

Frauen und Informationstechnologie

Jede dritte Existenzgründung wird heute von einer Frau gelenkt, im überwiegenden Teil im Dienstleistungsbereich. Denn nirgendwo sonst können Frauen die Regeln so frei definieren, unter denen sie arbeiten wollen, wie in der New Economy. Hier können sie sich die Zeit selbst einteilen und selbst organisieren.

Hier zählt nur Leistung und Erfolg, nicht das Geschlecht oder die Zahl der Kinder. Die Folge: In der Neuen Ökonomie vermuten Experten mittlerweile einen deutlich höheren Anteil an weiblichen Führungskräften als in der alten.

Frauen profitieren keineswegs automatisch von der Informationsgesellschaft, auch wenn sie traditionell im Dienstleistungsbereich stärker vertreten sind als Männer. Viele typische Frauenarbeitsplätze auf der unteren Hierarchieebene wie Dateneingabe oder einfache Bürotätigkeiten werden durch den Einsatz von Informationstechnologien wegklassifiziert. Frauen nutzen computergestützte Arbeitsmittel zwar quantitativ wie Männer. Aber sie nutzen EDV in erster Linie als Werkzeug, d.h., sie gestalten die neuen Technologien nicht mit. Klar ist aber: an den zu erwartenden Beschäftigungszuwächsen werden nur entsprechend qualifizierte Frauen teilhaben.

Wiedereinstieg

Sprache ist verräterisch: Politik spricht vom Wiedereinstieg nach der Kinder-“Pause” oder dem Erziehungs-“Urlaub”, gerade so als ob Frau oder Mann irgendwo ausgestiegen wären oder die Kindererziehung eine „Pause“ oder „Urlaub“ darstellen würden. Ein „Wiedereinstieg“ nach der „Kinderpause“ wird durch fehlende Betreuungsangebote und Ferienlösungen erheblich behindert. Liberale wollen daher ganztägige Bildungsangebote und ein wohnortnahe Ferienbetreuungsangebot fördern.

Den Berufsabschluss oder eine weiterführende berufliche Qualifizierung beim Wiedereinstieg wollen Liberale durch vermehrt modular aufgegliederte Bildungsangebote mit breiter Grundqualifizierung und darauf aufbauenden Fachrichtungen, so genannten „Fachrichtungskorridoren“, flexibel kombinierbaren, differenzierten Pflicht- und Wahlbausteinen mit den Optionen Gestaltungsoffenheit sowie der Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung verbessern. (Auch Sommerschulen sowie Abend- und Wochenendangebote sollen gefördert werden.)

Alleinerziehende

Hier ist eine Gleichstellung noch nicht annähernd erreicht. Dem Staat erscheinen viele Beziehungen förderungswürdiger als die natürliche zwischen Kindern und ihren Eltern. Das bemerken vor allem die 2,8 Millionen Kinder Alleinerziehender. Ein Elternteil plus Kind zahlt mehr Steuern als das kinderlose Ehepaar.

Alleinerziehenden wird eine Bausparprämie verweigert, wenn sie auch nur halb so viel verdienen wie das kinderlose Paar. Wir Liberale wollen eine wirklich gerechte Familienförderung, die Alleinerziehende stärker entlastet.

Veränderungen in Aus- und Weiterbildung notwendig

Während in den sechziger und siebziger Jahren die Aufhebung der Geschlechtertrennung in der Schule als wichtige pädagogische Reform gefeiert wurde, wird in der Erziehungswissenschaft heute vermehrt auf die Nachteile verwiesen: Mädchen werden im Unterricht in die zweite Reihe gedrängt, Jungen immer aggressiver.

Zwei Drittel der Aufmerksamkeit eines Lehrers oder einer Lehrerin gilt den Jungen. Meldet sich ein Mädchen, ist seine Chance, im Unterricht aufgerufen zu werden, um ein Fünftel geringer als bei einem Jungen. Mädchen werden außerdem 40 Prozent weniger gelobt. Ihnen wird „geholfen“, Jungen dagegen wird „erklärt“. In ihren Redebeiträgen werden Schülerinnen öfter unterbrochen. Ihre verständliche Reaktion darauf: Sie nehmen sich weniger Redezeit. Lehrer und Lehrerinnen wählen häufig Themen, Inhalte und Texte nach den Interessen, Bedürfnissen der Jungen aus. Der Grund: Die Aufmerksamkeit der meist aggressiveren und lauteren Jungen soll damit gebunden werden. Gleichzeitig werden die Bedürfnisse von Mädchen ignoriert. Die Folge: Trotz überdurchschnittlicher Zensuren wählen Mädchen nach wie vor selten eine Ausbildung im mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Bereich.

Wir Liberale wollen eine Schule, in der Mädchen und Jungen sich individuell entfalten können. Lehrerinnen und Lehrer sollen sie begleiten und sie darin unterstützen, Verantwortung zu tragen, Konflikte und Probleme solidarisch zu lösen und Widerstand gegen hierarchisches Denken zu leisten.

Statistiken belegen signifikant, dass Frauen, die Mädchenschulen besucht haben, überdurchschnittlich oft in Führungspositionen gelangen. Wir müssen mehr über die Zusammenhänge zwischen Monoedukation und weiblichen Lebensläufen erfahren. Daher wollen wir gezielt eine entsprechende Forschung unterstützen.

Die Vorteile spezifischer Angebote für Mädchen und junge Frauen auch für den Beruf nutzen

Wurde Frauenförderung in Ingenieurstudiengängen bisher lediglich als "Beitrag" zur Frauenpolitik verstanden, so sehen mehr und mehr Verantwortliche darin einen Schlüsselbeitrag, um die allgemein schwache Nachfrage in den Ingenieurfächern zu beleben und Ingenieure mit neuen Qualifikationen auszustatten. Frauen werden die besseren Ingenieure der Zukunft sein, diese These wird immer häufiger von Wirtschaft und Wissenschaft vorgetragen. Die Realität leidet jedoch an einem deutlichen "Umsetzungsdefizit". Der Frauenanteil in den von Männern dominierten Ingenieurdisziplinen steigt nur langsam, viel zu langsam an. Geist und Tradition der Ausbildung sind nach wie vor männlich. Weibliche Vorbilder, an deren Erfolg sich junge Frauen orientieren könnten, sind noch rar.

Wir Liberale wollen auch in Rheinland-Pfalz die offensichtlichen Erfolge der Monoedukation nutzen und fordern daher zu prüfen, inwieweit insbesondere in den Ingenieurwissenschaften frauenspezifische Bildungsangebote eingerichtet werden können.

SPORT

Sport ist für alle Menschen da

Entsprechend unserer langjährigen Forderung erhielt in dieser Legislaturperiode der Sport Verfassungsrang. "Sport für alle" beruht auf den Grundrechten der persönlichen Entfaltung. Er schließt jung und alt, schwache und behinderte Menschen sowie ausländische Mitbürger ein. Die **F.D.P.** sieht in der Unterstützung des Sports einen Weg zur Stärkung liberaler Grundideen.

Sport als Pflichtaufgabe

Die **F.D.P.** mißt dem Sport eine hohe Bedeutung zu. Sie verlangt eine besondere Berücksichtigung des Sports in der Bildungs-, Kultur-, Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Sport fördert die Jugend, indem er in der Drogenprävention hilft. Durch den Sport werden Jugendliche zu Gewaltfreiheit angehalten.

Spiel, Sport und Bewegung helfen dem Menschen und lehren ihn wie kein anderer Bereich,

- faire Verhaltensweisen und Toleranz einzuüben,
- sich gesellschaftlich leichter zu integrieren,
- seine Lebenssituation besser zu bewältigen und soziale Kompetenz zu gewinnen,
- seine Gesundheit, sein Wohlbefinden und seine Lebensfreude zu erhöhen und
- seine Freizeit sinnvoll zu gestalten und dabei prägende Erlebnisse zu erfahren.

Der Sport repräsentiert darüber hinaus Staat, Land und Gesellschaft. Die Förderung des Sports muss Pflichtaufgabe aller politisch verantwortlichen Kräfte sein.

Spitzensport, Breitensport und Freizeitsport dürfen dabei nicht isoliert gesehen werden. Sie bauen einander auf und ergänzen sich:

- Die **F.D.P.** bekennt sich zur sportlichen Höchstleistung. Sie lehnt gesundheitsgefährdende Mittel, sowie jede Art von Manipulation ab. Sie bejaht die Zusammenarbeit mit dem Saarland im fusionierten Olympiastützpunkt "Rheinland-Pfalz / Saarland" und tritt für dessen Förderung und Erhalt ein.
- Der vorwiegend in Vereinen organisierte und wettkampforientierte Breitensport soll auch sportlich weniger talentierten Menschen Raum geben, sich in ihrer sportlichen Leistung zu messen. Der Breitensport ist auch eine gute Grundlage für die Nachwuchsförderung und Leistungsprüfungen für jedermann. Die **F.D.P.** unterstützt die Träger des Breitensports durch Hilfen zur Selbsthilfe.

- Freizeitsport ist Sport für jedermann. Er muss allen zugänglich sein und soll den Neigungen und Interessen möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen. Als Ziel des Freizeitangebotes sieht die **F.D.P.** nicht das Angebot für wenige, sondern zweckmäßige Anlagen für viele.
Für den Freizeitsport stellen - neben den Sportvereinen - kommerzielle Sporteinrichtungen ein breites Angebot für die Bevölkerung sicher.
Die **F.D.P.** begrüßt ausdrücklich privatwirtschaftliches Engagement auch auf dem Gebiet des Sports.

Bund und Land haben jedem Bürger sein Recht auf Sport zu sichern

Durch finanzielle Hilfen und steuerliche Entlastung haben sie den Sport nach dem Subsidiaritätsprinzip zu unterstützen. Aufgabe muss es sein, jedem Bürger sportliche Betätigung zu ermöglichen. Einrichtungen, Flächen und Gewässer zur Sportausübung sind bereitzustellen.

Zur Lösung des Interessenkonfliktes Sport und Umwelt fordert die **F.D.P.:**

- Vom Sport ausgehende Emissionen sind mit anderen Maßstäben zu messen als Gewerbe- oder Verkehrslärm.
- Beim Vollzug des Immissionsschutzgesetzes und der Auslegung der neuen Ergänzung des § 906 BGB ist der Bedeutung des Sports und seinem sozialen Status Rechnung zu tragen und sicherzustellen, dass Sport auf dem "Sportplatz um die Ecke" möglich bleibt.
- Die Sportorganisationen sind als Träger öffentlicher Belange an der Planung des Raumes und der Fläche sowie deren Gestaltung zu beteiligen.

Dem Sport ist durch finanzielle Unterstützung und steuerliche Entlastung Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

- Der Sport ist am Umsatz aller Wettgeschäfte der Toto - Lotto GmbH mit gleichen Prozentualen Anteilen zu beteiligen. Diese Anteile sollten dem Sport unmittelbar zufließen und als Eigenleistung gewertet werden.
- Die kostenfreie Überlassung öffentlicher Sportstätten an Sportvereine soll wie bisher nach dem Sportstättenförderungsgesetz erhalten bleiben. Dies soll auch für die Sportstätten gelten, die von der Landesliegenschafts- und Baubetreuungs-Gesellschaft (LBB) verwaltet werden.
- Die Möglichkeiten des gemeindlichen Billigkeitserlasses bei der grundsteuerlichen Behandlung von Grundstücken, die der Sportausübung dienen, sind zu erweitern.
- Sportstätten sind beim Bewertungsgesetz bevorzugt zu behandeln.

Die **F.D.P.** fordert die Abschaffung der Neuregelung des 630-Mark-Gesetzes, da diese insbesondere sporttreibende Vereine mit viel Bürokratie belastet.

Der Berufssport und Berufssportveranstaltungen sind von Steuerbegünstigungen und Steuerbefreiungen auszunehmen.

- Das Bewusstsein der Öffentlichkeit für den Wert des Sports muss geschärft werden:
 - In ihrem Auftrag der Grundversorgung müssen die öffentlich - rechtlichen Anstalten auch ihre Verpflichtung erfüllen, ein umfassendes Bild vom Sport und seiner sozialen Lebenshilfe zu liefern.
 - Die privaten Anbieter sollen neben dem Spitzensport die Interessen des Breiten-, Freizeit- und Regenerationssports ebenfalls mit Anregungen für jedermann wahrnehmen.
 - Die Medien haben als geheime Miterzieher unserer Gesellschaft und kritische Wegbegleiter des Sports auch einen Beitrag für Fair Play und gegen Gewalt zu leisten. Entsprechende Beiträge verdienen gegenüber der unverhältnismäßigen Herausstellung von sensationell aufgemachten Auswüchsen stärkere Beachtung.
 - Interessen von Minderheiten müssen zur Geltung kommen können.

Die Kommunen haben die sportlichen Aktivitäten zu fördern

Sie haben ein vielfältiges ausreichendes Angebot an Sportstätten und Freizeitanlagen bereitzustellen. Die Gemeinden, Städte und Landkreise sollen dabei ein partnerschaftliches Verhältnis mit den Vereinen anstreben.

Dazu gehört, dass

- die Kommunen auf Gebühren für die Nutzung der Sportstätten und Freizeitanlagen verzichten,
- die Vereine Eigeninitiative entwickeln und zur Pflege und Erhaltung der Sportstätten und -freizeitanlagen beitragen,
- die Gemeinden in ihre Bauleitpläne Vorrangflächen für Sport aufnehmen,
- durch Sportstättenleitpläne das notwendige Angebot an Sportstätten und Freizeitanlagen geregelt wird,
- die Gemeinden - auch deren Volkshochschulen - ein eigenes Sportangebot entwickeln, wenn das Angebot der Vereine nicht ausreicht,
- für Leistungen der Kommunen zur Spotförderung diese selbst verantwortlich sind. Sie dürfen nicht nachrangig beurteilt werden. Bis zur gesetzlichen Bestimmung als Pflichtaufgabe sind freiwillige Leistungen für den Sport unter Anerkennung der Selbstverwaltungshoheit wie eine Pflichtaufgabe zu behandeln.

Die Vereine bilden die Kernzellen sportlicher Betätigung

Sie sind ein wichtiges soziales Netz für die Bevölkerung. Freizeit-, Breiten- und Spitzensport haben im Verein ihre gemeinsame Grundlage. Die Vereine sind am besten in der Lage, umfangreiche sportliche Angebote kostengünstig zu gestalten. Bund, Länder und Gemeinden unterstützen die Vereine in einem partnerschaftlichen Verhältnis ideell und materiell.

Dazu gehört

- Hilfe zur Selbsthilfe sowie Förderungsbeiträge,
- Förderung der Schüler- und Jugendarbeit sowie von Vereinsprogrammen, welche eine verstärkte Einbeziehung von Jugend, Senioren, Behinderten, Aussiedlern und Ausländern gewährleisten,
- kostenfreie Benutzung der staatlichen und kommunalen Sportstätten (auch die der LBB),
- Ausgleich von Belastungen der Vereine, die eigene Sportstätten nutzen, durch besondere Hilfen der öffentlichen Hand,
- Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit; sie muss durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse und durch steuerliche Entlastung erleichtert werden.

Sport im Vorschulalter und in der Schule: Fundamente für den Sport

Die natürliche und spontane Bewegungsfreude soll durch Sport und Spiel bereits im Vorschulalter gefördert werden. Die Förderung von Geschicklichkeit, Selbstsicherheit, Erfolgzuversicht und Gemeinschaftsverhalten muss im Vordergrund stehen.

- Kindergärten und Kindertagesstätten sind mit ihren Außenanlagen so zu gestalten und auszustatten, dass kindgemäße Spiele und Bewegungserziehung möglich sind.
- Bewegungserziehung, Spiele, Rhythmus und Schwimmen müssen zu festen Bestandteilen von Ausbildung und Fortbildung der Erzieherinnen werden.
- Zur Intensivierung der Bewegungserziehung sollen Kindergärten, Vorschuleinrichtungen und Sportvereine gezielt zusammenarbeiten.

Der Schulsport als unverzichtbarer Teil der Erziehung muss stärker als bisher gefördert und vor Rückschritten bewahrt werden. Er bietet die Möglichkeit, die Bereitschaft für lebenslange sportliche Betätigung zu entwickeln.

- Mindestens zwei Sportplichtstunden sind in allen allgemeinbildenden Schulen zu garantieren. Die dritte Sportstunde mit dem Ziel der täglichen Sportzeit ist anzustreben.
- Unvermeidbarer Unterrichtsausfall darf nicht allein zu Lasten des Sportunterrichts ausgeglichen werden. Deshalb fordern wir die Einstellung von Sportlehrern mit Arbeitsvertrag, so dass Lehrer verstärkt für den Fachunterricht zur Verfügung stehen. Es sollten nur Lehrer zum Sportunterricht herangezogen werden, die eine sportliche Qualifikation haben (Ausbildung zum Sportlehrer bzw. zum Übungsleiter).
- Ein breites Angebot, das über das herkömmliche hinausgeht, sollte sich im Sportunterricht niederschlagen. Dabei sollte der Schwimmunterricht berücksichtigt werden.
- Die vielfältigen Möglichkeiten Sport zu unterrichten und Sport zu treiben müssen weiter ausgebaut werden. Dazu gehören u. a. Sport als Pflicht- und Neigungsfach, Sport als Leistungs- und Grundkursfach in der gymnasialen Oberstufe, Sport als Prüfungsfach im Abitur und seine Berücksichtigung im Zulassungsverfahren zum Studium.

- Der Einsatz von Sportlehrern mit staatlicher Lehrbefähigung soll bedarfsgerecht an allen allgemeinbildenden Schulen ausgebaut werden. Dabei ist insbesondere in den Grundschulen auf eine wesentliche quantitative Verbesserung hinzuwirken.
- Die sportliche Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein soll gefördert werden.
- In Abstimmung zwischen Schulbehörde, Schulträgern und den Sportfachverbänden sollen zur Talentförderung Schulsportleistungszentren errichtet werden, z.B. spezielle Sportgymnasien wie in Kaiserslautern.
- Die F.D.P. fordert die Einrichtung von Sportförderklassen.
- Selbstgestaltete Schulsportfeste sind zu fördern.
- Schulhöfe sollen als Spielhöfe gestaltet sein und den Kindern auch nachmittags zur Verfügung stehen.
- Die Sportstätten sollten auch während der Ferien geöffnet bleiben.

Sport ist eine Selbstverständlichkeit

An den Hochschulen, bei der Bundeswehr, bei der Polizei und beim Bundesgrenzschutz muss eine regelmäßige Sportmöglichkeit gewährleistet sein.

- Ein ausreichendes Angebot an Freizeit-, Breiten- und Leistungssportmöglichkeiten ist erforderlich.
- Genügend voll ausgebildete Sportlehrer oder Übungsleiter sind zur Verfügung zu stellen.

Sport gehört auch zur Gesundheitsvorsorge und Therapie. Er leistet wertvolle Hilfen sowohl zum Erhalt körperlicher und psychischer Gesundheit als auch zu ihrer Wiederherstellung. Er kann wichtige Hilfen bei der Rehabilitation Behindter oder der sozialen Integration Straffälliger leisten.

- Verstärkt ist Sport für Mutter und Kind, für körperlich haltungsschwache Kinder und Jugendliche und für Senioren anzubieten.
- Behinderten ist Sportausübung unter Betreuung geschulten Fachpersonals zu ermöglichen.
- Im Strafvollzug ist die Möglichkeit zu sportlicher Betätigung zu geben und zu fördern.

Der Sport braucht zu seiner Entwicklung die Sportwissenschaft. Grundlagen- und praxisbezogene Forschung müssen sich gegenseitig anregen und ergänzen.

BAUWESEN, RAUMORDNUNG UND STÄDTEBAU

Förderung des Privateigentums

Die Freie Demokratische Partei ist die Partei, die das Privateigentums fördert. Das Privateigentum ist eine wesentliche Säule unserer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung wie unseres Rechtsstaates. Dem Eigentum an Grund und Boden kommt dabei ein besonderes Gewicht zu. Es ist deshalb erklärtes Ziel der **F.D.P.**, dass möglichst viele Mitbürger über Wohneigentum verfügen können. Eine Wohneigentumsquote von 55 Prozent in Rheinland-Pfalz, (im Bundesschnitt beträgt sie 42 Prozent), ist immer noch zu gering, d.h. es gilt noch aus vielen Mietern Eigentümer zu machen.

Privatisierung öffentlicher Wohnungen forcieren

Die **F.D.P.** sieht in der Überführung öffentlicher Wohnbestände in Privateigentum sowie in regionale Immobilienfonds die Chance, die Wohneigentumsquote in Rheinland-Pfalz zu steigern und den Bürgern verstärkt Beteiligungsmöglichkeiten am Immobilienvermögen zu eröffnen. Die breite Streuung von Wohneigentum bleibt nach wie vor eines der wichtigsten politischen Ziele. Denn breit gestreutes Eigentum macht frei und unabhängig.

Wohneigentum dient der Altersversorgung

Eigentum erweitert den individuellen Freiheits- und Entscheidungsspielraum. Insbesondere stellt belastungsfreies Wohneigentum eine wesentliche Ergänzung der Altersversorgung dar. Die **F.D.P.** Rheinland-Pfalz fordert daher Formen der Eigentumsförderung, die es Personen bereits in jüngeren Jahren ermöglicht, Wohnvermögen zu bilden. Die Schaffung von Wohneigentum zur finanziellen Absicherung im Alter gewinnt zunehmend an Bedeutung. Es ist daher wichtig, dass mit der Bildung von Wohneigentum in einem möglichst frühen Lebensabschnitt begonnen werden kann. Die Realisierung scheitert oft daran, dass zu wenig und zu teures Bauland angeboten wird.

Baulandinitiative fördern

Mit einer Baulandinitiative sollte hier Abhilfe geschaffen werden. Das Land Rheinland-Pfalz sollte ein Programm auflegen, das privaten Betreibern die Baulandentwicklung als ppp-Projekt ermöglicht und die Kommunen entlastet. Aus ökologischen wie fiskalischen Gründen ist dabei flächensparenden Bebauungsplänen den Vorrang zu geben. Siedlungsplanung muss deshalb vor allem auf eine Verdichtung der vorhandenen Bebauungen - auch z.B. im Interesse einer Begrenzung der Verkehrsentwicklung - gerichtet sein.

Bausparförderung

Dem Ansparen von Eigenkapital kommt eine wichtige Funktion zu. Deshalb befürwortet die **F.D.P.** eine an Einkommengrenzen orientierte Bausparförderung. Dies gilt zugleich für die Förderung zur Wohneigentumsbildung nach dem Eigenheimzulagengesetz. Die **F.D.P.** plädiert allerdings nachdrücklich für ein Optionsmodell, welches wahlweise eine Zuschußförderung oder eine steuerliche Förderung vorsieht. Bei einem solchen Optionsmodell kann man wieder zu den alten Einkommengrenzen von 120.000 Mark für Ledige und 240.000 Mark für Verheiratete zurückkehren.

Durch die Nutzung der Marktkräfte zu kostengünstigem Wohnraum gelangen

Ein qualitativ und quantitativ gutes Wohnungsangebot wird nur erreicht durch das Wirksamwerden der Marktkräfte. Marktregulierende, wohnungspolitische Aktivitäten des Staates bewirken dagegen vielfach wirtschaftliche und soziale Nachteile. Dies betrifft sowohl Maßnahmen, die Einfluss auf Erhaltung und Verteilung vorhandenen Wohnraums als auch auf die Schaffung neuer Wohnungen nehmen. Die **F.D.P.** Rheinland-Pfalz fordert daher, dass bisher öffentlich wahrgenommene und beeinflusste Aufgaben hinsichtlich ihrer Zielrichtung und Notwendigkeit unter der Prämisse „Liberalisierung statt Regulierung“ überprüft und korrigiert werden. Ziel ist es, durch wettbewerbsfähige Marktstrukturen zu kostengünstigem Wohnraum zu gelangen. Dem haben sich auch die Kriterien des sozialen Wohnungsbaus anzupassen.

Staatliche Regulierungen: ein Hemmschuh für Investoren

Auf den Wohnungsmärkten findet durch permanente staatliche Regulierungen kein echter Ausgleich von Angebot und Nachfrage statt. Überzogene Schutzvorschriften für Mieter sorgen für eine Zurückhaltung privater Bauherren und Investoren. Dadurch entsteht immer wieder staatlicher Interventionsbedarf. Eine nur scheinbar mieterfreundliche Gesetzgebung ist ursächlich für entstehenden Wohnungsmangel. Die **F.D.P.** Rheinland-Pfalz setzt sich daher für adäquate, langfristig geltende Rahmenbedingungen für den Wohnungsmarkt ein.

Liberalisierung des Mietrechts

Die **F.D.P.** fordert eine Liberalisierung des Mietrechts. Die Einführung asymmetrischer Kündigungsfristen wird abgelehnt, da für beide Seiten - Mieter wie Vermieter - Fälle vorkommen, in denen eine lange gesetzliche Kündigungsfrist nicht zumutbar ist. Die Reduzierung der Modernisierungszuschläge wirkt sich ebenso investitionshemmend aus wie die Regelung, dass Kapitalkostensteigerungen nicht mehr umgelegt werden dürfen. Modernisierungsinvestitionen in den Wohnungsbau zur Qualitätsbesserung bzw. Sicherung des Wohnstandards leiden darunter ebenso wie die Neubauinvestitionen. Die Reduzierung der Kappungsgrenzen benachteiligt besonders diejenigen Vermieter, die Wohnungen aus privaten Gründen zu niedrigen Mieten

vermietet haben und nicht jede Mietanpassungsmöglichkeit zur Erhöhung des Mietzinses ausgenutzt haben, sich also besonders sozial ihren Mieter gegenüber verhalten haben. In einer Kündigungssperrfrist von 10 Jahren bei Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung ist ein Verstoß gegen die Eigentumsgarantie des Gesetzgebers zu sehen, da eine solche Wohnung unverkäuflich ist. Die F.D.P. fordert die generelle Einführung der Direktabrechnung öffentlicher Versorger mit den Nutzern, seien es Mieter oder Vermieter.

Kommunale Beteiligungen an Wohnungsbaugesellschaften sind offen zu legen

Ehemals gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften haben nach wie vor eine sehr starke Marktstellung. Daher müssen alle Beteiligungen von Gebietskörperschaften an Wohnungsbauunternehmen, Wohnungsverwaltungsgesellschaften und Wohnungsbaufinanzierungsinstituten auf den Prüfstand. Sie führen zu einem verzerrten Wettbewerb und zu mangelnder Markttransparenz. Die rheinland-pfälzische F.D.P. fordert eine detaillierte Erfassung der öffentlichen Beteiligungsverhältnisse und deren regelmäßige Veröffentlichung. Eine Beteiligung der Gebietskörperschaften ist auf eine Höhe unterhalb der Sperrminorität zurückzuführen.

Wohngeldleistungen dringend erforderlich

Die F.D.P. tritt für den weiteren Ausbau und Anpassung des Wohngeldes als der zielgenauesten Form der Subjektförderung ein. Mietpreisbindungen durch Kostenmietregelungen werden aufgehoben.

Belegrechte eine Sicherheit für Eigentümer

Für Mitbürger, die aus den unterschiedlichsten Gründen am Markt keine Mietwohnung erhalten, für die aber die Kommunen die Wohnungsfürsorgepflicht haben, wird in Rheinland-Pfalz ein Belegrecht geschaffen, welches mit einer Schutzgarantie gegen Vandalismus ausgestattet sein muss, damit Belegrechte nicht nur von Wohnungsbaugesellschaften sondern auch von privaten Vermietern vergeben werden können.

Konversion nicht nur eine Chance für den Wohnungsbau

In Rheinland-Pfalz werden einige regionale Wohnungsmärkte von dem Angebot an Konversionswohnungen beeinflusst. Würden alle zur Zeit noch bestehenden Konversionswohnungen auf einen Schlag auf den Markt gebracht werden, ergäben sich erhebliche Verwerfungen.

Es ist daher geboten, eine Strategie für jeden einzelnen Standort zu entwickeln, damit das Marktgefüge nicht völlig aus dem Lot gerät. Dazu gehört u. U. auch eine andere Nutzung als für Wohnzwecke.

Die Vereinfachung des Bauordnungsrechts muss weitergehen

Nach Erleichterungen im rheinland-pfälzischen Bauordnungsrecht, welches die F.D.P. maßgeblich in den letzten beiden Novellen mitgestaltet hat, muss auf der Grundlage der bisher gemachten Erfahrungen die gesetzliche Vereinfachung weitergehen. Ein Übermaß an technischen Regelungen und kostensteigernden Schutzvorstellungen muss abgebaut werden. Die F.D.P. strebt dabei keinen regelfreien Raum an, vielmehr ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen dem präventiv regelnden Einfluss des Staates und der Eigenverantwortung der am Bau beteiligten Gruppen. Als dringend erforderlich zeigt sich die Fortschreibung des § 67 der LBO, wonach zukünftig ein Bauherr auch im Freistellungsverfahren einen Genehmigungsvermerk beantragen kann. In diesen Fällen soll der Bauherr von einem frei tätigen Gutachter, der die Befugnis zur Ausstellung eines Baugenehmigungsvermerkes vom Land übertragen bekommen hat, diesen erhalten können.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind auf die jeweilige Situation abzustimmen

Bei der Ausweisung von Baugebieten sind Ersatzmaßnahmen verstärkt auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Nur sofern eine wirklich berechtigte Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahme angezeigt ist, soll diese, orientiert an den örtlichen Gegebenheiten und unter Berücksichtigung wie z. B. landwirtschaftlicher- aber auch wirtschaftlicher Belange, gefordert werden können. Wertvolle landwirtschaftliche Flächen dürfen zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nicht herangezogen werden.

Kommunalabgabengesetz (KAG) - Regelungsbedarf bei den kommunalen Entgeltsatzungen

Die Fachbehörden fordern bei der Neuausweisung von Baugebieten das ankommende Oberflächenwasser möglichst innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes zur Versickerung bzw. Verdunstung zu bringen. Hierdurch werden die Querschnitte der Abwasserkäne gering gehalten, auch werden die Kläranlagen nicht unnötig belastet, d.h. das Regenwasser bleibt, wie auch gewollt, klärtechnisch unbehandelt.

In bereits bestehenden Ortsteilen gibt es allerdings noch sehr viele versiegelte Flächen, die den heutigen Erwartungen entsprechen. Das ankommende Niederschlagswasser kann somit nicht versickern und wird voll in die Kanalnetze eingeleitet. Im gesamten Abwassersystem kann es daher zu unvertretbaren Überlastungen kommen, was sicherlich sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich nicht gewollt ist. Erfolgreiche Abhilfe kann nur durch einen Rückbau der versiegelten Flächen erreicht werden, was aber nur auf freiwilliger Basis geschehen kann.

Die F.D.P. fordert daher die Kommunen auf, durch einen entsprechenden Beschluss in der Entgeltsatzung Regelungen zu treffen, wonach finanzielle Anreize zum freiwilligen

Rückbau versiegelter Hof- und Gartenflächen angeboten werden. Nur dann wird es möglich sein, viele Grundstückseigentümer zu Rückbaumaßnahmen zu bewegen.

Denkmalschutz

Jede zeitgeschichtliche Epoche brachte, angepasst an den jeweiligen Zeitgeist, geprägt vom Lebensgefühl und Kunstsinn der jeweiligen Generation, hervorragende Kulturdenkmale hervor. Zeitzeugen hierfür sind prächtige Burgen und Schlösser, Kirchen, gewachsene Ortskerne mit Brunnenanlagen und Dorfplätze die oftmals als Kommunikationsstätten der dort lebenden Menschen dienten, bis hin zu vielen geschichtsbezogenen kunsthistorischen Details wie Mahnmale, Wegekreuze, Sagengestalten und vieles Andere mehr. Hierdurch entwickelte sich auch der spezielle Charakter ganzer Landstriche und schuf somit eine Lebensqualität, die es auch weiterhin zu erhalten gilt.

Die Aufgabenstellung muss daher heißen, bedrohte Kulturdenkmale zu bewahren und für den Gedanken der Partnerschaft zwischen Denkmalpflege und Eigentümer im Interesse des Denkmalschutzes zu werben.

Die F.D.P. fordert:

- Rechtzeitige Aufklärung über Sinn und Zweck der Denkmalpflege.
- Nur schützenswerte Gebäude sollen unter Schutz gestellt werden.
- Die Denkmalpflege soll gemeinsam mit den Eigentümern betrieben werden.
- Denkmalpflege darf nicht zum Bautenschutz degenerieren.
- Der öffentliche Förderanteil für Maßnahmen an denkmalgeschützten Gebäuden muss der berechtigten Interessenlage der Allgemeinheit entsprechen.
- Keine Kostenbeteiligung der Bauherrschaft für eventuelle denkmalpflegerische Nachforschungen bei Bau- und Erschließungsmaßnahmen.

Nach dem Entwurf (§ 21) des zweiten Landesgesetzes zur Änderung des Denkmalschutz- und -pflegegesetzes ist hierfür eine Eigenbeteiligung bis zu einem Prozent vorgesehen, sofern die Baukosten 1 Mio. Mark überschreiten. Dies bedeutet, dass das öffentliche Interesse an der Erhaltung von Denkmälern zu einer unvertretbaren Steigerung der privat zu finanzierenden Baukosten führen würde.

HAUSHALT UND FINANZEN

Oberster Grundsatz liberaler Finanzpolitik ist, die öffentlichen Mittel so sparsam und wirkungsvoll wie möglich einzusetzen. Damit spätere Generationen noch eigene Finanzentscheidungen treffen können, muss die öffentliche Neuverschuldung auf Null abgesenkt und danach mit der Rückzahlung bestehender Schulden begonnen werden.

Im Einzelnen bedeutet dies:

- Bis zum Jahre 2008 ist die Neuverschuldung in Rheinland-Pfalz auf Null Mark zu senken.
- Nach diesem Zeitpunkt ist mit der Tilgung des Schuldenberges zu beginnen.

Die Steuer- und Abgabenlast für den einzelnen Bürger hat ihre Grenze erreicht. Deshalb ist es erforderlich, durch Steuer- und Abgabensenkungen mehr Freiheitsspielräume für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu eröffnen. Deshalb dürfen sie entsprechend einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts höchstens mit der Hälfte des Einkommens mit Steuern belastet werden. Das Land hat diesen Grundsatz in seiner Ausgestaltung des Landesfinanzausgleichsgesetzes zu berücksichtigen. Die Steuerausfälle, die durch Steuersenkungen dem Land und den Gemeinden entstehen, sind durch Einsparungen bei den Sach- und Personalausgaben sowie durch eine Aufgabenreduzierung zu erwirtschaften. Durch Neuorganisationen und Nutzung modernster Informationstechnologien sind Effizienzsteigerungen möglich, die zu Sach- und Personalausgabeneinsparungen führen.

Die Gewerbeertragssteuer muss abgeschafft werden, weil sie wettbewerbsverzerrend und als wichtigste Finanzquelle der Gemeinden zu unstetig und krisenanfällig ist. Für die Steuerausfälle muss im Rahmen der Gemeindefinanzreform ein entsprechender Ausgleich geschaffen werden, der die Finanzkraft der Gemeinden und ihre Finanzautonomie erhält. Dieser Ausgleich kann durch eine angemessene Beteiligung der Gemeinden an der Umsatz- und der Lohn- und Einkommensteuer erreicht werden.

Liberale Finanzpolitik fordert, dass die Kommunen nur dann mit neuen Aufgaben belastet werden dürfen, wenn zugleich vom Land oder Bund ein entsprechender finanzieller Ausgleich gegeben wird. Die Reform des Finanzausgleichsgesetzes ist an diesen Leitsätzen auszurichten:

- Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist zusätzlich im Finanzausgleichsgesetz zu berücksichtigen.
- Streichung der Gemeinschaftsaufgaben. Hierbei handelt es sich um originäre Länderaufgaben, bei denen nicht einzusehen ist, warum der Bund planerische und finanzielle Mitverantwortung tragen sollte.
- Der horizontale Finanzausgleich sollte so gestaltet werden, dass jedes Bundesland ungeachtet seiner Finanzkraft einen Anreiz zur Pflege der Steuerquellen hat. Dies ist durch einen einfachen linearen Umverteilungstarif erreichbar, der überdurchschnittliche Steuerkraft mit z.B. 50 v.H. abschöpft und unterdurchschnittliche Steuerkraft mit dem selben Satz auffüllt. Die Steuerkraft der Gemeinden ist dabei vollständig einzubeziehen.

Das Landesfinanzausgleichsgesetz muss die Gemeinden weiter stärken. Deshalb sollten die Zweckzuweisungen reduziert und die allgemeinen Zuweisungen erhöht werden.

Die investiven Ausgaben des Landes sind auf dem hohen Niveau fortzuführen, die Verbrauchsausgaben weiter zu vermindern. Deshalb bleibt es eine ständige Aufgabe, die Landesverwaltung zu modernisieren, um dadurch eine höhere Effizienz zu erreichen.

Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie zur Wahrung der Kontrollrechte des Parlaments unterstützt die **F.D.P.** die Weiterentwicklung neuer Instrumente zur Steuerung, Optimierung und Kontrolle des Mitteleinsatzes der Verwaltung.

Das Land muss die haushaltrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass bebaute und unbebaute Grundstücke von Gemeinden effizienter bewirtschaftet und verwaltet werden können. Modernes Gebäudemanagement erspart dem Land und den Gemeinden erhebliche Kosten.

Liberale Haushalts- und Finanzpolitik hat das Ziel, die Neuverschuldung des Landes bis spätestens im Jahre 2008 auf Null Mark zu senken, um danach mit dem Abbau der Schulden zu beginnen, damit für zukünftige Generationen neue Gestaltungsräume in der Politik entstehen.

EUROPA

Mit der Wahl einer starken **F.D.P.**-Landtagsfraktion gibt der Wähler der **F.D.P.** die Möglichkeit, liberale Positionen auch im Bund und in Europa zu vertreten. Über den Bundesrat, über Ministerkonferenzen, über die europäische Zusammenarbeit der Justizminister, über den Ausschuss der Regionen und durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit haben die rheinland-pfälzischen Liberalen Einfluss über die Landesgrenzen hinaus in der Bundesgesetzgebung und in der Europäischen Union.

Die **F.D.P.** Rheinland-Pfalz setzt sich ein:

- **Für grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

Ein friedvolles Zusammenleben innerhalb der Europäischen Union erfordert die Einigkeit der Mitgliedstaaten in der Asyl- und Einwanderungspolitik. Sie ist auch im Interesse der Wirtschaft unseres Landes notwendig.

Ein gedeihliches Zusammenleben setzt darüber hinaus aber auch die Zusammenarbeit von staatlichen Stellen, Bürgern und Gemeinden voraus. Der Ausbau der Euregios, wie Oberrheinregion, Saar-Lor-Lux und Pamina sollen intensiviert werden. Städtepartnerschaften als Keimzellen der europäischen Integration sollen durch die Förderung persönlicher Beziehungen in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft und Sport die Grundlage für ein Europa der Bürger bilden. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch grenzüberschreitenden Vereinspartnerschaften wie den Freundschaftskreisen Rheinland - Pfalz - Burgund und Rheinland-Pfalz-Oppeln zu.

- **Für Bürgerrechte - Demokratie und Verfassung**

Die Liberalen stehen für Weltoffenheit und Europafreundlichkeit.

Die Europäische Union ist für Liberale der Garant für eine friedliche Entwicklung des Kontinents.

Die Europäische Union besitzt eine föderale Grundordnung, in der Subsidiarität, Rechtsstaatlichkeit und die Grundfreiheiten garantiert sind. Diese Ordnung muss im liberalen Geist gelebt und weiterentwickelt werden.

Dazu gehört eine europäische Verfassung mit einem Grundrechts- und Zuständigkeitskatalog, in dem die Subsidiarität für die Verteilung der Kompetenzen zwischen Regionen, Mitgliedstaaten und EU das tragende Grundprinzip ist. Weiter bedarf es einer Stärkung des Europäischen Parlaments durch die Schaffung eines eigenen Gesetzesinitiativrechts sowie der Bildung einer europäischen Regierung, die aus der Mitte des Europäischen Parlaments gewählt wird und der Einführung eines einheitlichen und gleichen Wahlrechts. Europäische Entscheidungen müssen transparenter werden. Wenn im Sinne des Subsidiaritätsprinzips Richtlinien auf regionaler Ebene genauer definiert und umgesetzt werden können - wie beispielsweise die FFH-Richtlinie - müssen die

betroffenen Bürgerinnen und Bürger vor Ort künftig rechtzeitig und in angemessener Form in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.

- **Für Stabilität, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung**

Statt Protektionismus und Beschäftigungsprogrammen fordern wir Wettbewerb zur Weckung von Wachstumsreserven und eine stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bedarf es einer Europäisierung des Privatrechts.

Für Liberale gibt es keine Aufweichung des europäischen Stabilitätspaktes und keine politische Einflussnahme auf die Europäische Zentralbank.

Die deutsche Volkswirtschaft braucht eine liberale Wirtschaftspolitik. Kleinere und mittlere Unternehmen müssen in gleichem Maße wie Großkonzerne von den Freiheiten des EU - Vertrages profitieren. Es gilt, ihnen dauerhaft die gleichen Chancen wie Großkonzernen im globalen Wettbewerb einzuräumen. Dazu gehört auch die Stärkung der Landwirtschafts- und Weinbaubetriebe, sowie eine gezielte Strukturförderung des ländlichen Raums.

- **Für die Erweiterung der Europäischen Union**

Bei der Erweiterung der EU müssen neben den unverzichtbaren Verfassungsprinzipien westlicher Demokratien und den Gemeinschaftsverträgen vor allem die ordnungspolitischen Grundsätze der jeweiligen Mitgliedsstaaten beachtet werden. Für die föderal strukturierten Staaten bedeutet dies, dass durch die Achtung des Subsidiaritätsprinzips der notwendige Entscheidungsspielraum der regionalen Gremien gewahrt bleiben muss.

Nachbarstaaten, deren rechtsstaatliche, demokratische und wirtschaftliche Entwicklung den Anforderungen der Europäischen Union nicht entsprechen , dürfen nicht in die Europäische Union aufgenommen werden.

- **Für eine Verbesserung der internationalen Verkehrsanbindung des Landes**

Durch die Anbindung des Landes an transeuropäische Netze soll die Standortqualität des Landes verbessert werden. Dafür haben insbesondere folgende Vorhaben eine herausragende europäische Bedeutung:

- Eine Schnellbahnverbindung Paris-Kaiserslautern-Mannheim,
- Ausbau der Flugplätze Hahn und Zweibrücken,
- Fertigstellung der Fernstraßenverbindung Lüttich-Bitburg-Wittlich-Mainz mit einem Hochmoselübergang bei Zeltingen,
- die Fertigstellung der linksrheinischen Autobahnverbindung (A61/A65) von Mainz über Neustadt, Landau und Neulauterburg nach Straßburg,
- die Verbesserung der Eisenbahnverbindung Mainz-Straßburg, Schließung der Lücke der A 1 in den Landkreisen Daun und Ahrweiler.

- **Für eine europaorientierte Bildungs-, Ausbildungs-, Medien- und Kulturpolitik**

Die Liberalen stehen für eine Europäisierung der Bildungs- und Ausbildungspolitik. Das bedeutet:

- Wir treten ein für eine europäische Anpassung der Schul- und Ausbildungsdauer zur Verbesserung der Wettbewerbssituation unserer Jugend,
- Grenzüberschreitender Austausch im Rahmen von Ausbildungs-, Bildungs- und Forschungsprogrammen sollte intensiver als bisher gefördert werden und alle EU Staaten einschließen,
- Sprachkompetenzen sollten frühestmöglich und fortführend flächendeckend vermittelt werden,
- französisch sollte in Rheinland-Pfalz wieder vermehrt auch als erste Fremdsprache angeboten werden,
- die Bereitschaft zu europaweiter Mobilität sollte durch die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und Leistungen in jedem Ausbildungsstadium (Modulen) gefördert werden.

Der europäische Kulturkanal ARTE sollte der Medienpolitik der Landesregierung besonders am Herzen liegen. ARTE sollte zu einem Sender entwickelt werden, der über seine deutsch - französische Bedeutung hinaus, auch für die Entwicklung von bilateralen Beziehungen mit östlichen Nachbarn Vorbildcharakter hat. Grenzüberschreitende Kulturprojekte in allen Sparten sollten weitergeführt und ausgebaut werden.

INDEX

- Abendgymnasium 84
 Abfall 76
 Abitur 82, 121
 Abwasser 71
 Alleinerziehende 101, 111, 116
 Altenpflege 107
 Altenwohnlone 107
 Altersvorsorge 108, 123
 Altlastensanierung 70
 Arbeitsplätze 5, 6, 13, 15, 16, 17, 19, 21, 22, 24, 25, 28, 29, 30, 32, 34, 36, 47, 48, 66, 67, 85, 94, 103, 110, 114, 128
 Archive 91
 Asyl 104
 Ausbildung 7, 8, 9, 10, 11, 13, 15, 18, 24, 25, 32, 47, 55, 81, 85, 94, 95, 98, 114, 116, 117, 121
 Ausbildungsplätze 21, 94
 Ausländer 59, 103, 118, 121
 Autonomie 12, 88, 93
 Bauland 123
 Bauwesen 123
 Beförderungschancen 54, 56
 Begabtenförderung 7, 9, 12, 15, 18, 83, 84, 87, 93, 94
 Behinderte 35, 50, 83, 84, 86, 109, 110, 118, 121, 122
 Berufliche Bildung 10, 85
 Berufsbildende Schule 7, 11, 85
 Bibliotheken 90
 Bildung 7, 8, 10, 11, 12, 15, 18, 25, 49, 59, 81, 83, 85, 93, 95, 104, 114, 123, 130
 Bildung Online 7
 Bildungsfonds 11
 Bildungsgutschein 10, 13, 86, 94
 Biotechnologie 16, 67
 Bürgergeld 110
 Bürokratieabbau 6, 9, 17, 20, 64, 77, 85, 124
 Datenausbahn 5, 21, 55, 57, 58, 69, 98
 Denkmal 91
 Deregulierung 6, 17, 20, 64, 77, 85, 124
 Dorferneuerung 35, 76
 Dosenpfand 78
 Drogen 98, 118
 Duale Oberschule 10, 12, 83, 85
 Duale Obeschule 93
 Eigeninitiative 15, 24, 95, 120
 Eigenverantwortung 6, 7, 9, 10, 31, 33, 88, 100, 101, 105, 106, 108, 109, 126
 Eigenvorsorge 6, 20, 109
 Eingetragene Lebenspartnerschaft 101
 Einkommensteuer 28, 60, 128
 Einwanderung 103, 104
 Einzelhandel 43, 61
 Elite 9
 Eliteschule 9, 84
 Erziehung 12, 52, 82, 93, 98, 113, 121
 Europa 130
 Existenzgründung 20, 24, 25, 26
 Fachhochschule 12, 13, 24, 87, 88, 93, 96
 Familie 58, 101, 103, 112, 113, 114, 116
 Finanzen 128
 Flächenland 5
 Forschung 15, 16, 32, 80, 87, 114, 116, 122
 Forsten 32, 62, 68, 69
 Fortschritt 15, 16, 47, 65, 95, 105
 Frauen 112
 Frauenförderung 112, 113, 117
 Freiheit 5, 45, 51, 82, 100
 Freizeitangebote 14, 83, 97, 98
 Fremdsprachenunterricht 8, 88, 89
 Führungskolleg 81
 Ganztagsschule 82, 93
 Gaststättenverordnung 36
 Gemüsebau 66
 Generationengerechtigkeit 12, 99, 101
 Gentechologie 16, 24, 67
 Gesellschaft 5
 Gesundheit 104
 Gewerbeertragssteuer 28, 128
 Gewerbekapitalsteuer 64
 Gewerbesteuer 28, 60
 Gleichgeschlechtliche Partnerschaft 101
 Gleichstellung 101, 102, 112, 116
 Grundbuch 54
 Grundschule 9, 82, 83, 88
 Grundsteuer 64
 Handwerk 23, 32, 43, 92
 Hauptschule 82, 83
 Haushalt 128
 High-Tech 13, 16, 47, 95
 Hochschulabschluss 13, 94
 Hochschule 9, 10, 11, 13, 17, 24, 27, 32, 33, 47, 61, 86, 87, 88, 94, 96, 122
 Informations- und Kommunikationstechnik 5, 7, 8, 12, 13, 15, 17, 21, 55, 57, 58, 69, 84, 90, 94, 115
 Innovation 13, 15, 16, 17, 18, 20, 23, 86
 Integration 104
 Internationalisierung 8
 Internationalität 7
 Internet 21, 46, 48, 58, 98
 Investition 15
 Jagd 69
 Jugend 12, 13, 14, 52, 83, 86, 90, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 101, 102, 118, 121, 122, 132
 Jugendkriminalität 52, 98
 Jugendschutz 97
 Jugendstrafvollzug 52, 56
 Justiz 51, 53, 54, 55, 98, 113
 Kammerwesen 17, 18, 23, 26, 86, 95, 96, 106
 Kinder 11, 12, 40, 46, 52, 81, 82, 83, 84, 93, 94, 98, 101, 102, 110, 113, 115, 116, 122
 Kindergarten 101, 102, 121
 Kinderkriminalität 52
 Kläranlagen 71, 126
 Klima 16, 24, 72, 97
 Kommunale Selbstverwaltung 60
 Kommunalrecht 57
 Kommunen 22, 23, 30, 33, 47, 50, 57, 60, 61, 73, 75, 79, 90, 91, 98, 103, 120, 121, 123, 125, 126, 128
 Krankenhausplanung 106
 Kultur 89
 Kulturlandschaft 35, 62, 63, 72, 74
 Kunst 89, 90, 91
 Ladenschluss 20
 Landesentwicklungsprogramm 75
 Landesfinanzausgleichsgesetz 129
 Landespflage 72
 Landespflgegesetz 63, 64, 72
 Ländlicher Raum 12, 13, 14, 42, 44, 62, 66, 89, 90, 91, 93, 94, 96, 97
 Landwirtschaft 35, 62, 63, 64, 66, 67, 73, 74, 80
 Lebensgemeinschaften 101
 Lehrer 81, 83, 85, 93, 94, 98, 116, 121, 122
 Lernschwächen 86
 Lohnzusatzkosten 6, 20
 Luft 39, 68, 70, 72
 Marktfraubau 66
 Marktwirtschaft 15, 19, 20, 37, 50
 Mietrecht 124
 Milchwirtschaft 66
 Mitbestimmung 60, 97
 Mittelstand 5, 6, 13, 17, 19, 20, 21, 22, 24, 26, 29, 94
 Mobilität 5, 14, 37, 96, 132
 Mobilitätsfonds 5, 37
 Mobilitätsoffensive 5
 Multimedia 7, 13, 15, 17, 95
 Museen 91
 Musik 89
 Nationalparks 73
 Naturschutzgebiete 72, 73
 Neue Medien 12, 13, 15, 17, 21, 47, 51, 84, 85, 91, 94, 95
 Neuverschuldung 128, 129
 Notebook 7, 8, 13, 84, 85, 94
 Obstbau 66
 Öffentlicher Dienst 58
 Online-Ausbildung 8, 10
 Opfer 55
 ÖPNV 14, 30, 31, 37, 42, 43, 96
 Pflanzenschutz 72
 Pflege 106, 107, 109, 113
 Pflegeversicherung 107
 Polizei 49, 51, 52, 53, 55, 98, 122
 Prävention 52, 98
 Privateigentum 123
 Privatisierung 23, 35, 56, 57, 60, 69, 79, 80, 123, 125
 Psychiatriereform 110
 Raumordnung 75, 123
 Realschule 82
 Recht 59
 Rechtschreibreform 92
 Rechtsmittelreform 55
 Rente 108
 Rentenversicherung 20, 108, 109
 Resozialisierung 56
 Rheinland-Pfalz-Takt 2, 14, 37, 42, 96
 Rohstoffe 68, 74
 Schuldenabbau 12, 129
 Schule 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 24, 32, 46, 51, 52, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 88, 90, 91, 93, 95, 97, 98, 113, 114, 116, 121, 122
 Schullaufbahn 82, 93
 Schulsport 121
 Schulzeit 9, 82, 84
 Schwarzarbeit 6
 Schwimmunterricht 121
 Selbstbeteiligung 6
 Selbstständigkeit 7, 9, 10, 24, 25, 82, 88
 Senioren 107, 121, 122
 Sicherheit 100
 Siedlungspolitik 74
 Sommerakademie 9
 Sonderschule 84
 Soziales 100
 Sozialhilfe 102, 103, 107
 Sozialleistungen 6
 Sozialversicherungssysteme 6, 20
 Städtebau 123
 Steuern 128
 Steuersenkung 5
 Straffälligenhilfe 56
 Strafgefangene 56
 Strafverfahren 46, 55, 59
 Strafvollzug 56, 122
 Strukturpolitik 63
 Studienförderung 9, 13, 86
 Studiengänge 9, 86, 87, 88
 Studienzeiten 86
 Studium 86, 121
 Talentförderung 15
 Tarifautonomie 22
 Tarifrecht 6
 Täter-Opfer-Ausgleich 55
 Technologie 13, 15, 16, 17, 85
 Theater 90
 Tierschutz 72, 80
 Tourismus 34, 63, 65, 89
 Trinkwasser 68, 71
 Umwelt 15, 35, 37, 38, 39, 42, 43, 59, 67, 70, 72, 74, 75, 76, 80, 84, 97, 118, 119
 Umweltinformationen 70
 Unternehmen 5, 6, 7, 10, 11, 15, 16, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 27, 28, 32, 33, 45, 47, 48, 53, 57, 62, 63, 70, 80, 87, 89, 95, 96, 113, 131
 Verantwortung 7, 70
 Verkehr 5, 37
 Verwaltung 57
 Verwaltungmodernisierung 57, 58, 60, 129
 Verwaltungsreformen 21
 Wagniskapital 17, 25
 Wald 68, 69
 Wasserschutz 71
 Weinbau 35, 62, 63, 64, 67
 Weiterbildung 8, 9, 18, 27, 32, 65, 81, 84, 87, 89, 96, 103, 115, 116
 Wettbewerb 9, 10, 15, 17, 19, 23, 37, 39, 40, 43, 48, 60, 61, 64, 78, 86, 88, 89, 96, 100, 106, 125, 131
 Wettbewerbsfähigkeit 10, 13, 23, 28, 29, 31, 40, 63, 64, 66, 87, 94, 95, 131
 Wirtschaft 5
 Wirtschaftsunterricht 10, 18, 82
 Wohneigentum 123
 Wohngeld 125
 Wohnraum 124
 ZVS 13, 86, 94